

D 7426 E

AIB

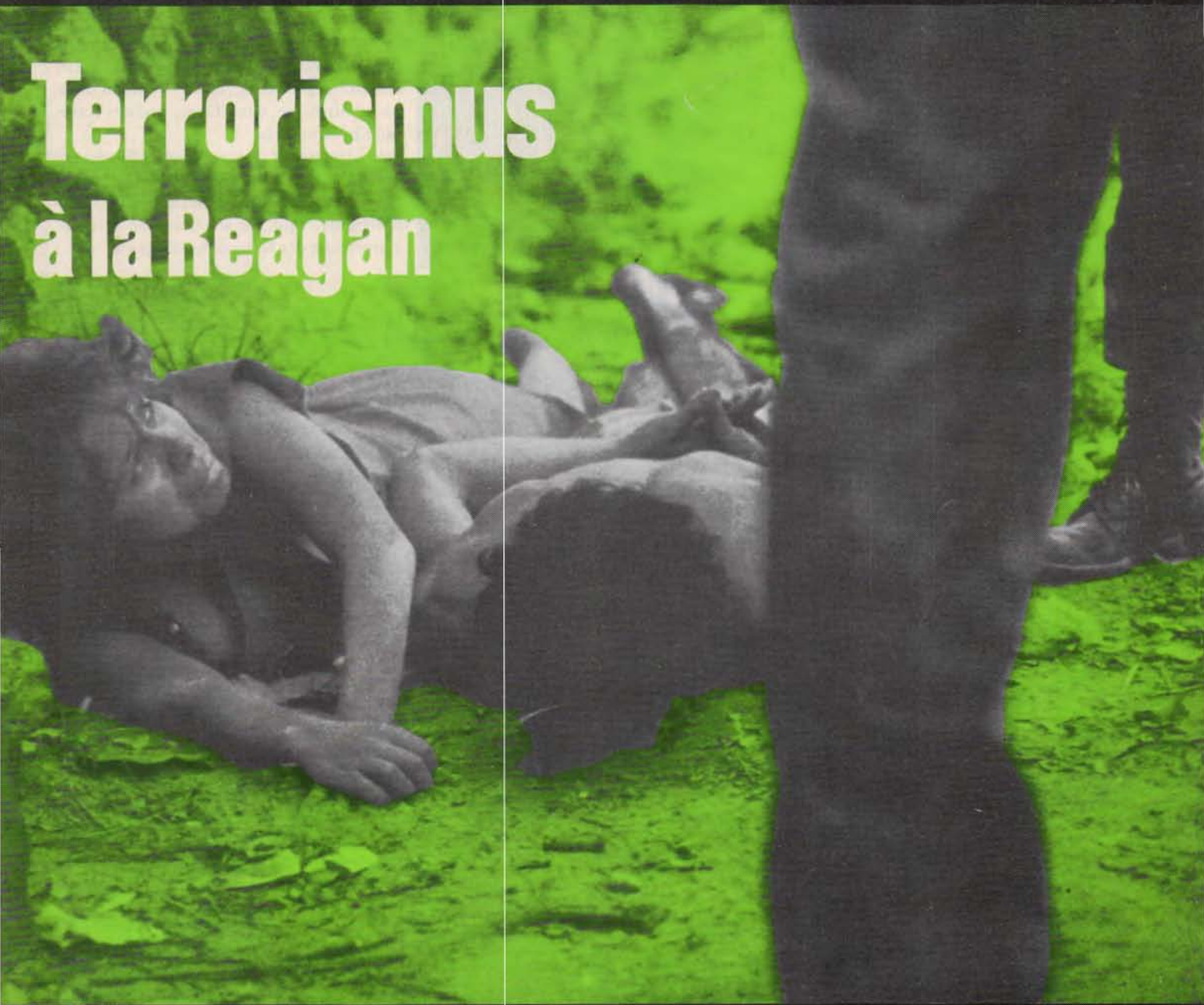
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 4 / April 1985

16. Jahrgang

DM 2,50

Terrorismus à la Reagan



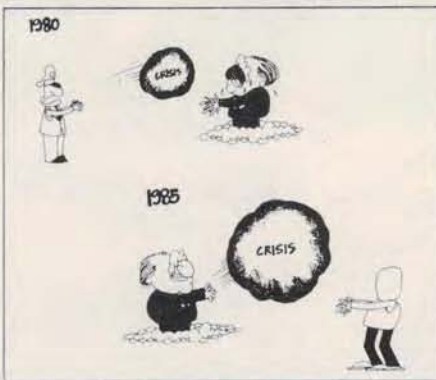
Sonderteil

10 Jahre befreites Vietnam

Peru • Südafrika • Palästina • Kampuchea • Südkorea

Inhalt

Kommentar:	
Reagans Besuch – der Gipfel	3
USA	
Staatsterrorismus – UNO-Position contra Reagan	4
Reagan greift den „Terrorismus“ an (I)	6
Greifarme des CIA	8
Westliche Arbeitsteilung mit der UNITA und dem RNM	10
Südafrika	
Botschaft Nelson Mandelas	12
Palästina	
Erklärung der Demokratischen Allianz zum Arafat-Hussein-Abkommen	13
Das Arafat-Hussein-Abkommen	14
VIETNAM-SONDERTEIL	
Vietnam? Vietnam!	16
Das Vietnam-Trauma	17
Die Befreiung Saigons	19
Dien Bien Phu – Symbol des Sieges	20
Aus den Ruinen des Krieges	23
Erbe des Krieges	24
Vietnam-Daten	25
Wende in der Kampucheafrage?	31
Die Vietnam-Solidaritätsbewegung	36
Symbol Ho Chi Minh	38
Aktions- und Materialspiegel	41
Türkei	
Gründungserklärung der Linken Einheit	43
Plattform zur Demokratischen Zusammenarbeit	44
Südkorea	
Abstimmung gegen die Diktatur	46
Peru	
Wahlchancen der geeinten Linken	47
Interview mit IU-Kandidat Barrantes	48
Peru-Daten	50
Kultur	
Kampuchea-Film „Schreiendes Land“	51
Rezension	
Frauen in Kuba und Nikaragua	52
BRD-Infodienst	53
Kurzinformationen	
UNESCO, Chile, Uruguay, Pakistan, Bangladesh, Pazifik, Zypern, Libanon, Kuweit, Sudan	54



Reagans „Terrorismus“

S.4

Die Reagan-Administration erklärte die Bekämpfung des Terrorismus zu einer vorrangigen Aufgabe ihrer Weltpolitik. Zugleich weitet sie die verdeckten Operationen des CIA und von US-Spezialeinheiten weltweit aus, so mit Hilfe der „Contras“ in Nikaragua, im Südlichen Afrika oder in Afghanistan.

Welches Verständnis von Terrorismus liegt dem zugrunde? Und wie verhält es sich zur kürzlichen „Staatsterrorismus“-Definition der UNO?

10 Jahre befreites Vietnam

S.15

Am 30. April 1975 nahmen die Befreier Südvietnams Saigon ein. Bald darauf wurde das Land Ho Chi Minhs wiedervereinigt, der Wiederaufbau der Ruinenlandschaft in Angriff genommen. Doch Vietnam kam nicht zur Ruhe, dank China und des Kampuchea-Konflikts.

Wir bilanzieren die seitherige Innenentwicklung. Wir halten Rückschau auf Vietnams Befreiungskrieg und die Solidaritätsbewegung. Und wir schätzen die aktuelle Zuspitzung der Kampucheafrage ein.

Peru

S.47

Von den in diesem Monat anstehenden Präsidentschaftswahlen im Andenland wird allgemein ein Ende der Rechtsregierung Belaúnde Terry erwartet. Die geeinte peruanische Linke rechnet sich Chancen aus. Ihr Kandidat Alfonso Barrantes steht für das Projekt einer revolutionären „Peruanisierung“. Was versteht er darunter? Was will die Linke?

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich 3550 Marburg, Telefon 064 21 / 2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Bröner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Elisabeth Thölke, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Doris Knabe, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübken-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: B. Bartoldus, G. Ellenberg, R. Hegewald, R. Jüngermann, V. Klose, H. Merkelbach, J. Reinowski, M. Schuck, F. Werkmeister
Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** mindestens zweimal im Jahr in Abständen von höchstens 6 Monaten beigelegt.

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10,- DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionschluss: 14. März 1985

Anzeigen: Solidaritätsshop Dritte Welt, Weltkreis Verlag, Plambeck & Co., issa, Volksuni, Röderg Verlag, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie

Titel: Repression in El Salvador

Fotonachweis: VNA, Arbeiterfotografie, FEER, HAV, Stern, Kommentar, AIB-Archiv

Kommentar: Reagans Besuch – der Gipfel

Die Bonner Gastgeber haben den Zeitpunkt für den „Weltwirtschaftsgipfel“ und den Reagan-Besuch nicht ohne Hintergedanken gewählt. War er erst für Juni d.J. vorgesehen, so hat Kanzler Kohl das Zusammentreffen der Staatshäupter der potentesten Westmächte – USA, Japan, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada – auf den 2.-4. Mai 1985 vorverlegen lassen.

Obendrein beehrt sich der US-Präsident, „diesem unseren Lande“ vom 1.-6. Mai 1985 einen Staatsbesuch abzustatten.

Damit will man wenige Tage vor dem 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus (8. Mai) die antifaschistische Tradition besetzen.

„Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg“, der Schwur der Überlebenden von Buchenwald, Auschwitz und Dachau soll dazu mißbraucht werden, die Kriegsvorbereitungen Washingtons zu salben.

Dies ist der Gipfel, denn nie zuvor war der Widerspruch zwischen den Lehren aus dem antifaschistischen Widerstand und der Politik der Westmächte größer. Bereits seit Jahren bemüht sich Washington, seine Aufrüstungs- und Interventionspolitik mit den Losungen von Freiheit, Freiheit und Wohlstand zu verkaufen.

Da werden im Reagan-Jargon die strategischen MX-Raketen zu „Friedensbewahrern“ (peacekeeper), die nikaraguanischen und afghanischen „Contras“ zu „Freiheitskämpfern“ und die Sowjetunion, das Land, das den Hauptanteil am Sieg über den Hitler-Faschismus hatte, zum „Reich des Bösen“. Die Weltraumwaffen schließlich, die einen Atomkrieg führbar machen sollen, dienen angeblich dazu, Atomwaffen überflüssig werden zu lassen.

In dieser verkehrten Welt sind sowohl Befreiungsbewegungen als auch progressive und sozialistische Regierungen zum Abschluß freigegeben, während der Westen einem Faschisten wie Pinochet angeblich „eine Dankeschuld abzugelten“ hat (US-Staatssekretär Motley).

40 Jahre nach der Niederlage des Faschismus versuchen die Kräfte des Krieges und des Imperialismus, diesmal im Gewand der Demokratie, erneut das Haupt zu erheben.

Dabei geht es ihnen nicht nur darum, Positionsverluste in der Dritten Welt zu verhindern und rückgängig zu machen. Es geht ihnen auch um die Fähigkeit, einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion führbar und gewinnbar zu machen. Dies wird deutlich an den „Krieg der Sterne“-Plänen der Reagan-Administration, am US-Überfall auf Grenada (1983), an der

Interventionspolitik in Mittelamerika. Hierbei werden aber auch die Grenzen imperialistischer Politik klar. Davon zeugen das Libanon Debakel der US-Armee (1984), der Widerstand gegen die Hochrüstungspolitik hier und in den USA sowie das unbeugsame Nicaragua.

Auf dieses Land hat es die Reagan-Administration besonders abgesehen, symbolisiert es doch für die Völker Lateinamerikas, daß die Befreiung von imperialistischer Vorherrschaft möglich ist.

Den Gegenbeweis versucht man im Weißen Haus seit Jahren anzutreten – bisher ohne Erfolg.

Nachdem Reagan während des Präsidentschaftswahlkampfes 1984 durch seine Friedens- und Verhandlungsbeteuerungen zu betören suchte, hat er jetzt wieder auf Konfrontation geschaltet. Er rief im Februar d.J. in einer Rundfunkansprache offen dazu auf, die sandinistische Regierung in ihrer „jetzigen Struktur, die aus Nicaragua einen totalitären kommunistischen Staat mache“, zu „beseitigen“.

Die Sandinistas „beseitigen“!

Reagan kündigte überdies die Unterstützung einer anstehenden Gegenregierung der „Contras“ an.

Bereits am 18. Januar d.J. wurden die direkten Verhandlungen mit Nicaragua abgebrochen. Das für den 14./15. Februar 1985 geplante Contadora-Treffen scheiterte, nachdem die USA Kostarika zum Boykott gedrängt hatten. Bereits im Oktober 1984 war eine Friedensregelung in Mittelamerika wegen des Washingtoner Drucks verhindert worden.

Durch diese Verzögerungspolitik soll eine Verhandlungslösung auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben, den USA freie Hand verschafft werden.

Allerdings ist Reagans Offensive auf einige Hindernisse gestoßen. Dazu gehört nicht nur der erfolgreiche Kampf der Sandinistas gegen die „Contras“ und ihre einseitigen Vorleistungen im Sinne der angestrebten Contadora-Vereinbarungen (Abzug kubanischer Militärberater und Waffeneinfuhrstopp). Wichtige interventionshemmende Faktoren sind zudem die international und in den USA agierende Opposition.

Auf dem Treffen der Staatshäupter in Bonn geht es u.a. darum, den wenigen noch widerspenstigen Verbündeten – Bonn gehört nicht dazu – die US-Politik schmackhaft zu machen oder sie zumindest zur Neutralität zu bewegen.

Obwohl man sich in Grundfragen einig ist – Hochrüstung, Ausbeutung der Drit-

ten Welt, Zurückdrängung der Befreiungsbewegungen –, setzt man doch im konkreten Vorgehen unterschiedliche Akzente. Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit und die Aktivitäten der Friedensbewegung bereiten vor allem den Westeuropäern Kopfzerbrechen. Hinzu kommen noch die Sonderinteressen einiger Kapitalgruppen, die ihr Heil nicht in der Hochrüstung und im hohen Dollarkurs sehen.

Die meisten Konzerne profitieren jedoch vom starken Dollar und den hohen Zinsen in den USA. Dies fördert nicht nur den Warenexport in Richtung USA, sondern bietet auch lukrative Anlagemöglichkeiten jenseits des Ozeans.

Das letzteres in Westeuropa Arbeitsplätze kostet, interessiert die Konzerne wenig. Und daß man die US-Rüstung mitfinanziert und aus den verschuldeten Ländern der Dritten Welt der letzte Dollar gepreßt wird, scheint ihnen gleichgültig zu sein.

Die Regierungen Westeuropas beunruhigt lediglich, daß durch die Zahlungsunfähigkeit der Dritten Welt und einen möglichen jähen Sturz des überbewerteten Dollars das Währungs- und Wirtschaftssystem aus den Fugen geraten könne. Sie werden deshalb versuchen, Washington zu mäßigen.

Bestenfalls wird man einige Themen aus der Bonner Schlußerklärung ausklammern, so etwa die Weltraumwaffenpläne des Pentagon, die bisher lediglich die Zustimmung Bonns und Londons gefunden haben.

Die Friedens- und Solidaritätsbewegung wird so oder so nicht umhin können, den Druck auf ihre Regierungen zu erhöhen. Dies gilt besonders für Bonn, das sowohl was Genf und Weltraumwaffen als auch Mittelamerika betrifft, sklavisch den Washingtoner Kurs mitfährt.

Die Vereinnahmung des 8. Mai für diese Zwecke bietet Anlaß zum Protest. Das heißt, am 4. Mai 1985 auf die Straße zu gehen und den versammelten Staatsoberhäuptern der „freien Welt“ das Vermächtnis von 1945 entgegenzuhalten.

Nico Biver



Wolfram Brönner

Staatsterrorismus UNO-Position contra Reagan

General Alexander Haig, erster Außenminister der Reagan-Administration, hatte 1981 der Einfachheit halber den „internationalen Terrorismus“ (von Carlos, Abu Nidal bis zur RAF) als Machwerk bzw. Instrument der Sowjetunion hingestellt. Ihre „Aktivitäten in den letzten Jahren“ – so Haig – offenbarten „eine wachsende Neigung, den politischen Wechsel in anderen Ländern direkt oder indirekt durch Gewalt, Blutvergießen, Terrorismus und sogenannte Befreiungskriege zu stützen“.¹

Als in diesem Sinne „terroristisch“ bezeichnet die Regierung Reagan jedoch bis heute die wirklichen Befreiungskämpfer, vorab ausgerechnet jene nationalen Befreiungsbewegungen, welche von den Vereinten Nationen ausdrücklich als legitime Vertreter ihrer unterdrückten Völker anerkannt sind: etwa die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), den Afrikanischen Nationalkongress Südafrikas (ANC) oder die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO).

Demgegenüber hat die UNO seit Anfang der 70er Jahre wiederholt den Widerstand dieser drei Befreiungsorganisationen „mit allen Mitteln“, den bewaffneten Kampf eingeschlossen, gutgeheißen. Im Fall El Salvadors wurden von der UNO 1981/82 die Befreiungsfronten FMLN/FDR als „repräsentative politische Kraft“ eingestuft, die an Verhandlungsprozessen jeder Art beteiligt werden müßten. Die Reagan-Administration behielt indessen ihre Titulierung der FMLN/FDR als „rein terroristische Vereinigung“ bei.²

Völkermordregimes, für die der Staatsterrorismus etwa in El Salvador, Guatemala, Israel, Südafrika oder der Türkei Regelfall ist, werden hingegen bevorzugt unterstützt.

Nicht Moskau, sondern Washington begibt sich mit der Stützung des Staatsterrorismus Südafrikas, Israels, El Salvadors usw. sowie mit der offiziellen Gleichsetzung von Terrorismus und legitimen Befreiungskämpfen in Widerspruch zum Völkerrecht. Legitime Widerstandsaktionen, wie die Sprengstoffanschläge im Libanon 1983/84 gegen Einrichtungen der Besatzungstruppen Israels oder der

westlichen Interventionsstreitmacht (USA, Frankreich!), wurden dabei zur Legitimierung des sog. Antiterrorismus der USA und ihrer Verbündeten ins Feld geführt.

Zum anderen lieferten die USA selbst in den letzten Jahrzehnten Extrembeispiele des systematischen Massenterrors, um im Volk verankerte Befreiungsbewegungen zu vernichten. Unter direkter Anleitung von CIA und Spezialeinheiten (u.a. die 1952 gegründete „Green Berets“) wurden im „Spezialkrieg“ gegen die Befreiungsfronten Südvietnams und in den 80er Jahren El Salvadors Zehntausende von „Verdächtigen“ oder Widerstandskämpfern abgeschlachtet.

Contras als „Brüder“

Schließlich sind die USA zweifelsfrei weltweit führend in der Ausbildung und Ausrüstung von Interventions- bzw. Söldnertruppen, die gezielt zur Destabilisierung und zum Sturz von Revolutionsregierungen eingesetzt werden. Die Einübung terroristischer Methoden gehört dabei zu den üblichen Anleitungspraktiken des CIA. Sie wurde und wird den angolanischen UNITA-Banden in ihrer Kriegführung gegen Angola und die SWAPO ebenso zuteil wie den nikaraguanischen „Contras“.

Seitdem der verdeckte Krieg von CIA und „Contras“ gegen das sandinistische Nicaragua weitgehend enthüllt ist, betreibt US-Präsident Reagan selbst offene Sympathiewerbung für die nach einem CIA-Handbuch getrimmten antisandinistischen Mordkommandos, die z.B. im Dezember 1984 in Nueva Segovia 21 Arbeiter bei der Kaffeernte massakrierten. Was die konservative US-Regierung und die Internationale der „Contras“ (siehe Beitrag von A. Conchiglia) eint, ist die Feindseligkeit gegen soziale Veränderungsprozesse zugunsten der werktätigen Massen, gegen die Beschneidung der Profitinteressen der Multis sowie ihre antisozialistische, terroristische Militanz. Im „Kreuzzug gegen den Kommunismus“ sind eben alle Mittel recht, vom Bombenkrieg über Massaker an „Verdächtigen“ bis hin zu Mordanschlä-

gen auf Revolutionsführer (CIA-Ziele: Allende, Fidel Castro, Ho Chi Minh, Sandinista-Direktorium), und sollte es massenhaft Unbeteiligte treffen.

Ronald Reagan verlangte Mitte Februar d.J. vom US-Kongreß die Freigabe von 14 Mio Dollar an die „Contras“ für das laufende Fiskaljahr, eben weil ihr gegenrevolutionärer Kampf eins sei mit dem der Weltmacht USA. Und hier ist Reagan unbedingte wörtlich zu nehmen.

„Es gibt über 15.000 Freiheitskämpfer“, so der US-Präsident, „die für Freiheit und Demokratie in Nicaragua kämpfen und helfen, die Subversion in El Salvador abzuwenden... Sie sind unsere Brüder. Wie können wir sie ignorieren? Wie können wir ihnen die Hilfeleistung verweigern, wo wir doch wissen, daß letztendlich ihr Kampf unser Kampf ist?“ Reagan entblödete sich nicht, die Internationale der konterrevolutionären Banden, mit revolutionären Federn zu schmücken: Er stellte die „Contras“ mit dem Revolutionär Simon Bolivar, der den antikolonialen Befreiungskampf Lateinamerikas anführte, und mit der französischen Resistance, die den antifaschistischen Volkswiderstand Westeuropas im 2. Weltkrieg verkörperte, auf eine Stufe.³

Zu diesem „unserem Kampf“ des Ronald Reagan gehört die Bereitstellung von US-Militärberatern für die Ausbildung und Anleitung von „Contra“-Einheiten bei deren Einsätzen, sei es von Honduras aus ins Innere Nikaraguas, sei es von Pakistan aus gegen Afghanistan. Zu diesem „unserem Kampf“ gehört außerdem das Heranziehen von in- und ausländischen Söldnern⁴, die in die Zielländer eingeschleust und mit Terroranschlägen betraut werden, durch den CIA. Und das Pentagon trimmt für gleiche Zwecke reaktivierte, erweiterte Spezialeinheiten der US-Streitkräfte. Zu ihrem „Spezialkriegs“auftrag gehören Terroranschläge hinter den feindlichen Linien, die Guerillabekämpfung („counterinsurgency“) oder die Ausbildung von Eliteeinheiten, Folter- und Sabotageexperten, z.B. heute in El Salvador und Honduras. Sie sind Bestandteil auch der Schnellen Eingreiftruppe.

Der direkte US-Massenterror im Vietnamkrieg richtete sich vornehmlich gegen südvietnamesische Bauern



Die Regierung Reagan hat das Zusammenwirken von CIA, Pentagon, regulären Streitkräften, Spezialeinheiten, Söldnern und anderen „Freiheitskämpfern“ inzwischen soweit vorangetrieben, daß man den US-Staats- und Söldnerterrorismus (siehe Beitrag von E. Ray/B. Schaap), etwa im Topesatzgebiet Mittelamerika, kaum voneinander abtrennen kann.

Ihre Aktivitäten verschmelzen hier zu einem einzigen Interventionskonzert, das unter CIA-Regie von der Verminung nikaraguanischer Häfen bis hin zur Massakrierung von Zivilisten, Bauern, Arbeitern, Entwicklungshelfern usw. reicht. Dieser von Washington angeleitete terroristische Interventionismus steht nicht nur in krassem Widerspruch zu den völkerrechtlichen Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts der Völker Nikaraguas, El Salvadors usw. und der Nichteinmischung. Er verstößt auch gegen „die Pflichten“ der Staaten, wie sie die UN-Vollversammlung im Oktober 1970 einstimmig in der Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts festgelegt hat.

Darin wurde jedem Staat auferlegt, „sich der Bildung oder Unterstützung der Bildung von irregulären Streitkräften oder bewaffneten Banden, einschließlich Söldnerbanden, zu enthalten, deren Ziel es ist, in das Territorium eines anderen Staates einzufallen. Jeder Staat hat die Pflicht, sich der Organisation, Anstiftung, Unterstützung in einem Staat oder der Duldung auf seinem Territorium organisierter Aktivitäten zu enthalten, die darauf ausgerichtet sind, solche Handlungen zu begehen.“⁵

Staatenpflichten gegen Söldner

Und wie steht es mit dem „Pflicht“bewußtsein der USA? Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre verfielen die Regierungen unter Carter und Reagan, gleichlaufend zu ihrer Abkehr von der Ost-West-Entspannung, in Wort und Tat zurück zum direkten Interventionismus, zur Wiederausweitung verdeckter CIA-Operationen bzw. des terroristischen Gewalteinsetzes in der Dritten Welt.

Im Namen der Terrorismus-Bekämpfung ordnete Reagan schließlich mit seiner Direktive 138 im April 1984 den allgemeinen Übergang zu (Gegen-)Terrorakten im Ausland an.

Diese sollen fortan als Präventiv- (Vorbeugungs-) und Vergeltungsschläge angelegt und von spezialisierten Kommandos ausgeführt werden.

Es muß in diesem Zusammenhang hellhörig machen, wenn US-Außenminister George Shultz dafür plädiert, bei der weltweiten Bekämpfung „der terroristischen Bedrohung“ dem Beispiel Israels

nachzueifern: „Kein Land hat mehr Erfahrungen mit dem Terrorismus als Israel, und kein Land hat einen größeren Beitrag zu unserer Erkenntnis dieses Problems und der besten Mittel und Wege, um ihm zu begegnen, geleistet... Israel hat große Schlachten im Kampf gegen den Terrorismus gewonnen — in Aktionen über seine Grenzen hinaus...“⁶

Meint Shultz den Bombenkrieg, den Israel 1982 gegen die Wohnviertel Beirut oder tagtäglich gegen palästinensische Flüchtlingslager richtet? Meint er die von der Regierung Begin im September 1982 inszenierten Massaker von Sabra und Schatila, denen 3.000 „verdächtige“ Palästinenser zum Opfer fielen? Meint Shultz die serienweisen Mordanschläge des israelischen Geheimdienstes MOSSAD auf PLO-Führer? Oder meint er damit die aktuellen



„Strafaktionen“ der israelischen Truppen im okkupierten Südlibanon?

Es läßt einiges erwarten, wenn der US-Außenminister gerade den von der UNO sooft verurteilten Staatsterrorismus Israels als das Vorbild der „freien Welt“ feilbietet.

Nicht weniger alarmierend mutet es an, daß er an gleicher Stelle die eigene terroristische Kriegführung gegen Nicaragua und Kuba im Nachhinein mit der faustdicken Lüge zu rechtfertigen sucht, beide betrieben internationale Terrorismus- und Rauschgiftgeschäfte in einem.⁷

Auf diese oder ähnliche Weise sucht die Reagan-Administration die Öffentlichkeit auf verstärkte staatliche „Präventiv- und Vergeltungsmaßnahmen der USA und damit verbundene Risiken einzuschwören. Widerspruch erntete Shultz indessen selbst bei Teilen des US-Establishments mit seinem gar zu proterroristischen Bekenntnis, daß dabei „einige unserer Soldaten oder einige unschuldige Menschen unter Umständen ihr Leben lassen müssen“.⁸ Staatsterrorismus unter der Fahne des Antiterrorismus!

Der unter Reagan systematische Ausbau des US-Terrorapparats und der „Contra“-Kriegführung gegen Nicaragua waren die eigentlichen Anstoßpunkte für

die Initiative, den Staatsterrorismus zum Jahresende 1984 auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen zu setzen.

Eine von der Sowjetunion zur 39. UN-Vollversammlung eingebrachte Resolution über die „Unzulässigkeit der Politik des Staatsterrorismus“ wurde Mitte Dezember 1984 mit 117 Für- und 0 Gegenstimmen, bei 30 Enthaltungen, angenommen. Die Enthaltungen stammten u.a. von den USA und den anderen NATO-Mächten.

In der Entschließung findet sich die Feststellung, daß in den zwischenstaatlichen Beziehungen Staatsterrorismus- und Destabilisierungspraktiken überhand nähmen. Dies sowie „die Konzeptionen der ‚Politik der Stärke‘, des ‚Kreuzzugs‘, des ‚psychologischen Kriegs‘“ führe zum Anwachsen der Kriegsgefahr und sei kategorisch zurückzuweisen. Man verurteilte „entschieden Politik und Praxis des Staatsterrorismus als Methode des Verkehrs mit anderen Staaten und Völkern“.

Weiter wurde in der Resolution allen Staaten abverlangt, „keine Handlungen zur gewaltsamen Veränderung bzw. Untergrabung der gesellschaftspolitischen Ordnung souveräner Staaten, zur Destabilisierung und zum Sturz ihrer rechtmäßigen Regierungen zu unternehmen und insbesondere, unter welchem Vorwand auch immer, keine Kriegshandlungen zu diesem Ziel zu beginnen und unverzüglich solche Handlungen einzustellen, wenn sie bereits geführt werden“. Außerdem wurde die Respektierung des Rechts der Völker, „ihre gesellschaftspolitische Ordnung frei, ohne Einmischung von außen zu wählen“, eindringlich gefordert.⁹

Der UN-Repräsentant der USA, Jose S. Sorzano, beklagte denn auch die Verabschiedung der Resolution zum Staatsterrorismus als „eine Übung des multilateralen Zynismus“.¹⁰ Und er bestätigte damit, daß die antiterroristische Position der UNO sich eindeutig gegen die weltweiten Ambitionen der USA richtet.

Anmerkungen:

- 1) Die Welt, 19.7.1981
- 2) Siehe ausführlich: W. Brönnner/H.J. Nieth, Der Kampf um El Salvador, Köln 1982, S. 151ff.
- 3) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 18.2.1985
- 4) Zur US-Einbeziehung von Söldnern siehe: Covert Action Information Bulletin, Washington, Nr. 22, Herbst 1984, S. 10ff.
- 5) Zit. nach: K.D. Bredthauer/N. Paech (Hrsg.), Mit Carter in den Kreuzzug?, Köln 1980, S. 55
- 6) Shultz-Vortrag „Terrorismus und moderne Welt“ vom 25.10.1984 in New York, in: Amerika-Dienst. Dokumentation, Nr. 44, 31.10.1984, S. 14
- 7) Ebenda, S.5
- 8) Ebenda, S.18
- 9) IHT, 19.12.1984; Sowjetunion heute, Nr. 11/1984, S. VII
- 10) IHT, 19.12.1984



US-Offizier in El Salvador: „Unsere Politik ist es, erst zu schießen und danach Fragen zu stellen... Seid ihr Kerle Kommunisten? (Aus: International Herald Tribune)

Ellen Ray/Bill Schaap

Reagan greift den „Terrorismus“ an (I)

Die Reagan-Administration erklärte mit dem Antritt ihrer zweiten Amtsperiode die Bekämpfung des Terrorismus zu einer der vorrangigen Aufgaben ihrer Außenpolitik. Mit ihr wird die drastische Ausweitung der verdeckten Operationen des Geheimdienstes CIA u.a. US-Einrichtungen gerechtfertigt und dem eigenen (Anti-)Terror das Wort geredet. Welche Doppelmoral und welches Selbstverständnis von Terrorismus sich dahinter verbirgt, veranschaulicht der erste Teil des Beitrags der Covert-Action-Autoren Ellen Ray/Bill Schaap. Im zweiten Teil zeichnen sie die seit 1980 verfügbaren begleitenden Washingtoner Gesetzeserlasse, Verwaltungsakte sowie über die sog. Antiterrorismus-Kommandoeinheiten für weltweite Spezialoperationen der USA nach.

Eine aktuelle Übersicht über die ausgeweiteten verdeckten Operationen des CIA gibt Konrad Ege, Beiratsmitglied des National Reporter, vormals CounterSpy. Die von K. Ege ausgewiesenen Konzentrationspunkte verdeckter CIA- und „Contra“-Operationen in Nicaragua und Afghanistan sollen in AIB 5/1985 noch gesondert dargestellt werden. Den Anfang macht A. Conchiglias Skizzierung der Westverbindungen der „Contras“ im Südlichen Afrika.

Um die zusehends verwirrendere öffentliche Diskussion über den „Terrorismus“ verstehen zu können, muß man sich die ideologische Bedeutung vergegenwärtigen, die dieser Begriff besonders bei der Reagan-Administration besitzt.

Der CIA hat 1980 in einem Bericht über dieses Thema Terrorismus definiert als „die Drohung mit oder die Anwendung von Gewalt zu politischen Zwecken von seiten von Individuen oder Gruppen, die entweder für oder gegen eine etablierte Regierung arbeiten, wenn solche Handlungen nicht nur zur Schockierung oder Einschüchterung der unmittelbaren Opfer, sondern weiterer Zielgruppen dienen“.

Eine präzisere Definition gab vor kurzem der frühere CIA-Chef William Colby in einem Artikel, den die New York Times vom 8. Juli 1984 zitiert. Die Diskussion, die er daran knüpft, läßt jedoch vermu-

ten, daß es dabei nicht um seine persönliche Meinung ging.

Colby bemerkt in dem Artikel, Terrorismus „sei die Taktik der undifferenzierten Anwendung von Gewalt gegen Unbeteiligte zu politischen Zwecken – wohl zu unterscheiden von der gezielten Anwendung von Gewalt gegenüber Symbolen und Institutionen einer nicht anerkannten etablierten Macht, wie sie in der internationalen Politik leider üblich ist“.

„Dein“ Terrorist, aber...

Dies ist soweit eine klare Aussage, obwohl es, wie Alfred P. Rubin, Professor für internationales Recht, in einer Antwort auf Colby an die New York Times (veröffentlicht am 11. Juli 1984) bemerkt, klarer wäre, wenn man Terrorismus als „Handlungen definierte, die in

Friedenszeiten begangen werden, wobei sie, würden sie von einem Soldat im Krieg begangen, als Kriegsverbrechen eingestuft würden“.

Colby zeigt sich im übrigen außerstande, seine eigene Definition durchzuhalten. Er sagt nämlich, es sei „notwendig, zwischen 'deinem' Terroristen und 'meinem' Freiheitskämpfer zu unterscheiden oder zwischen Hilfe gegenüber Terroristen und Unterstützung von Verbündeten wie den nikaraguanischen Contras oder konterrevolutionären Kämpfern. Freundlich gesinnte Guerillakräfte zu unterstützen, von den amerikanischen Kolonisten bis zu den Afghanen der Gegenwart, ist Teil der Normalität des internationalen Wettbewerbs, während hemmungslose Gewaltanwendung von einer festen moralischen Position aus zu kritisieren ist“.

In einem Ausbruch unverhüllter Hypokrisie läßt Colby den wichtigsten Aspekt außer acht: Was, wenn die „Freunde“ die man unterstützt, eben in ihrem Kampf von solch hemmungsloser Gewaltanwendung Gebrauch machen?

Der Kommentator der Chikagoer Sun-Times, Carl T. Rowan, nahm diese Diskrepanz am 30. April 1984 kritisch unter die Lupe: „In den Augen der Behörden und der Bürger eines Landes ist ein 'Terrorist' jemand, der ihre Freunde umbringt. Aber der Mörder ihrer politischen Gegner gilt als 'Rebell' oder 'Freiheitskämpfer'.“

...„mein“ Freiheitskämpfer

Rowans Bemerkungen erfolgten im Zusammenhang einer Untersuchung der tiefverwurzelten doppelten Moral, von der buchstäblich alle etablierten Medien in den USA befallen sind.

Die Bombenanschläge auf Unterkünfte amerikanischer Marinesoldaten in Beirut und die Schüsse auf Passanten aus der libyschen Botschaft in London wurden in den USA heftig kritisiert. Zwei Tage nach dem Londoner Zwischenfall, bemerkt Rowan, brachten die UNITA-Kämpfer, die von Südafrika offen und von den USA inoffiziell unterstützt werden, in einem Regierungsgebäude in Huango/Angola ein Auto mit Sprengstoff zur Explosion, wobei 20 Kubaner und 10 Angolaner getötet wurden. Über dieses Massaker wurde in der US-Presse erst drei Tage später berichtet, und auch dann nur in Kurzmeldungen.

Ein neueres Beispiel ist die heftige Verurteilung der angeblichen Verminung des Roten Meers durch die Libyer seitens der Reagan-Administration, während dieselbe Administration alles unternahm, um die Verminung nikaraguanischer Häfen durch den eigenen CIA zu rechtfertigen.

Die Regierung Reagan hat zusätzlich zu öffentlichen Mißverständnissen beigetragen, indem sie den „internationalen Terrorismus“ als Krieg gegen die USA beschrieb.

Sie stellt damit nicht nur die völlig unbegründete Behauptung auf, alle (oder wenigstens die meisten) Terroristen stünden auf der Seite des „Feindes“. Sie verwechselt auch konventionellen Krieg mit Kriegsverbrechen.

Die Regierung, bemerkte Brian Michael Jenkins von der RAND Corporation am 6. Mai 1984 in der Zeitung *Newsday*, „hat eine Tendenz gezeigt, den Terrorismus so umfassend zu definieren, daß darin sowohl die Selbstmordkommandos im Libanon wie die marxistischen Guerilleros in El Salvador inbegriffen sind. Wenn die Vereinigten Staaten allerdings den Terrorismus als Bestandteil ihrer globalen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion oder ihrer Beteiligung an den regionalen Konflikten im Mittleren und Nahen Osten oder in Mittelamerika betrachten, laufen sie Gefahr, sich Verbündete zu entfremden, die sich vielleicht am Kampf gegen den Terrorismus beteiligen würden, aber die Politik und Methoden der USA bei der Behandlung marxistischer Guerilleros nicht billigen oder sie aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen Vorbehalte haben, sich an Amerikas Kämpfen zu beteiligen.“

Tatsächlich erlitten Präsident Reagan und Premierministerin Thatcher beim Treffen der westlichen Länder zur Diskussion über den „internationalen Terrorismus“ Anfang Juni 1984 in London eine Schlappe mit ihrem Plan, die So-



CIA-Direktor W. Colby in Vietnam (unten), wo er den „Spezialkrieg gegen den „Vietcong“ leitete. Laut Colby, dem Erfinder des „Gegenterrors“, wurden 20000 „Verdächtige“ von GIs und Thieu-Schergen liquidiert (Foto oben)



Nikaraguansische und exilkubanische Söldner bei der Ausbildung in den Sümpfen Floridas, mit Duldung der Reagan-Administration

wjetunion als Urheber des Terrorismus zu verurteilen.

Es gelang ihnen auch nicht, die Zustimmung für eine gemeinsame Politik im Bereich des Austauschs von nachrichtendienstlichen und technischen Informationen, für eine einheitliche Gesetzgebung über den Terrorismus oder die Ausweisung einer größeren Zahl von Diplomaten zu erreichen, die der Beteiligung an terroristischen Aktivitäten verdächtigt wurden.

Tatsächlich sind rechtsgerichtete Ideologen dazu übergegangen, von Terrorismus zu sprechen, als ob er mit linkem Guerillakrieg und Befreiungsbewegungen im allgemeinen identisch wäre.

In Wirklichkeit werden die beiden Haupttypen von Terrorismus, nämlich Staatsterrorismus und solcher, der von Söldnertruppen ausgeht, in der überwiegenden Mehrheit der Fälle von der Regierung der Vereinigten Staaten unterstützt oder doch geduldet.

Staats- und Söldnerterrorismus

Staatsterrorismus, d.h. eine Regierung, die mit den Mitteln des Terrorismus das eigene Volk beherrscht, ist bei vielen früheren oder gegenwärtigen Verbündeten der USA üblich, wird aber von den Vertretern der Reagan-Administration als bloße „gemäßigt autoritäre“ Herrschaft entschuldigt.

Chile unter Pinochet, Haiti unter den Duvaliers, Paraguay unter Stroessner sowie Guatemala, Uruguay und El Salvador unter den gegenwärtigen Regimes sind die hervorstechendsten Vertreter in

der westlichen Hemisphäre. Er ist ebenso in Südkorea, Zaire, den Philippinen, in Südafrika (hier gegenüber der nichtweißen Mehrheit), in der Türkei und anderswo an der Tagesordnung.

Terrorismus von Söldnertruppen ist ein weniger auffälliges Phänomen, trägt aber das Siegel der USA. „Glücksritter“ begehen überall Untaten gegen eine Bevölkerung, die um ihre Befreiung vom Joch des US-Imperialismus kämpft.

Dank der sorgfältig vorbereiteten Werbekampagnen der Regierung, die von den Geheimdiensten und ihren Freunden im Medienbereich mitgetragen wurden, zeigt die öffentliche Entrüstung in Sachen Terrorismus auf die Sowjetunion als ihren Urheber, dicht gefolgt von Kuba, Libyen und Bulgarien.

Interessanterweise werden zwei unbestreitbare Tatsachen kaum erwähnt: Einmal hat sich die Wahl von Vorfällen aus dem Bereich des „inneren Terrorismus“, wie der CIA es nennt, in den USA erheblich vermindert, wobei sie ohnehin nie sehr zahlreich waren.

Zweitens waren die bedeutendsten „terroristischen“ Anschläge, die international stattgefunden haben, vor allem im Libanon und sonst im Nahen und Mittleren Osten, nationalistisch oder sogar religiös inspiriert, nicht terroristisch. Sowohl Palästina als auch der Libanon sind von Israel besetzt worden, und kriegerische Handlungen gegen die Besatzer und ihre amerikanischen Helfer sind eben Krieg.

Wird fortgesetzt

(Quelle: Covert Action Information Bulletin, New York, Nr. 22, Herbst 1984, S. 4-9)

Konrad Ege

Greifarme des CIA



Seit der Amtsübernahme der Reagan-Administration haben sich die verdeckten militärischen und paramilitärischen Operationen vervielfacht. Die meisten davon werden durch den CIA durchgeführt. Aber Washington ist auch dabei, die Fähigkeiten des Pentagon für Spezialoperationen in der Dritten Welt zu erweitern.

1960 leugneten US-Regierungsbeamte mit Nachdruck, daß amerikanische Truppen in Nordvietnam operierten.

Als der 20jährige Fallschirmspringer Thomas Dammann, der bereits vier Absprünge über Nordvietnam gemacht hatte, bei seinem fünften verwundet wurde, erzählten Offiziere seinen Eltern, daß er sich bei einem Autounfall verletzt hätte. Als einer von drei Überlebenden seiner 25 Mann umfassenden Einheit schaffte es Dammann, in die USA zurückzukehren.

24 Jahre später schließlich erzählte er seinen Eltern die wahre Geschichte seines „Autounfalls“.

Heute leugnet Washington, daß US-Personal an militärischen Operationen in Mittelamerika teilnimmt.

Als das Flugzeug des 53jährigen CIA-Offiziers Richard Spicer im Oktober 1984 während einer nächtlichen Mission in El Salvador in der Nähe des von Aufständischen gehaltenen Gebietes abstürzte, behaupteten US-Beamte, er sei bei einem Unfall in Florida ums Leben gekommen.

Dieses Mal dauerte es aber nicht 24 Jahre, bis die Wahrheit herauskam. Eine Reihe amerikanischer Zeitungen berichteten sofort, daß Spicer und drei andere CIA-Leute bei einer CIA-Mission in Mittelamerika getötet worden waren.

Ihr Tod während eines geheimen Einsatzes war vielleicht die nicht unerwartete Folge eines enormen Aufbaus von Einheiten für verdeckte Aktionen unter der Reagan-Administration. Bald nach seiner Ernennung zum CIA-Direktor stellte William Casey, wie berichtet wurde, 800 zusätzliche Offiziere für geheime Operationen ein.

Im Jahre 1981 reorganisierte Präsident Reagan außerdem das Entscheidungsverfahren für die CIA-Aktivitäten. Nur einige wenige hohe Beamte, darunter Reagan, Casey und Vizepräsident George Bush können nunmehr verdeckte CIA-Operationen anordnen.

Solche Operationen sind inzwischen Routine geworden. Etwa 50 wurden genehmigt seit Reagan im Weißen Haus ist – eine Vervielfachung gegenüber der Carter-Administration. Dazu gehören Operationen in:

Afghanistan. Während der letzten 5 Jahre hat der CIA zwischen 300 und 500 Mio Dollar zur Unterstützung der von Pakistan aus agierenden afghanischen Rebellen ausgegeben.

Im Fiskaljahr 1985 beträgt das Budget des CIA für Afghanistan 250 Mio Dollar. In Pakistan hilft der CIA Diktator Zia

ul-Haq an der Macht zu bleiben.

Nikaragua. Im November 1981 hat Präsident Reagan den CIA ermächtigt, in Honduras stationierte paramilitärische Kräfte zu organisieren und zu finanzieren, um die sandinistische Regierung zu bekämpfen.

Der größte Teil dieser CIA-Kräfte besteht aus früheren Mitgliedern der Nationalgarde des abgesetzten Diktators Somoza. Waren es zu Beginn 500 Mann, so sind es inzwischen 15.000-18.000, die vom CIA finanziert, ausgebildet und beraten werden.

Es waren auch CIA-Angehörige, die die Häfen Nikaraguas vermint haben. Seitdem der Kongreß im Sommer 1984 die Mittel für diese CIA-Operation zeitweilig gekürzt hat, ist der Krieg der „Contras“ teilweise „privatisiert“ worden. Jetzt versorgen rechtsgerichtete Organisationen und Söldner, mit Unterstützung der US-Regierung, die „Contras“ mit militärischer und wirtschaftlicher Hilfe.

Zwei Söldner – einer von ihnen „Teilzeit-Hauptmann“ der US-Nationalgarde – wurden während einer Kampfhandlung über Nikaragua im September 1984 abgeschossen. Auch sollen Spezialeinheiten der US-Armee einige der CIA-Aufgaben übernommen haben, während Exilkubaner in Florida begonnen haben, Unterstützung für die „Contras“ zu organisieren – ein Verstoß gegen die Neutralitätsgesetze der USA.

El Salvador. Der CIA unterstützte während der Wahlen 1982 und 1984 zwei politische Parteien finanziell, darunter die Christdemokratische Partei des Präsidenten Napoleon Duarte. Wie das US-amerikanische Wochenblatt *The Progressive* berichtet, hat Washington unter der Reagan-Administration heimlich seine Verbindungen mit der Polizei und den Nachrichtendiensten El Salvadors verstärkt.

„Privatisierung“ des Krieges

Man sagt dem CIA auch nach, den Geheimdienst El Salvadors zu finanzieren, der routinemäßig vermeintliche Regierungsgegner während der Verhöre gefoltert und ermordet hat. *The Progressive* berichtet auch, daß General José Alberto Medrano, der Gründer der paramilitärischen Organisation ORDEN, die eng Verbindungen zu den Todesschwadronen hat, ein bezahlter CIA-Agent ist.

Tschad. Dieses afrikanische Land war das Ziel einer der ersten größeren verdeckten Operationen des CIA unter Reagan. Im Frühjahr 1981 begann der CIA mit Hilfe der sudanesischen und ägyptischen Regierung die Truppen Hissène Habrés bei ihrem Versuch zu unterstützen, die Regierung Goukouni Oueddeis

zu stürzen.

Im Juni 1982 marschierte Habrés Armee in die Hauptstadt N'Djamena ein. Als Habré später durch die Streitkräfte Goukounis und dessen libyschen Verbündeten unter Druck kam, schickte Reagan ihm Ausbilder, Waffen und Ausrüstung im Wert von mehr als 20 Mio Dollar.

Kampuchea, Vietnam und Laos. Zwar kommt der größte Teil der militärischen Hilfe für die regierungsfeindlichen Kräfte aus China. Doch auch der CIA unterstützt verdeckt die Kräfte des „Demokratischen Kampuchea“ bei dem Versuch, die kampucheanische Regierung zu stürzen. Ein großer Teil der „humanitären“ Hilfe, die die USA an die Kampucheaner schickt, die in Thailand leben, landet in den Händen der Pol-Pot-Banden.

Washington hat auch Informationen über Vietnam an das chinesische Militär weitergegeben. Und China unterstützt, mit Zustimmung der USA, „Befreiungsbewegungen“ in Laos und bildet die Vietnamesen für den Kampf gegen ihre Regierung aus. Eine neu geschaffene Agentur, die U.S. Army Intelligence Support Activity (Dienststelle für nachrichtendienstliche Unterstützung der US-Armee; d. Red.), hat US-Söldnern beim Eindringen nach Laos Unterstützung geleistet.

Hätschelkind Savimbi

Libyen. Zu den Aktivitäten des CIA gegen den ersten Mann Libyens, Muammar el Ghaddafi, gehörten Sabotageunternehmen in Libyen und die Unterstützung von Exillibyrern mit dem Ziel der „endgültigen“ Entfernung Ghaddafis von der Macht. Die Zeitschrift Newsweek hat die Operationen gegen Ghaddafi als „klassische Destabilisierungskampagne des CIA“ bezeichnet.

Iran. Im Jahr 1981 finanzierten die USA verschiedene Gruppen von Exiliranern, darunter zwei bewaffnete Organisationen mit Sitz in der Türkei. Seitdem hat die Iranpolitik Washingtons verschiedene Wendungen vollzogen und zu einem bestimmten Zeitpunkt auch israelische Waffenverkäufe an Teheran unterstützt.

Im Augenblick, da Washington vorgibt, gegen die Verlängerung des Krieges zwischen dem Iran und Irak zu sein, sind die diplomatischen Beziehungen zum Irak wieder aufgenommen worden.

Südafrika. Mehrere Monate vor seiner Wahl erklärte Ronald Reagan, daß er den von Südafrika unterstützten Truppen des Jonas Savimbi, die die angolische Regierung bekämpfen, Waffen schicken werde. Heute unterstützt der CIA trotz eines Verbots des Kongresses die Truppen Savimbis. Und Vertreter der UNITA

(Nationale Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas; d. Red.) treffen sich regelmäßig mit Beamten der Reagan-Administration.

Im Januar 1981 verwies die Regierung von Moçambique mehrere CIA-Offiziere des Landes, die der US-Botschaft angehörten. Sie wurden beschuldigt, das südafrikanische Militär mit Informationen versorgt zu haben, die es für den Angriff auf die Wohnung von Mitgliedern des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Matola nahe bei Maputo benutzte. 12 Mitglieder des ANC wurden getötet, drei wurden gekidnappt und nach Südafrika verschleppt (siehe AIB 6/1981, S. 4ff.; d. Red.).

Verdoppelung der Spezialeinheiten

Marokko. Die USA helfen bei der Ausbildung und Versorgung der Armee Marokkos. Auf diese Weise unterstützen sie ihren Kampf gegen die Befreiungsbewegung POLISARIO (Volksfront zur Befreiung von Saguia el-Hamra und Rio de Oro, siehe AIB 3/1985; d. Red.). Spionagesatelliten versorgen König Hassan auch mit Informationen über die Stellungen der POLISARIO in der Westsahara. Relativ wenig Einzelheiten sind über die etwa 50 verdeckten militärischen und paramilitärischen Operationen der USA rund um die Erde ans Licht gekommen. Allerdings ist bekannt, daß etwa die Hälfte von ihnen in Mittelamerika konzentriert sind.

Zusätzlich zum umfangreichen Ausbau des CIA-Potentials für verdeckte Interventionen in der Dritten Welt hat die Reagan-Administration die Spezialeinheiten des Heeres, der Marine, der Luftstreitkräfte und der Marines ausgebaut. Im Verlauf der letzten 4 Jahre hat sich die Zahl der Mitglieder der Spezialeinheiten auf mehr als 20.000 verdoppelt. Das ist die höchste Zahl seit dem Vietnamkrieg (1964-73; d. Red.).

Der Unterstaatssekretär des Verteidigungsministeriums, Noel Koch, teilte einem Komitee des Kongresses mit, daß die Spezialeinheiten „rund um den Globus“ eingesetzt werden „zur Ausführung unserer militärischen Unterstützungsprogramme, als mobile Ausbildungsteams, für Verteidigungsaktionen im Ausland, in zivilen Einsätzen, ... in der Bekämpfung des Terrorismus und in speziellen Situationen wie in Grenada“. Koch fügte hinzu, daß „die Spezialeinheiten heute die am meisten eingesetzten unserer militärischen Einheiten sind“. Sie sind es, die „die Bürde der augenblicklichen Auseinandersetzungen tragen...“

Mehrere US-amerikanische Zeitungen haben berichtet, daß Spezialeinheiten

„ungefähr ein Dutzend Mal“ in verdeckten Operationen eingesetzt worden sind. Ein Teil dieser Operationen hat in Mittelamerika stattgefunden.

1983 wurden 16 Mitglieder einer Hubschrauber-Eliteeinheit der Armee, die in Fort Campbell in Kentucky stationiert ist, bei – wie die Armee sagt – „Unfällen“ getötet. Eltern der Toten sagen, daß ihre Söhne Einsätze in „Feindesland“ in Mittelamerika zu fliegen pflegten, daß sie dabei Zivilkleidung trugen und daß sie Anweisung hatten, ihren Hubschrauber in die Luft zu sprengen, wenn sie abgeschossen oder zur Landung gezwungen würden.

Donald Alvey, der im März 1983 starb, erzählte seinen Eltern vor seinem „Unfall“, daß die Armee sich nicht für seine Freilassung einsetzen würde, falls er in Gefangenschaft geriete. Sein Vater, William Alvey, sagte: „Don erzählte mir, daß wenn er jemals von einer seiner Missionen nicht zurückkäme, die Armee schon eine Geschichte zur Erklärung des Verschwindens von ihm und seiner Mannschaft vorbereitet hätte und daß der Unterschied niemandem auffallen würde.“

„Chirurgische Operationen“

In einem Fall haben die Spezialeinheiten der Armee und der Marine in einem nichtverdeckten Krieg gekämpft – während der Invasion Grenadas (im Oktober 1983; d. Red.).

Heute bilden Ausbilder der Spezialeinheiten paramilitärische Kräfte auf Grenada dafür aus, die Interessen der USA dort zu verteidigen, sobald die Hunderte von US-amerikanischen Soldaten die Insel verlassen, die sie im Augenblick noch besetzt halten.

Dem Mann des Pentagon Noel Koch zufolge wird der Prozeß der „Wiederbelebung“ der Spezialeinheiten 1990 abgeschlossen sein. Bis dahin, so stellte Verteidigungsminister Caspar Weinbergers geheimer Verteidigungsleitfaden aus dem Jahre 1982 in Bezug auf die Spezialeinheiten fest, „müssen die USA in der Lage sein, kleinere Aggressionen niederzuwerfen und die schrittweise Ausdehnung des Einflusses der Sowjets oder ihrer Stellvertreter zu verhindern und die Eskalation zu größeren Konflikten zu verhindern“.

Spezialeinheiten sollen in der Dritten Welt eingesetzt werden, „dort wo der Einsatz konventioneller Truppen verfrüht, unangemessen oder undurchführbar wäre, um chirurgische Operationen durchzuführen und um die Lage unter Kontrolle zu bringen oder um die Krise zu günstigen Bedingungen zu beenden“. (Quelle: AFRICASIA, Paris, Nr. 14, Februar 1985, S. 52-53)



RNM-Vertreter Artur X. Vilanculos auf dem Pariser Gipfeltreffen der Internationale der „Contras“

Augusta Conchiglia

Westliche Arbeitsteilung mit der UNITA und dem RNM

Das Jahr 1985 beginnt im Südlichen Afrika vor einem schwierigen Hintergrund. Dies gilt besonders für Moçambique, wo die Auswirkungen der Dürre, die dieses Land im letzten November wieder heimgesucht hat, für Zehntausende von Bauern, hauptsächlich in der Provinz Gaza, tödlich sein könnten.

1984 haben Naturkatastrophen den Tod von 200.000 Personen verursacht. Momentan wird die Versorgung der betroffenen Gebiete, ohnedies schon ungewiß wegen des Mangels an Transportmitteln und Treibstoff, noch zusätzlich durch Überfälle und Sabotageakte des Nationalen Widerstands Moçambiques (RNM) erschwert, der seine Terroraktionen in den meisten Provinzen des Landes verstärkt hat.

Als Antwort auf die Anklagen von Präsident Samora Machel, der Ende Dezember 1984 auf „Verstöße gegen die Vereinbarungen von südafrikanischem Gebiet aus“ hingewiesen hatte, erklärte der südafrikanische Außenminister „Pik“ Botha selbstverständlich und völlig ungeeignet, daß sein Land „den Geist und die Buchstaben der Vereinbarungen von Nkomati“ (siehe AIB 5/1984, S. 4ff. und 9/1984, S. 16f.) respektiere!

Wenn es auch unzweifelhaft ist, daß der RNM sich internationaler Unterstützung wie der rechten Kreise in Portugal und anderen westlichen Staaten ebenso erfreut wie der Komplizenschaft afrikanischer Staaten (besonders Malawis und der Komoren), ist es doch mehr als sicher, daß ohne die aktive Teilnahme Südafrikas der RNM die Destabilisierung von Moçambique, besonders von südafri-

kanischem Gebiet aus, nicht derart erfolgreich betreiben könnte.

So erklärte kürzlich Präsident Machel dem in Maputo akkreditierten diplomatischen Korps: „Wenn auch diejenigen, die sich als Anführer der Banditen präsentieren, Portugiesen sind, ehemalige Agenten der PIDE (ehemalige faschistische Geheimpolizei Portugals; d. Red.), Verteidiger des Kolonialismus und des Faschismus, die heute davon träumen, nach Moçambique zurückzukehren (...), ist dennoch der Sitz der Banditen immer Südafrika.“

Südafrika – Sitz der Banditen

„Tauschen wir uns nicht“, bekräftigte er eine Woche vorher, anlässlich einer öffentlichen Versammlung in der Nähe von Maputo, „der Hauptverantwortliche des bewaffneten Banditentums ist Südafrika. Es hat die bewaffneten Banditen geschaffen, ausgerüstet, ausgebildet und bei uns eingeschleust. Um sie zu versorgen, hat Südafrika die Flugzeuge, Schiffe und Hubschrauber geschickt. Die Hauptverantwortung trägt Südafrika.“ Wegen dieser Situation übrigens, um die man nicht herumkommt, unterzeichnete Moçambique vor 10 Monaten den Nkomati-Vertrag mit Südafrika.

Diese Klarstellung von Präsident Machel kehrt sich gegen Erklärungen bestimmter Regierungsmitglieder Moçambiques, die kürzlich die „portugiesische Komponente“ des RNM „als Haupthindernis für den Frieden“ genannt haben. „Pik“ Botha – „erstaunt“ über die Stellung-

nahme von Präsident Machel – erklärte sogleich, daß „die Regierungsmitglieder Moçambiques, die in letzter Zeit Gespräche mit südafrikanischen Stellen geführt hatten“, ihrerseits mit dem Verhalten seiner Regierung „zufrieden waren“.

In der Tat hat die Tatsache, die Verantwortlichkeit Südafrikas bei der Fortsetzung der Aktivitäten des RNM bis heute bagatellisiert zu haben, es dem Apartheidregime erlaubt, die größte Neutralität in dieser „innermoçambiquanischen“ Angelegenheit für sich geltend zu machen. Der Versuch Pretorias, Maputo den RNM als politischen Gesprächspartner aufzuzwingen, paßt in diese gleiche Logik.

Der Präsident Moçambiques hat jedoch jedes auch indirekte Gespräch mit dem RNM, außer über Fragen der technischen Modalitäten für das Ende des Kriegszustandes, verweigert. So hat die zu diesem Zweck am 3. Oktober 1984 in Pretoria geschaffene Kommission zwischen Südafrika, Moçambique und dem Vertreter des RNM ein kurzes Leben gehabt.

Der RNM verließ sie ein paar Tage später mit viel Lärm und drohte, die Terroraktionen auf dem gesamten Territorium und besonders in den Städten zu verstärken, wenn die Regierung in Maputo sich weiterhin hartnäckig weigere, Zugeständnisse auf politischem Gebiet zu machen.

So bleibt die Situation fast ein Jahr nach den Verträgen von Nkomati unverändert, wenn sie sich nicht sogar verschlimmert hat. Denn die Nichtbeachtung der in Nkomati oder in Lusaka mit den Angolanern getroffenen Verpflichtungen

hat praktisch zu keiner internationalen Verurteilung Südafrikas geführt.

Wenn sich das Ansehen Südafrikas wieder verschlechtert hat, nachdem ihm durch den „Nichtangriffspakt“ mit Moçambique viel Respekt gezollt wurde – wie es die Rundreise des südafrikanischen Präsidenten im April 1984 in Europa bezeugte –, dann rührt dies eher von der Wirkung der Unterdrückung der Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika selbst auf die internationale Meinung her, als von der Mißachtung der afrikanischen Nachbarn, die es weiterhin mittels bezahlter Banden angreift.

In seiner Neujahrsansprache versicherte Präsident Machel, daß „die Unterzeichnung der Verträge von Nkomati die wichtigsten Verbindungen des gegen Moçambique organisierten internationalen Verschwörungsnetzes offengelegt hat“, deren Verantwortliche „ihre Stützpunkte in bestimmten westeuropäischen Hauptstädten haben“.

In der Tat hatte Südafrika lange vor den Verträgen mit Maputo und Luanda Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Denn es war notwendig, daß die terroristischen Organisationen, Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) und RNM, mittels einer „über alle Zweifel erhabenen“ internationalen Unterstützung Glaubwürdigkeit erlangen.

Feinabstimmung USA-UNITA

Natürlich unterhielt die UNITA schon Beziehungen auf höchster Ebene mit dem amerikanischen Establishment. Savimbi hatte sich persönlich eingefunden, um der Mannschaft, die 1981 von Reagan eingesetzt worden war, zu gratulieren. General Haig enthüllte letztes Jahr, daß er sich sogar ins Innere Angolas begeben hatte, um sich mit dem Führer der „Kwachas“ zu unterhalten!

Jeremias Chitunda, der „Generalsekretär“ der UNITA, erklärte kürzlich vor der Presse in Lissabon, daß seine Kontakte mit den amerikanischen Behörden, insbesondere mit dem stellvertretenden Staatssekretär Chester Crocker – den er gerade getroffen hatte –, sich in einem „Rahmen regelmäßiger Konsultationen über die Gesamtheit der Situation im Südlichen Afrika“ bewegten.

In Portugal sind der RNM und die UNITA geradezu zu Hause, wenn man den Erklärungen ihrer ständigen Vertreter glaubt, die sich zweifelsohne jeglicher Art von Unterstützung und Komplizenschaft bis in Regierungskreise hinein erfreuen.

Die UNITA und der RNM konnten sich jedoch nicht damit begnügen, Verbindungen mit der ehemaligen Kolonialmacht und mit Washington, das seine Reputation für eine skrupellose inter-

nationale Politik nicht erst erlangen braucht, anzuknüpfen. Die rechte Opposition Frankreichs z.B. war in einer weit besseren Lage, diesen zwei Bewegungen die Rechtschaffenheit, die ihnen fehlte, zu verschaffen.

Dies war umso leichter, als diese Opposition ein gutes Andenken an die Zeit, als sie an der Macht war und mit dem faschistischen Portugal gegen die Befreiungsbewegungen der ehemaligen portugiesischen Kolonien kollaborierte, zu bewahren scheint.

So kam die Gründung der Internationale des Widerstands (IR) 1982 in Paris gerade recht.

Bei ihrer ersten Pressekonferenz in einem Hotel der Hauptstadt fanden sich die Vertreter des RNM und der UNITA als Mitglieder des IR am selben Tisch wieder wie Simone Veil und andere Persönlichkeiten des politischen Lebens in Frankreich, einschließlich der „neuen“ Philosophen wie André Glucksmann und der „alten“ wie Raymond Aron.

Sicher, dieser ganzen Gesellschaft lag eher das Schicksal der sowjetischen und

Seit einiger Zeit kann man eine Vermehrung dieser „internationalistischen“ Organisationen in Paris beobachten: die französische Rechte vervielfältigt die Initiativen, eine „kämpferischer“ als die andere.

Die „Harten“ gründeten im letzten Oktober die Internationale Konferenz des Widerstands in besetzten Ländern (CIRPO), die in ihrem Aufruf einen wahren Kreuzzug gegen die „sowjet-marxistischen“ Regierungen mittels „globaler und vielfältiger Solidarität“ vorschlägt. Dazu gehören außer den osteuropäischen Ländern, die nie fehlen dürfen und sogar Albanien (dessen seit 1979 in Südafrika im Exil lebenden Prinzen die CIRPO unterstützt), Organisationen wie der FLEC, die Unabhängigkeits-„Front“ von Cabinda (Enklave im Norden Angolas; d. Red.), Reaktionäre von den Seychellen und aus Guinea-Bissau.

Der Wille zu zeigen, daß man es mit einer weltweiten Widerstandsbewegung gegen den „Totalitarismus“ und für die „freie Welt“ zu tun hat, scheint die im eigenen Lande frustrierte französische Rechte zu



Opfer eines UNITA-Terroranschlags auf eine Textilfabrik in Madeiras da Huila

rumänischen Dissidenten am Herzen. Sie wußte nicht viel über die Herren Vilanculos und Chitunda bzw. den RNM und die UNITA, außer, daß sie gegen „kommunistische“ oder „prosowjetische Regimes“ kämpften, ganz gleich mit wessen Hilfe.

Die Organisatoren der IR hatten jedoch nichts dem Zufall überlassen. Die ständige Struktur des IR wurde zu einem Sprachrohr für die Kriegsberichte und jede Art von Propagandaveröffentlichungen der UNITA und des RNM. Überströmend vor Aktivität beschloß der IR, der die Unterstützung zahlreicher Organisationen gegen die osteuropäischen Staaten, gegen Kuba, Nicaragua, Vietnam und China, um nur einige zu nennen, am Hals hatte, 1984 die Bildung einer „Afrika-Abteilung“ mit eigenem Sitz.

befriedigen.

Aber es ist nicht nur Idealismus, denn diese Rechte unterschätzt die Rückwirkungen auf die jetzige französische Regierung nicht, was die Unterstützung bewaffneter Organisationen betrifft, die gegen Staaten kämpfen, mit denen Frankreich Beziehungen auf verschiedenen Ebenen unterhält. Und das ist kein zufälliges Zusammentreffen.

Am Ende seiner 7jährigen Amtszeit, als die Beziehungen zwischen Frankreich und Angola einen gewissen Umfang angenommen hatten, hatte Giscard d'Estaing die offizielle Eröffnung eines Sitzes der UNITA in Paris verboten. Heute bemühen sich die Vertreter der – wie man sie in der französischen Presse schamhaft nennt – angolanischen „Opposition“ geradezu, in der Hauptstadt des Landes zwischenzulanden.

Innerhalb von nur wenigen Tagen bekam Paris Anfang d.J. Besuch von zwei „illustren“ Besuchern: von dem Präsidenten der FLEC, Francisco Lubota, der von Paris aus einen Aufruf an die Adresse aller Bewohner Cabindas zum Aufstand gegen die Regierung in Luanda richtete und von dem „General“ der UNITA, Tito Tchingunji, der in seinem Gespräch mit der Presse Wert darauf legte, bekanntzugeben, daß er einen Wohnsitz in der französischen Hauptstadt besitzt.

Niemand von den europäischen Unterstützern des RNM und der UNITA in Portugal, Frankreich oder Italien – wo sich auch Mitglieder der sozialistischen Partei dem IR angeschlossen haben – scheint sich an den Brutalitäten oder sogar Massakern an Staatsangehörigen eben dieser Länder zu stören, denen sich die angolanischen oder moçambiquanischen Banditen mit großer Freude hingeben.

Die UNITA hatte 1984 z.B. den Tod von zwei italienischen Technikern und von Nonnen und Mönchen verschiedener europäischer Nationalitäten auf dem Gewissen.

Massakerpraktiken nicht störend

Den Rekord an Morden an Ausländern hält jedoch der RNM: in den letzten Monaten hat er 90 km nördlich von Maputo zwei italienische Entwicklungshelfer enthauptet, in der Nordprovinz Niassa sieben Deutsche und einen Jugoslawen getötet und 60 km südlich von Maputo einen Portugiesen und einen Schweden sowie neun andere Personen auf ihrem Weg nach Swasiland niedergemetzelt.

Der nikaraguanische Verräter Eden Pastora, der gerade der UNITA, dem sog. afghanischen Widerstand und dem RNM die Bildung einer „revolutionären und demokratischen“(!) Internationale der Dritten Welt vorgeschlagen hat, soll während seiner Begegnungen mit dem RNM in Portugal selber vorgeschlagen haben, die moçambiquanischen Banditen müßten ihren „Ruf verbessern“!

Diese Initiative war von gewissen portugiesischen, der Regierung nahestehenden Kreisen abgesegnet worden. Eden Pastora kommt damit der Verdienst zu, die Situation zu klären: die Gruppierungen, die er unter dieselbe Fahne zu stellen gedenkt, haben sich alle durch ihre Grausamkeit gegen die Bevölkerung ausgezeichnet und arbeiten – ohne Pause, wie man anerkennen muß – für Interessen, die denen ihrer Länder völlig fremd sind. Davon zeugt der ehemalige „Kommandant Zero“.

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 340, 28.1.1985, S. 28-31)

Südafrika

Als Antwort auf das Manöver der Regierung Botha über eine mögliche Freilassung Nelson Mandelas und anderer politischer Gefangener sowie auf die darauffolgenden Spekulationen ließ Nelson Mandela auf einer Veranstaltung der Vereinigten Demokratischen Union (UDF) im Februar d.J. in Soweto vor 9.000 Anwesenden durch seine Tochter Zindzi eine Botschaft verlesen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Botschaft Nelson Mandelas

Ich bin Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC). Ich war es immer und ich werde es immer sein bis zu dem Tag, an dem ich sterbe.

Oliver Tambo (der amtierende ANC-Präsident) ist für mich weit mehr als ein Bruder. Er ist seit nahezu 50 Jahren mein bester Freund und Genosse. Wenn unter Euch irgendjemand ist, der meine Freiheit schätzt – Oliver Tambo schätzt sie noch höher, und ich weiß, daß er sein Leben geben würde mich frei zu sehen. Zwischen seinen Auffassungen und den meinen gibt es keine Unterschiede.

Ich bin überrascht über die Bedingungen, welche die Regierung mir auferlegen will. Ich bin kein gewalttätiger Mensch. Meine Freun-



Zindzi Mandela beim Verlesen der Botschaft

de und ich wandten uns 1952 brieflich an (Ministerpräsident) Malan und schlugen eine Konferenz vor, um eine Lösung für die Probleme unseres Landes zu finden. Das wurde ignoriert.

Als Strijdom an der Macht war, unterbreiteten wir dasselbe Angebot. Wieder wurde es abgelehnt.

Als Verwoerd an der Macht war, baten wir um eine Nationalversammlung aller Menschen Südafrikas, um über ihre Zukunft zu entscheiden. Auch das war vergeblich.

Erst da, als alle anderen Formen des Widerstands für uns verschlossen waren, wandten wir uns dem bewaffneten Kampf zu.

Soll Botha zeigen, daß er anders ist als Malan, Strijdom und Verwoerd.

Soll er der Gewalt abschwören.

Soll er sagen, er werde die Apartheid abschaffen.

Soll er das Verbot der Organisation des Volkes aufheben, des Afrikanischen Nationalkongresses.

Soll er all denen die Freiheit geben, die eingesperrt, unter Bann gestellt oder ins Exil getrieben wurden wegen ihrer Opposition gegen die Apartheid.

Soll er freie politische Betätigung garantieren, so daß die Menschen entscheiden dür-



fen, wer sie regieren soll.

Ich schätze meine Freiheit hoch, aber noch höher schätze ich die Ehre.

Zu viele sind gestorben, seit ich ins Gefängnis gegangen bin. Zu viele haben wegen ihrer Freiheitsliebe gelitten.

Ich bin es ihren Witwen, ihren Waisen, ihren Müttern und ihren Vätern schuldig, die um sie getrauert und geweint haben. Nicht nur ich habe in diesen langen, langen vergeudeten Jahren gelitten.

Ich liebe das Leben nicht weniger als Ihr. Aber ich kann mein Geburtsrecht nicht verkaufen, und noch weniger kann ich das Geburtsrecht des Volkes verkaufen, um die Freiheit zu erlangen.

Ich bin im Gefängnis als Vertreter des Volkes und Eurer Organisation, des verbotenen Afrikanischen Nationalkongresses.

Was für eine Freiheit bietet man mir an, da die Organisation des Volkes verboten bleibt?

Was für eine Freiheit bietet man mir an, wenn ich aufgrund eines Vergehens gegen die Paßgesetze verhaftet werden kann?

Was für eine Freiheit bietet man mir an, ein Familienleben mit meiner geliebten Frau zu führen, die verbannt bleibt in Brandfort?

Was für eine Freiheit bietet man mir an, wenn ich um Erlaubnis ersuchen muß, um in einer Stadt leben zu können?

Was für eine Freiheit bietet man mir an, wenn ich einen Stempel in meinem Paß benötige, um auf Arbeitssuche gehen zu können?

Was für eine Freiheit bietet man mir an, wenn nicht einmal meine südafrikanische Staatsbürgerschaft respektiert wird?

Nur freie Menschen können verhandeln. Gefangene können keine Abmachungen eingehen.

Herman Toivo Ja Toivo (der Gründer der SWAPO) ging, als er (1984; d. Red.) freigelassen wurde, keinerlei Verpflichtungen ein, noch wurde er aufgefordert dies zu tun.

Ich kann und will keinerlei Verpflichtung eingehen zu einer Zeit, da ich nicht frei bin und Ihr, das Volk, nicht frei seid. Eure Freiheit und meine sind untrennbar.

(Quelle: Rand Daily Mail, Johannesburg, 11.2.1985)

Demokratische Allianz Erklärung zum Arafat-Husseini-Abkommen



Demonstration gegen die Okkupanten in den besetzten Gebieten

Die Anbahnung von Nahostverhandlungen mit den USA und Israel haben zwei Initiativen, das in Amman vereinbarte Hussein-Arafat-Abkommen und ein daran anknüpfender Vorschlag des ägyptischen Präsidenten Mubarak, zum Ziel.

Am 11. Februar ließen der jordanische König Hussein und der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, in einem gemeinsamen Kommuniqué verlauten, sie hätten sich über „eine gemeinsame Aktion in Richtung einer friedlichen Lösung der Palästinafrage“ geeinigt. Das hier im Wortlaut dokumentierte Abkommen (siehe Kasten) wurde am 19. Februar zwar vom PLO-Exekutivkomitee gutgeheißen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß Jordanien zwei Änderungsforderungen zustimme: Einmal müsse in Punkt 2 die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser präzisiert werden durch den Zusatz „nach dem völligen Abzug Israels aus den besetzten Gebieten“. Andererseits verlangte das PLO-Führungsgremium die Klarstellung zu Punkt 5, daß die PLO im Rahmen einer „gemeinsamen arabischen Delegation“ gleichrangig mit anderen Teilnehmern an Friedensverhandlungen beteiligt werden müßte. König Hussein soll – so Arafat – diesen Forderungen stattgegeben haben.

Ende Februar d.J. forderte Hosni Mubarak, der das Abkommen von Amman als „ausgezeichnetes Ergebnis“ und ermutigenden Auftakt würdigte, US-Präsident Reagan auf, Israel und eine jordanisch-palästinensische Delegation zur Vorbereitung von separaten Direktverhandlungen dieser Konfliktparteien einzuladen. Anschließend könnten sie in Ägypten zusammentreffen. Dabei ließ er die Grundanliegen der PLO nach deren Direktbeteiligung und nach einer internationalen Nahostfriedenskonferenz unter UN-Schirmherrschaft unberücksichtigt.

Israels Regierung Peres lehnte die im Amman-Abkommen vorgesehene internationale Nahostkonferenz (sowjetische Präsenz!) geradeso ab wie die Reagan-Administration, desgleichen eine Direktrepräsentanz der PLO am Verhandlungsprozeß. Man begrüßte Gespräche mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation in Ägypten, wünscht aber keine Vorgespräche in den USA. Israel baut offenbar auf eine Wiederbelebung des seit 2 Jahren brachliegenden Camp-David-Separatverhandlungsprozesses unter Hinzuziehung Jordaniens. Die Reagan-Administration hat beide Initiativen positiv gewürdigt, scheut jedoch sichtlich davor zurück, vor einer erfolgreichen Angleichung der Positionen Israels, Jordaniens und Ägyptens das Geschehen selbst in die Hand zu nehmen. Und dies, obgleich der saudische König Fahd bei seinem Washington-Besuch Mitte Februar d.J. die Hussein-Arafat-Initiative befürwortete.

Demgegenüber haben Syrien, der Südjemen und die Sowjetunion beide Vorhaben entschieden zurückgewiesen. Die in der Demokratischen Allianz vereinten palästinensischen Linkskräfte (Demokratische Front, Volksfront, KP Palästinas und Befreiungsfront) unterzogen das Hussein-Arafat-Abkommen in der hier dokumentierten gemeinsamen Erklärung vom 13. Februar d.J. einer grundsätzlichen Kritik. Sie werteten es als einen Wiederbelebungsversuch des Reaganplans von 1982 (jordanisch-palästinensischer Konföderationsstaat) und sagten dem Vorhaben Arafats den Kampf an. Am 21. Februar trug die Demokratische Allianz auf einem Treffen mit der Nationalen Allianz (prosyrische Saika, Fatah-Rebellen, Volkskampffront und Volksfront-Generalkommando) die Idee vor, eine Nationale Front innerhalb der PLO zur Abwendung des Hussein-Arafat-Projekts zu bilden. Dafür möchte sie vor allem auch den nicht gering zu schätzenden opponierenden Flügel innerhalb der Fatah gewinnen, dem die Konzessionswilligkeit des Vorsitzenden Arafat zu weit geht.

Die Führung der Demokratischen Allianz hielt eine Sitzung ab, um das Abkommen zwischen Yassir Arafat und König Hussein zu analysieren. Nach allen uns zugänglichen Informationen hat sich bestätigt, daß sich das Abkommen auf die wichtigsten Bestandteile der Initiative gründet, die König Hussein auf der Eröffnung des Nationalrates in Amman unterbreitet hat und die von großen Teilen unseres Volkes, von den patriotischen Kräften und nationalen Institutionen abgelehnt wird.

Diese Initiative stützt sich auf das Prinzip „Land gegen Frieden“, das zur Beendigung des Konfliktes in unserer Region durch bloße Grenzarrangements zwischen Israel und den arabischen Staaten einlädt. Das bedeutet die Negierung der nationalen Rechte unseres palästinensischen Volkes und die Liquidierung seines nationalen Anliegens. Denn der Kern des arabisch-israelischen Konflikts wird von einer Sache des nationalen Befreiungskampfes zu einem Grenzkonflikt reduziert. Anstatt eine gerechte Lösung des Nahostkonflikts anzustreben, wird aus dem Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung eine innere arabische Angelegenheit.

Die Initiative basiert außerdem auf dem Prinzip einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Beteiligung bei Lösungsverhandlungen. Dadurch wird das Recht der PLO als einzig legitimer Vertreterin des palästinensischen Volkes auf eine unabhängige und gleichberechtigte Vertretung beschnitten.

Die Schaffung von Illusionen über die Möglichkeit, unseren Boden durch ein solches Vorgehen wiedererlangen zu können, wird nicht über dessen liquidatorischen Charakter hinwegtäuschen können. Dieses Abkommen bedeutet

Y. Arafat (l.), H. Mubarak beim ersten Treffen 1983 in Kairo



Das Arafat-Hussein-Abkommen



Im Geiste der von den arabischen Staaten auf dem Gipfel von Fez gutgeheißenen Resolutionen und der Resolutionen der Vereinten Nationen zur Palästinafrage, in Übereinstimmung mit der internationalen Legitimität, und ausgehend von einer gemeinsamen Auffassung über die Herstellung besonderer Beziehungen zwischen dem jordanischen und palästinensischen Volk, sind die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien und die Palästinensische Befreiungsorganisation übereingekommen zusammenzuarbeiten, um eine gerechte, friedliche Lösung der Nahostfrage zu erreichen und Israels Okkupation der besetzten arabischen Gebiete, einschließlich Jerusalems, zu beenden, auf der Basis folgender Grundsätze und Prinzipien:

1. Land gegen Frieden, wie es in den UN-Resolutionen, eingeschlossen die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, festgelegt ist;
2. dem Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung; die Palästinenser werden ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung ausüben, sobald die Jordanier und Palästinenser imstande sein werden, dies im Rahmen der beabsichtigten arabischen Konföderation zwischen den Staaten Jordaniens und Palästinas zu erreichen;
3. Lösung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge gemäß den UN-Resolutionen;
4. Lösung der Palästinafrage in all ihren Aspekten.
5. Auf dieser Basis sollten die Friedensverhandlungen geführt werden unter dem Schirm einer internationalen Konferenz, der die fünf permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und die restlichen Konfliktparteien, einschließlich der PLO, der einzig legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes, innerhalb einer gemeinsamen Delegation beiwohnen sollten.

6. Berliner Volksuni Pfingsten

24. bis 27. Mai 1985

Henry-Ford-Bau der FU Berlin



Vorlesungen, Erfahrungsaustausch,
Workshops, Theater, Lieder, Diskussionen über

Nicaragua — Neokonservative Strategien in Europa, USA, in der Dritten Welt
Kampffeld Neue Technologien und Neue Medien — 38,5-Stunden-Woche
Frauen zwischen Heimarbeit und Parlamentspolitik — Krieg der Sterne
Chemie-Politik, ökologische Produktion
Berliner AL und SPD nach den Wahlen — Theologie der Befreiung

**Das kopflustige Pfingstfest der Widersprüche —
damit nicht nur wieder und wieder Sprüche gemacht werden!**

Weitere Informationen und Programmbuch — erscheint 22. April —
sind im neuen Volksuni-Büro, Dominicusstraße 3, 1000 Berlin 62, zu haben!

praktisch nicht mehr und nicht weniger, als daß dem jordanischen Regime das Recht zu einem liquidatorischen Geschäftsabschluß mit dem israelischen Feind auf Kosten unseres Volkes und seiner nationalen Interessen eingeräumt wurde. Es stellt einen neuen Schritt auf dem Weg zur Liquidierung der Rolle der PLO und ihrer Errungenschaften dar, die das Ergebnis von 20 Jahren Kampf und Opfer sind.

Die Unterzeichnung dieses Abkommens fällt zusammen mit dem Bestreben der arabischen Reaktion, eine neue nordamerikanische Initiative auf die Tagesordnung zu setzen und den Reaganplan (vom September 1982; d. Red.) wiederzubeleben, um das Palästina-Problem aus der Welt zu schaffen und die nordamerikanische Hegemonie über unsere Region zu festigen.

Dieses Abkommen mit all den wichtigen Konzessionen, die es enthält, wurde zu einem Zeitpunkt angekündigt, zu dem Israel entschlossen ist, weiteres arabisches Territorium zu konfiszieren, zu einer Zeit, wo Israel seine barbarischen Attacken gegen den wachsenden Widerstand unseres Volkes verstärkt als Auftakt zur Judaisierung und Einverleibung unseres Bodens.

Davon ausgehend erklärt die Demokratische Allianz:

1. Wir verurteilen vollständig dieses liquidatorische Abkommen. Wir rufen die Massen in- und außerhalb der besetzten Gebiete, wir rufen alle Abteilungen, alle Kräfte, alle Institutionen unseres Volkes, alle patriotischen Persönlichkeiten, einschließlich der Massen und der kämpfenden Kader von Al-Fatah dazu auf, sich in die Front einzureihen, um das Abkommen zu Fall zu bringen und um die Rolle der PLO und ihr nationales Programm zu verteidigen.

2. Wir betonen noch einmal, daß das Abkommen nicht dem Willen unseres palästinensischen Volkes entspricht und weder die Abteilungen der Revolution noch die PLO verpflichtet, da es eine flagrante Verletzung des nationalen Programms der PLO und der Resolutionen ihres Nationalrates darstellt, und weil es in Bezug auf die Interessen unseres Volkes und seiner unveräußerlichen Rechte Konzessionen macht.

3. Wir rufen alle nationalen Kräfte, alle mit uns brüderlich verbundenen Kräfte, alle Freunde unseres Volkes auf, dessen Kampf um die Behauptung seiner nationalen Rechte, die ihm in den Resolutionen der Vereinten Nationen und der arabischen Gipfeltreffen zugestanden wurden, zu unterstützen — in erster Linie das Recht auf Rückkehr, das Recht auf Selbstbestimmung und auf Errichtung eines unabhängigen Staates und das alleinige Recht der PLO, unser Volk auf einer unabhängigen Basis zu vertreten.

AIB

VIETNAM KURIER

Sonderheft 1/85

2DM

10 Jahre befreites VIETNAM



Inhalt

Vietnam? Vietnam!	II
Gisela Ellenberg Das Vietnam-Trauma	III
Jürgen Ostrowsky Die Befreiung Saigons - Höhepunkt eines 30jährigen Widerstandskrieges	V
Dien Bien Phu - Symbol des Sieges	VI
Beate Bartoldus Aus den Ruinen des Krieges - Der mühevoll wirtschaftliche Wiederaufbau	IX
Erbe des Krieges	X
Vietnam-Daten	XI
Günter Giesenfeld Wende in der Kampucheafrage?	XVII
Frank Werkmeister Die Vietnam-Solidaritätsbewegung	XXII
Günter Giesenfeld Symbol Ho Chi Minh - Eine spezielle Art von Ruhm	XXIV
Aktions- und Materialspeige	XXVII

Impressum

ATEf 1Anhimperialistisches Informationsbulletin - Die
Dritte-Well-Zeitschrift, Liebigstraße 45, 3550 Marburg
Vietnam-Kurlex, hrsg. von der Gesellschaft für die
Freundschaft zwischen den Völkern der Bundesrepublik
Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam,
Duisburger Str. 46, 4000 D-Geselder!
Verantwortlich für dieses Heft: Wolfram Bröner (A181,
Günter Elfesfeld (Vietnam-Kurier)
Weitere Mitarbeit: 8. Barteldue, G. Ellenberg, H. Mer-keach,
Ostrowsky, H. E. Schäfer, F. Werkmeister
Druck: Plambeck & Co., Neuss
Redaktion nach 14 8: 14. März 1985
artzetgen: Solidaritätsshop Dritte Welt, Weltkreis Verlag

Vietnam? Vietnam!



Filmemacher Prof. Günter Giesenfeld, mehrfach zu
Gast in Vietnam und Kampuchea

Es ist nicht leicht, sich beim Lesen der Artikel und Kommentare, die in unserer Presse erscheinen, oder beim Anschauen der Berichte, die im Fernsehen gesendet werden, der Wirkung des düsteren Bildes zu entziehen, das dort allenthalben von Vietnam gezeichnet wird.

Meist gibt es in unseren Medien nur zwei Arten der Annäherung an Vietnam: Mitleid mit der Bevölkerung (die an den Kriegsfolgen und unter der Unterdrückung durch die neuen Machthaber zu leiden habe, wobei Unterschiede im Grad der Akzentuierung zu beobachten sind) und Feindseligkeiten gegen die Regierung (deren angebliche Verfehlungen — oder Anmaßungen — von dem Wunsch, keine feindseligen Nachbarn zu haben bis hin zu der Absicht reichen, ein wie immer geartetes sozialistisches System aufzubauen),

In diesem Dualismus setzt sich das kolonialistische Denkmuster vom armen, unschuldigen, aber zuweilen auch grausamen Wilden fort, das im Zeichen des Antikommunismus nur leicht abgeändert erscheint. Die Völker der Dritten Welt haben Existenzberechtigung als hilfsbedürftige Opfer, an denen man mildtätig werden kann.

Es ist ja heute durchaus nicht mehr tabu, den Vietnamkrieg zu kritisieren, aber die Scheu, das richtige Wort „Befreiung“ für den Sieg von 1975 zu benutzen, deutet darauf hin, daß man eher den „Krieg“ als abstrakte Größe für die Verheerungen verantwortlich erscheinen lassen will, als die wirklichen Schuldigen, die Truppen und Regierungen der USA, beim Namen zu nennen.

Eigener Weg unbotmäßig?

Das leidende Volk im Krieg konnte noch mit breiter öffentlicher Sympathie rechnen, weil die Sympathisanten sich gegen in unserem Namen verübte Verbrechen wendeten. Sobald die Opfer sich aber wirklich emanzipieren, eigene Wege gehen und souveräne Staaten werden wollen, entsteht auch unter den Freunden leicht die Tendenz einer paternalistischere Bevormundung, wenn Maßnahmen ergriffen werden (müssen), die nicht mehr ins von Europa her aufprojizierte Bild passen.

Wenn wir wirklich solidarisch sein wollen, dann müssen wir das Recht Vietnams respektieren, den Weg zu gehen, den Regierung, Partei und Volk zusammen gehen wollen. Dieses Recht schließt auch das ein, dabei Fehler zu machen. Wir müssen sie kritisieren, dürfen aber davon nicht unsere Zuwendung abhängig machen.

Vor allem über die inneren Verhältnisse in Vietnam gibt es in unserer Öffentlichkeit standardisierte Verdrehungen und Verfälschungen, die meist sogar auf realen Beobachtungen und Problemen beruhen. Jean Lacouture spricht in einem Artikel in Le Monde davon, daß Teile der Bevölkerung einem Regime entfremdet seien, „das ihnen, nach 40 Jahren Krieg, weder den Frieden, noch Sicherheit, noch Wohlstand gebracht hat“).

Wer nicht web erfragt, von wem Vietnam der Frieden vorenthalten wird, wer die öffentliche Sicherheit beeinträchtigt und warum es kein Wirtschaftswunder hat gehen können, wird zu der Auffassung kommen müssen, das Regime wolle oder könne das alles nicht.

leisten, was zu verhindern zwei Großmächte (die USA und China) und ein antikommunistisches Bündnis (die südostasiatischen ASEAN-Staaten) seit 10 Jahren mit verschiedenen Mitteln und wechselndem Erfolg sich bemühen.

Zu den politischen Aktionen der Feinde Vietnams verhalten sich die Berichte in der westlichen Presse oft wie eine seif-fulfilling prophecy (sieh selbst erfüllende Voraussage); dafür, daß das eintritt, was man kritisiert, hat man vorher selber gesorgt. Es bleibt unsere Aufgabe, im realistischen Blick das richtige Verhältnis zwischen Ursache und Wirkung wiederherzustellen.

Armut, Stagnation im Wiederaufbau, Ernährungsprobleme, Kadernangel, Schwierigkeiten bei der wechselweisen Integration zwischen Nord und Süd — das sind in erster Linie Folgen des Krieges und der US-Herrschaft, deren Wirkungen möglichst verewigt werden sollen, damit man sie zum Beweis des Scheiterns eines Aufbaus mit sozialistischen Zielsetzungen mißbrauchen kann. Wägt man aber alle massiven äußeren Einflüsse und Destabilisierungsversuche sowie die objektiven Bedingungen ab, so ist die positive Bilanz einer Regierungsarbeit zu ziehen, die sich in den meisten Fällen erfolgreich mit den oft fast unüberwindlichen Schwierigkeiten herumgeschlagen hat.

Solidarität ist nichts Abstraktes

Da die Einheit der Zielsetzungen zwischen revolutionärer Führung und Volk die wichtigste Voraussetzung für den Sieg gegen Kolonialismus und Aggression war und für die Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität ist, richten sich die eigentlichen publizistischen Verwirrungsversuche — gegen sie.

Deshalb werden, im Anschluß an mitleidserregende Katastrophenberichte, die politischen Führer Vietnams zu verachtenswerten Bösewichten erklärt, deren Machthaber und marxistischer Besessenheit alle Übel zu verdanken sind. Daß Völker die Revolution selber wollen und für das Recht auf eine eigene, selbstbestimmte Zukunft erhebliche Opfer zu bringen bereit sind, ist bekannt, wird aber zugleich verschwiegen, bestritten und bekämpft.

Das vietnamesische Volk ist dazu in einem

Maß bereit gewesen, das die ganze Welt in Bewunderung (oder wenigstens Verwunderung) versetzt hat. Diese Bereitschaft ist immer noch stark, aber nicht unendlich belastbar.

Darauf setzen die Feinde Vietnams, indem sie dafür sorgen, daß die höchste Opferbereitschaft noch möglichst lange überlebensnotwendig bleibt. Ihnen ist jedes Zeichen, das auf ein Nachlassen deutet, eine Siegesmeldung wert.

„In ihrer Politik gegenüber Vietnam spekulieren andere Länder nicht auf einen Sturz der gegenwärtigen vietnamesischen Führungsgruppe. (...) Ihr Ziel ist es vielmehr, das Regieren unmöglich zu machen, Spaltungen in der Partei und in der Nation zu schaffen, die Führung zu diskreditieren, Mißtrauen, Entmutigung und sogar Verzweiflung hervorzurufen und Unsicherheit und Mangel zu bewirken.“²

Das Zitat von Philippe Devillers habe ich in einem Buch gefunden, das den Titel trägt „Vietnam! Vietnam?“.³ Seine Autoren, Andreas Buro und Karl Grobe, kommen in dieser ausführlichen Studie zu manchen überraschend positiven Einschätzungen vor allem der Politik der vietnamesischen Führung. Sie zitieren Devillers denn auch zustimmend.

Karl Grobe ist für Außenpolitik verantwortlicher Redakteur der Frankfurter Rundschau, und dort muß er offenbar viele der Erkenntnisse leugnen, die im Suhrkamp-Buch (das wenige lesen) durch den ausführlichen Einstieg in die Fakten und Quellen sich aufdrängen.

In seinen Zeitungs-Kommentaren kann man nämlich alle bekannten Unterstellungen wiederfinden, deren politische Funktion das Buch so treffend analysiert. Vietnam wolle sich, mit der Niederschlagung der Pol-Pot-Terroristen und ihrer Verbündeten nur zum Herrn über die drei indochinesischen Staaten machen, betreibe eine expansionistische Besiedlungspolitik in Kampuchea, unterdrücke die Bevölkerung des eigenen Landes, denn den Planern in Hanoi seien „nur die Daten faktischer Macht wichtig“.⁴

Hun Sen wird „kambodschanischer Okkupations-Regierungschef von Vietnams Gnaden“ genannt, und die Pol-Pot-Terroristen allenfalls „nicht unbedingt populär“.

Politische Solidarität ist nichts Abstraktes, sondern praktische Arbeit an der Veränderung des Kräfteverhältnisses. Der aufschlußreiche Fall von Wertungs-Schizophrenie mag uns, die Freunde Vietnams, in der (vielleicht altmodischen) Zuversicht stärken, daß das beharrliche Eindringen in die Realität noch immer die beste Grundlage unserer Arbeit ist.

Das ist ein Ansatz kritisch-solidarischer Anteil-Nahme, den auch unsere vietnamesischen Freunde manchmal Mühe haben zu verstehen. Aber eine wirkliche Freundschaft darf weder vom einen, noch vom anderen Partner abstrahieren. **Günter Giesenfeld**

Anmerkungen:

- 1) Le Monde, Paris, 29.12.1984
- 2) Philippe Devillers, To bleed or not to bleed... Vietnam, in: Vierteljahrsberichte, Probleme der Entwicklungsländer, Nr. 88, 1982
- 3) A. Buro/K. Grobe, Vietnam! Vietnam?, Frankfurt/M. 1984. Das Zitat und der Kommentar dazu S. 227f.
- 4) Frankfurter Rundschau, 1.2.1985



Gisela Ellenberg

Das Vietnam-Trauma

Die US-Fachzeitschrift Strategic Review hielt kürzlich so Rückschau: „Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten haben ihre Pflichten in Vietnam bewunderungswürdig und erfolgreich unter außerordentlich schwierigen Umständen erfüllt. Ihre Hingabe hätte zu einem klaren militärischen Sieg führen müssen. Nach allen ethischen Prinzipien der Menschheit wäre es für die ganze Welt besser gewesen, wenn dies Ziel erreicht worden wäre. Und wir könnten schon viel weiter als heute im Aufbau eines Friedenssystems sein, wenn der Feldzug in Vietnam – wie der Feldzug in Korea (1950-53; d. Red.) – die kollektive Sicherheit berücksichtigt hätte, zu der sich der Westen 1947 verpflichtet hat.“¹

„Akt moralischer Größe“?

Die Hauptlehre aus dem Vietnamkrieg (1964-73), sowohl im Rückblick als auch für zukünftige Entscheidungen, sei, daß man nicht gewonnen habe. So der Autor Eugene V. Rostow, Direktor der Rüstungskontrollbehörde unter der Reagan-Administration, der wie seine Leserschaft sicherlich nicht zu den „Tauben“ zählt.

Präsident Ronald Reagan, 13 Jahre nach dem offiziellen militärischen Rückzug in Vietnam: „Wenn 50.000 Amerikaner

das äußerste Opfer bringen, um das Volk eines kleinen schutzlosen Landes in Südostasien gegen die kommunistische Tyrannei zu verteidigen, dann ist das ein kollektiver Akt moralischer Größe und nicht ein Beispiel moralischer Armut.“² Ein kollektiver Akt moralischer Größe? Gegen den Begriff „kollektiv“ würden sich sicherlich viele Amerikaner zurecht wehren, denen die Aufarbeitung des Vietnam-Syndroms, des Vietnam-Traumas, so zu simpel erscheint.

Vietnam-Syndrom, Vietnam-Trauma: Begriffe aus der Welt der Psychoanalyse, die einen Verdrängungsprozeß beschreiben; das Verhalten einer Gesellschaft, die sich aufgrund ihrer Traditionen, ihrer festgelegten Doktrinen und ihrer Staatsphilosophie zwar zu „pursuit of happiness“ (dem Recht auf Glück) bekennen mag, aber nicht zur Schuld.

Die Niederlage in Vietnam – die erste militärische Niederlage in der Geschichte der Vereinigten Staaten – kränkt immer noch. Sie wurde bis heute tabuisiert. Die nicht „das äußerste Opfer“ (Ronald Reagan) brachten, die als Veteranen aus dem Krieg zurückkehrten, fühlten sich in der Regel nicht als Helden. Und sie wurden auch in der Gesellschaft nicht als Helden gefeiert – anders als nach anderen Kriegen.

Tom Nusbaumer, der in Vietnam mit 19 Jahren ein Bein verlor und heute in der

amerikanischen Friedensbewegung mitarbeitet, umschreibt es so:

„Man fühlt sich besudelt durch den Krieg, dreckig, angesteckt. Und wenn Dir dann bewußt wird, daß Du nun nicht gerade für Frieden und Gerechtigkeit gekämpft hast, wird es besonders schwierig. In den Staaten gab es auch keine begleitenden Unterstützungsmechanismen der Gesellschaft, die ja für zurückkehrende Soldaten wichtig sind. Über Jahre habe ich festgestellt, daß es keine Unterstützung durch die anderen gab. Das war nicht böswillig gemeint, die waren einfach nur verwirrt.“³

Nusbaumer hat sich auch mit Statistik beschäftigt: Nach den ihm vorliegenden Untersuchungen war das Durchschnittsalter der amerikanischen Soldaten im Vietnamkrieg 19 Jahre. Zum Vergleich: das Alter der US-Soldaten im 2. Weltkrieg betrug 26 Jahre.

Er meint, die Altersstruktur der damals für Vietnam Gezogenen sei kein Zufall: So junge Männer gehorchten eben leichter, leisteten weniger Widerstand gegen Befehle.

Westmorelands „letzte Schlacht“

Von den fast 3 Mio Soldaten, die in Vietnam eingesetzt wurden, leiden heute noch etwa 700.000 unter psychischen Störungen.

Physische Schäden, für die 12.000 amerikanische Veteranen 1983 in einem Musterprozeß Entgelt einklagen wollten, brachten Öffentlichkeit in die bis dahin totgeschwiegene Nachkriegsgeschichte: Durch den Umgang mit den dioxinhaltigen Entlaubungsmitteln Agent Orange, White und Blue hatten die Veteranen Gesundheitsschäden erlitten oder mißgebildete Kinder gezeugt.

In Vietnam waren wenigstens 170, vielleicht aber auch 500 kg Dioxin versprüht worden. Zum Vergleich: in Seveso wurden damals 0,2 kg frei. Und die Erde dort wurde abgetragen. Das kann man in Vietnam nicht tun. Wieviel Ackerfläche bliebe da noch übrig?

Die Verdrängungsmechanismen der amerikanischen Gesellschaft funktionierten ebenfalls nicht mehr, als der Westmoreland-Prozeß Anfang d.J. das „Debakel“ wieder aufrührte. Die „letzte Schlacht um Vietnam“ spielte sich ganz unmilitärisch vor Gericht ab und kostete in der Vorbereitungsphase beide Parteien Millionen Dollar.

Aber der teure Prozeß klärte nichts, denn die Gegner kamen in der Endphase zu einem Vergleich. So bleibt unbewiesen, ob die amerikanische Fernseh-Gesellschaft CBS berechtigt war, in einer Sendung die Behauptung aufzustellen, General Westmoreland sei an einer Verschwörung der militärischen Abwehr zur

Bagatellisierung der feindlichen Truppenstärke in Südvietnam beteiligt gewesen. Kritische Informationen über den Feind seien in dem Jahr vor der Tet-Offensive unterdrückt und frisiert worden.

Westmoreland, von 1964-68 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Vietnam, hatte gegen CBS eine Verleumdungsklage mit einer Schadensersatzforderung von 120 Mio Dollar erhoben. Vielleicht werden Historiker irgendwann aufarbeiten, was dem Gericht – und damit der Öffentlichkeit – durch den Vergleich verborgen bleibt.

Die historische Aufarbeitung der Ausgangssituation des amerikanischen Krieges in Vietnam verstörte die Öffentlichkeit der USA – soweit sie davon Kenntnis nahm – bereits vor Jahren.

Der „kollektive Akt moralischer Größe“ begann mit einem Bruch des Völkerrechts. Die Genfer Indochina-Konferenz von 1954 hatte beschlossen: die Unabhängigkeit von Vietnam, Laos und Kambodscha; den Abzug der französischen Truppen (die zu diesem Zeitpunkt von den USA mit 80% der Kriegskosten unterstützt wurden) und – nach einer provisorischen Teilung Vietnams am 17. Breitengrad – allgemeine Wahlen dort bis 1965.

Die freien Wahlen – dies bestätigt auch US-Präsident Eisenhower in seinen Memoiren – wären zugunsten Ho Chi Minhs ausgefallen. Sie wurden verhindert. Stattdessen stellten die Vereinigten Staaten (die das Genfer Abkommen nicht unterzeichneten) Südvietnam, Laos und Kambodscha ungefragt unter ihren „Schutz“ – durch den südostasiatischen



Abzug der US-Truppen 1973 aus Südvietnam

SEATO-Pakt, der die provisorische Demarkationslinie am 17. Breitengrad zu einer – später umkämpften – politischen Grenze werden ließ.

Der französische Publizist Chesneaux: „Indem die Vereinigten Staaten jede politische Regelung und jede friedliche Wiedervereinigung verhinderten, übernahmen sie die Verantwortung für eine Situation, die die Wiedereröffnung des bewaffneten Kampfes unvermeidlich machte.“⁴

Der offizielle Ausbruch des bewaffneten Kampfes der USA in Vietnam begann mit dem „Tonking-Zwischenfall“, der – dies ist seit 1971 durch die Veröffentlichung der Pentagon-Papiere belegt – genauso gefälscht war wie seinerzeit der „Überfall“ auf den Sender Gleiwitz. Dieser hatte dem faschistischen Deutschland 1939 die Legitimation gegeben „zurückzuschießen“ und damit den 2. Weltkrieg ausgelöst.

Zur Erinnerung: Im Golf von Tonking sollten nordvietnamesische Patrouillenboote zweimal die US-Zerstörer „Maddox“ und „Turner Joy“ angegriffen haben. Der amerikanische Pilot Stockdale, der über den beiden Zerstörern kreiste, stellte in seinen 1984 veröffentlichten Kriegserinnerungen fest, daß der angebliche zweite Angriff durch nordvietnamesische Torpedoboote nicht stattfand.⁵

Vietnam – Grenada – Nicaragua?

Dieser „Zwischenfall“ freilich veranlaßte den amerikanischen Kongreß zu einer Resolution, die Präsident Johnson einen legislativen Blankoscheck ausstellte, „alle notwendigen Schritte“ zur Unterstützung Südvietnams zu unternehmen. Die USA begannen daraufhin mit der Bombardierung Nordvietnams.

Auch der NATO-Partner Bundesrepublik tut sich in der Aufarbeitung des Vietnamkrieges schwer. Wohltuend ist immerhin, daß ein Politiker wie Eppler (SPD) feststellt, er habe es damals nicht begriffen; er hätte eigentlich unter den Demonstranten sein müssen.

Von welcher Partei auch immer sie regiert wurde, die Bundesrepublik wußte dem Bündnispartner die Treue zu halten. Hinter dem Bekenntnis, Berlin am Mekong zu verteidigen, standen auch wirtschaftliche Interessen: Von 1955-72 wurden Güter (hauptsächlich für die Rüstung) im Wert von 850 Mio DM nach Südvietnam exportiert.

Die Firma Rheinmetall z.B. lieferte im Jahre 1966 Schnellfeuergewehre und verdiente damit 296 Mio DM. Norddeutsche Werften gaben 39 „Liberty-Schiffe“ an die USA ab.

Im Spiegel-Buch „Supergift Dioxin“ heißt es: „Aus internen, mit dem Stem-

pel 'Streng vertraulich' versehenen Unterlagen geht hervor, daß bundesdeutsche Unternehmen am chemischen Krieg der USA in Vietnam direkt oder indirekt mitverdient haben... Das Unternehmen Boehringer, in dessen Geschäftsführung der heutige Bundespräsident Richard von Weizsäcker zwischen 1963 und 1967 als persönlich haftender Gesellschafter wirkte, lieferte während des Vietnamkrieges an Watkins (eine neuseeländische Firma, die wiederum Dow Chemicals belieferte; d. Red.) Hunderte Tonnen Tetrachlorbenzol und Phenolatlaug, Ausgangsstoffe für die Produktion von 2,4,5,T. 'Solange der Vietnam-Krieg andauert', schrieb 1967 ein Boehringer-Mann, 'sind keine Absatzschwierigkeiten zu erwarten'.⁶

Die 1972 von der Bundesregierung versprochene Aufbauhilfe für Vietnam in Höhe von 89 Mio DM wurde freilich nie gezahlt. Eine Begründung dafür fand sich 6 Jahre später: Mit der vietnamesischen Großoffensive gegen das mörderische Pol-Pot-Regime in Kampuchea (siehe Kampucheabeitrag von G. Giesenfeld; d. Red.), die von der westlichen Welt als „Hegemonismus“ ausgelegt wurde.

Auch die Vereinigten Staaten versprochen 3,25 Mrd Dollar Wiederaufbauhilfe, zahlten aber nie.

Zwei, drei, viele Vietnam hat es inzwischen gegeben.

Zum Beispiel Grenada: Dort „befreiten“ die USA hundert Studenten, und sie belegen seitdem in putativer Notwehr 250 der 500 Hotelbetten. (Das schadet dem Tourismus. Schließlich lautet die Parole der dort von den USA unterstützten Partei „Frieden, Liebe und freies Unternehmertum“.)

Grenada: ein Test. Die westlichen Alliierten haben den Einmarsch ohne wesentlichen Einspruch hingenommen.

Steht noch die Konstruktion eines „Tongking-Zwischenfalles“ für Nikaragua aus. Die amerikanischen „Falken“ werfen der Regierung schon seit langem zaudriges Zögern im Libanon und in Mittelamerika vor. Und sie führen dies auf das „Vietnam-Trauma“ zurück. Dabei sollten sie doch zufrieden sein, z.B. darüber, wie preußisch-brav die westdeutschen Alliierten die Aufstellung der Pershings hingenommen haben.

Zwei, drei, viele Vietnam? Das kann morgen schon Realität sein. Vielleicht in Mittelamerika. Vielleicht bei uns.

Anmerkungen:

- 1) Strategic Review, Washington, Herbst 1984, S. 30-38, hier: S.35
- 2) Die Zeit, 1.2.1985
- 3) Vietnam-Kurier, Nr. 2/1983
- 4) Heinrich Weiler, Vietnam, Frankenthal/Montreaux 1969, S.68
- 5) What really happened at Tonkin Gulf, in: International Herald Tribune, Paris/Zürich, 29./30.9.1984
- 6) Supergift Dioxin, Reinbek 1984, S. 79, 80



30. April 1975: Einnahme des Saigoner Regierungspalastes durch die Befreiungstreitkräfte

Jürgen Ostrowsky

Die Befreiung Saigons Höhepunkt eines 30jährigen Widerstandskrieges

Welche Gesellschaftsordnung am 30. April 1975 kläglich abdanken mußte, erkennt man an dem, was ihre einstigen Schmarotzer betrauern.

Unter der Überschrift „Die versunkene Welt des alten Cholon“ schwärmte noch am 26. Juli 1979 der Frankfurter-Allgemeine-Korrespondent Adelbert Weinstein vom „Charme“ des Saigoner Chinesenviertels – von „Luxusfahrzeugen“ und „Jeeps, mit betrunkenen GIs besetzt“, vom „Heer der Domestiken“ um die „Führungsschicht“ und den „ausgewählten Schönheiten“, die dem Geschäftlichen „einen glücklichen Verlauf des weiteren Zusammenseins“ folgen ließen.

Der Saigoner „Charme“

Den „Charme“ hatte die französische Kolonialmacht mit dem Bajonett importiert.

Bei der Jagd der imperialistischen Mächte um die Aufteilung der Welt hatte Frankreich zwischen 1858 und 1884 Vietnam stückweise an sich gerissen. 1893 wurde das „Protectorat Indochina“ errichtet, das auch die Gebiete von Laos und Kampuchea einschloß.

Die Kolonialmacht verwandelte Vietnam in ein Dorado der Ausplünderung, gestützt auf das Salz-, Alkohol- und

Opiummonopol sowie einen intensiven Kapitalimport. Dieser ruinierte das einheimische Handwerk, aber mit der teilweisen Industrialisierung entstanden auch eine nationale Bourgeoisie und eine proletarische Schicht, die bald zu einer treibenden Kraft des Widerstandes werden sollte.

Die bürgerliche Schicht und Teile der kleinbürgerlichen Intelligenz hatten ihr Widerstandspotential mit einem Aufstandsversuch im Jahre 1930 endgültig erschöpft, den die Kolonialtruppen rasch niederschlugen. Doch 1925 hatte ein weitgereister 35jähriger, den die Lösungen der französischen Revolution, der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und die russische Oktoberrevolution von 1917 tief beeindruckt hatten, die Liga der revolutionären Jugend Vietnams gegründet, die zur Keimzelle der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) werden sollte: Ho Chi Minh.

Die KPV – sie nannte sich ab Oktober 1930 KP Indochinas –, die Intellektuelle, Arbeiter und Bauern organisierte, wurde trotz Illegalität und Verfolgung zum Zentrum des antikolonialen Kampfes.

1940 überfielen japanische Truppen das Land. Die französische Verwaltung, die sich auf die Seite des profaschistischen Vichy-Regimes stellte, nahm sie mit offenen Armen auf. Für das vietnamesi-

Dien Bien Phu – Symbol des Sieges



Flaggenhissung des siegreichen Viet-minh in Dien Bien Phu 1954

Die Entscheidungsschlacht begann am 13. März 1954 und dauerte 55 Tage. Am 7. Mai kapitulierten die Überlebenden der Festungsbesatzung.

Gewaltige Materialmengen wurden von den Viet-minh-Soldaten erbeutet – das meiste aus Beständen der USA, die in Vietnam „offenbar bis zum letzten Franzosen“ hatten kämpfen lassen wollen, wie der Politikwissenschaftler Richard Morrock schreibt.

Jules Roy bezeichnete Dien Bien Phu als „des weißen Mannes Stalingrad“. Vo Nguyen Giap urteilte über die symbolische Bedeutung des Ortes, den bis dahin kaum jemand in der Welt gekannt hatte: „Dien Bien Phu, dieser Wegweiser des nationalen Befreiungskampfes unseres Volkes und der schwachen Völker der Erde, wird Befreiungsbewegungen der Völker Asiens, Afrikas und Südamerikas beeinflussen, die sich auflehnen, um sich zu Herren ihrer Länder und ihres eigenen Schicksals zu machen.“

„Im Dezember 1953 beschloß das Zentralkomitee, eine strategisch äußerst wichtige Schlacht in Dien Bien Phu zu liefern, und

übergab die Befehlsgewalt dem Genossen Vo Nguyen Giap“, heißt es nüchtern in der „Kurzen Geschichte der Partei der Werktätigen Vietnams“.

Eine entscheidende Schlacht liefern, den nicht zu fassenden Gegner, die Vietnamesische Volksarmee, zu stellen und mit überlegener Bewaffnung zu schlagen – das war auch der Gedanke des französischen Oberbefehlshabers General Navarre, als er am 20. November 1953 den unbekanntenen Flecken Dien Bien Phu im Nordwesten Vietnams von Fallschirmjägern besetzen ließ.

Zwar mußte die Feste aus der Luft versorgt werden, doch – schrieb General Giap später – „für die französischen und amerikanischen Militärs galt Dien Bien Phu als uneinnehmbar. ... Sie waren überzeugt, ein Angriff bedeute für uns Selbstmord, sichere, unvermeidliche Niederlage.“ Rund 16.000 Soldaten lagen schließlich in Dien Bien Phu, die Hälfte davon Fremdenlegionäre.

Doch als die Viet-minh-Armee den Angriff eröffnete, war das Erwachen füchterlich. „Alle Experten hätten geschworen, daß es unmöglich sein würde, Artillerie auf dem Landweg durch den Gebirgsschmelge nach Dien Bien Phu zu transportieren“, notierte ein schockierter Peter Scholl-Latour in Hanoi.

„Der Viet-minh hatte es unter unvorstellbaren Strapazen geschafft, und schon unter den ersten Salven brachen die Verteidigungsanlagen der Franzosen, die allenfalls auf Granatwerferfeuer eingerichtet waren, zusammen.“ 200.000 Menschen hatte die Viet-minh mobilisieren können – allein für die Nachschubversorgung.

Jules Roy, ein ehemaliger Luftwaffenoffizier, schrieb: „Trotz der gewaltigen Bombentonnage, die auf die Nachschubwege abgeworfen wurde, konnte die Volksarmee ihre Munitionstransporte immer wieder über diese Straßen nach vorn schaffen, und General Navarre ist von den Peugeot-Fahrrädern besiegt worden, die mit zwei- bis dreihundert Kilogramm beladen waren und von Männern geschoben wurden, die nicht satt zu essen hatten und in Nylonplanen gewickelt auf dem nackten Boden schliefen. Nicht das Material hat General Navarre bezwungen, sondern die Klugheit und der Siegeswille des Gegners.“



7. 5. 1954: Kapitulierende französische Fremdenlegionäre

sche Volk begann eine Phase doppelter Unterdrückung.

Am 19. Mai 1940 wurde auf Initiative Ho Chi Minhs und der KPI eine breite Befreiungsfront geschaffen, deren Name abgekürzt Viet-minh lautete. Das Programm der Front forderte neben der Vertreibung der japanischen Besatzer die nationale Unabhängigkeit, die Gründung einer Republik sowie innenpolitische Maßnahmen: von einer Amnestie und allgemeinen Wahlen bis zu Achtstundentag und Agrarreform.

Vor allem in den Gebieten, die schon 1930 Zentren einer Streik- und Aufstandsbewegung gewesen waren (dort waren Räteverwaltungen gebildet worden, die mit der Enteignung von Großgrundbesitzern begonnen hatten) nahm die Viet-minh den Partisanenkrieg auf. Am 22. Dezember 1944 wurden dort die ersten Einheiten einer regulären Volksbefreiungsarmee aufgestellt.

Im März 1945 entwaffneten die Japaner die französischen Truppen – angeblich, um Vietnam die „Unabhängigkeit“ in einer großasiatischen Union zu gewähren. Sie gewannen den Marionettenkaiser Bao Dai für das Manöver.

Aufstand der Viet-minh

Die Viet-minh-Armee begann den organisierten Kampf gegen die Okkupanten. Im August 1945 – der japanische Imperialismus stand kurz vor seiner Niederlage – nutzte die Viet-minh die Lage zum allgemeinen Volksaufstand: Am 19. August siegte der Aufstand in Hanoi („Augustrevolution“), am 25. August in Saigon. Am 2. September 1945 rief Ho Chi Minh die Demokratische Republik Vietnam (DRV) aus.

Nach allgemeinen Wahlen wurde Ho Chi Minh am 6. Januar 1946 Präsident der DRV, die Frankreich im März desselben Jahres widerwillig anerkennen mußte. Der Aufbau des freien, demokratischen Vietnam hätte beginnen können.

Indessen: „Die Franzosen hatten zwar jämmerlich vor den japanischen Faschisten kapituliert, doch nach Kriegsende betrachteten sie es als ihr unanfechtbares Recht, wieder als Herren in ihre alten Kolonien zurückzukehren“, schrieb General Vo Nguyen Giap, der Befehlshaber der Vietnamesischen Volksarmee (VVA) später.

Sie kamen mit einem „Expeditionskorps“ und in dem Glauben ihres Kommandeurs General Leclerc, die Okkupation und „Befriedung“ Vietnams sei in 10 Wochen abzuschließen.

An Bord eines der Truppentransporter befand sich der Fremdenlegionär Peter Scholl-Latour. Unterwegs begegnete man britischen Transportern, an Deck „Veteranen des Burma-Feldzugs...

Durch ein Megaphon war eine englische Stimme mit spöttischem Unterton zu hören: 'You are going the wrong way ... Ihr fahrt in die falsche Richtung!'. Die Franzosen richteten durch Artilleriebeschuss ein Massaker im Hafen Hai-phong an und überfielen am 19. Dezember 1946 Hanoi. Doch der Krieg der „10 Wochen“ wurde zum Marsch in den Untergang. 1951 standen bereits 175.000 französische Soldaten in Vietnam, doch sie kontrollierten gerade die Städte und einige Gebiete.

„Als Kolonialkrieg konnte er keine anderen Ziele haben als Besetzung und Unterwerfung unseres Landes“, analysierte General Giap den französischen Krieg. „Der Gegner sah sich in einen unlösbaren Widerspruch verwickelt: Ohne seine Truppen aufzulösen, war es ihm unmöglich, die eroberten Gebiete zu kontrollieren; löste er sie aber auf, setzte er sich selbst der Gefahr aus, daß diese fraktionierten Einheiten zur leichten Beute unserer Truppen würden.“

In den von der VVA im Zuge mehrere Offensiven eroberten Gebieten dagegen wurde intensiv mit der Aktivierung der Bauernmassen begonnen: Land- und demokratische Verwaltungsreformen sowie Verbesserungen der Lebensbedingungen motivierten die Bauern, für die Befreiung und die Armee aktiv zu werden, die diesen Kampf führte. Den Triumph des Volkskriegs gegen eine Armee, die mehrheitlich aus Legionären und aus Zwangsrekrutierten anderer Kolonien sowie einer nur der Zahl nach imponierenden Bao-Dai-Hilfstruppe bestand, besiegelte die Schlacht von Dien Bien Phu (siehe Kasten).

Die Kapitulation der Festung am 7. Mai 1954 ebnete den Weg an den Verhandlungstisch in Genf.

Das am 20. Juli 1954 geschlossene Abkommen sollte den Frieden auf der Grundlage der territorialen Integrität Vietnams, Kampuchéas und von Laos wiederherstellen. Vietnam wurde provisorisch am 17. Breitengrad geteilt, um bis 1956 nach allgemeinen Wahlen wiedervereinigt zu werden.

Vom französischen zum US-Krieg

Doch zwei Unterschriften fehlten auf dem Dokument, die der USA und des kurz zuvor auf Betreiben Washingtons ernannten Ministerpräsidenten Ngo Dinh Diem. Denn lange vor Frankreichs Niederlage war der Vietnamkrieg bereits ein Krieg der USA geworden.

Der Sieg der chinesischen Revolution 1949 hatte US-Außenminister Acheson bewogen, Indochina zur „lebenswichtigen Sphäre“ der USA zu erklären. Washington lieferte Waffen und finanzierte Frankreichs Krieg: 1953 trugen die USA



US-Präsident Nixon 1969 in Südvietnam

faktisch die gesamten Kosten der militärischen Operationen Frankreichs mit einem „Beitrag“ von 785 Mio Dollar. Kurz vor der Kapitulation von Dien Bien Phu boten US-Generäle gar den Einsatz von Atombomben an.

In Südvietnam installierten die USA mit Diem ein Regime, das ihre Interessen getreulich verwaltete: Frankreichs Kapital wurde systematisch verdrängt, US-Militärs halfen bei der Aufrüstung einer südvietnamesischen Armee. Denn an Wiedervereinigung war nicht gedacht. Im Gegenteil, das Eintreten dafür wurde vom Diem-Regime als Verbrechen verfolgt.

Während CIA-Agententrupps einen Untergrundkrieg gegen Nordvietnam (die DRV) führten, errichtete Diem eine blutige Diktatur. Seine „Säuberungen“ kosteten zwischen 1955 und 1959 an die 75.000 Menschen das Leben.

Die Opposition hatte sich 1956/57 wieder zu formieren begonnen. Die Rückkehr der Großgrundbesitzer trieb Bauern scharenweise in den Widerstand. Diem regierte mit dem Standrecht.

Die Nationale Befreiungsfront

Am 20. Dezember 1960 vereinigte sich ein breites Oppositionsbündnis zur Nationalen Befreiungsfront (FNL).

Organisationen der Intelligenz, Gewerkschaften, Bauernverband, Frauen- und Künstlervereinigungen, religiöse Gruppierungen, Parteien der nationalen Bourgeoisie, der nationalen Minderheiten und die marxistisch-leninistische Revolutionäre Volkspartei gaben sich ein Programm, das sich in der Losung zusammenfassen ließ: „Den Süden befreien, den Norden verteidigen, die Wiedervereinigung des Vaterlandes erreichen.“

Dies beinhaltete den Sturz des „getarnten Kolonialregimes der US-Imperialisten“ und die Schaffung einer „breiten und fortschrittlichen Demokratie“, deren Basis eine weitreichende Landreform bilden sollte. „Die gerechte Sache der nationalen Befreiung in Südvietnam wird unbedingt triumphieren“, hieß es am Schluß des Programms.

Die anschließend gebildete Volksbefreiungsarmee, deren Hauptkraft die Bauern bildeten, trieb die Diem-Armee rasch in

die Enge. In den befreiten Gebieten organisierte sie das gesellschaftliche Leben nach den Zielen des Programms.

Die US-Regierung reagierte mit der Eskalation des eigenen Militäreinsatzes: statt der vom Genfer Abkommen erlaubten 685 „Berater“ standen 1963 bereits über 16.000 in Südvietnam; die Militärhilfe betrug 600 Mio Dollar. Der Kommandeur des US-Kontingents, General Harkins, verkündete: „Der Sieg ist nur noch eine Sache von Monaten.“

205.000 US-Soldaten sollten nach Ansicht der US-Stabschefs reichen, um mit den „Vietcong“ genannten FNL-Guerillastreitkräften, der DRV und gegebenenfalls auch noch China fertig zu werden. Es sollten unter dem Harkins-Nachfolger Westmoreland auf dem Höhepunkt des Krieges 1968 550.000 US-Soldaten werden, und bei seiner Ablösung im selben Jahr verlangte dieser 1 Mio für den Sieg.

Dieser – als „Licht am Ende des Tunnels“ immer wieder zur Täuschung der US-Öffentlichkeit vorgegaukelt – war da ferner denn je, seit die USA nach einem fingierten Zusammenstoß mit nordvietnamesischen Küstenpatrouillenbooten (Tonking-Affäre) am 4. August 1964 den Krieg offen eskaliert hatten.

Da war Diem mit CIA-Hilfe als Hindernis für die angestrebte Mobilisierung der Bevölkerung längst ermordet (am 1. November 1963), und hatte sich nach etlichen Putsch General Thieu durchsetzen dürfen. Da hatten die USA in Südvietnam monströse Stützpunkte errichtet und das modernste an Luft- und Landkriegsgerät im Einsatz, das die Welt kannte.

Da bombardierten sie die DRV und den legendären „Ho-Chi-Minh-Pfad“, die Nachschublinien der Befreiungsfront, mit Napalm und dem Giftstoff „Agent Orange“. Da wurden neue Waffen eingesetzt, die „pervertierter Wissenschaft“ (so der Vietnam-Historiker Jean Cheneaux) entstammten, hatte General Westmoreland „mehr Leichen“ gefordert und Vietnam „in die Steinzeit zurückbomben“ wollen, hatten US-Einheiten kaum beschreibbare Massaker an



Über der DRV abgeschossener US-Pilot eines B-52-Bombers



Opfer des US-Weihnachtsbombardements 1972/73

Frauen, Kindern und Greisen begangen, von denen das von My Lai am 16. März 1968 nur das bekannteste war.

Und: „Niemals zuvor ... (waren) die US-Geschäftsleute ihren Soldaten in solchem Ausmaß in den Krieg gefolgt“, so das Magazin Newsweek am 1. Januar 1966, und hatten Südvietnam im Verein mit „ihrer“ Armee in einen Sumpf der Korruption verwandelt, wie der US-Publizist William Lederer 1968 ausführlich darstellte.

„Wir könnten das ganze Land asphaltieren und Parkplätze darauf anlegen und immer noch bis Weihnachten wieder zu Hause sein“, hatte im Oktober 1965 ein aufstrebender kalifornischer Politiker getönt: Ronald Reagan. Anfang 1968 gelang den Thieu-Soldaten und der US-Armee mit knapper Not die Abwehr der Neujahrs- („Tet“-)Offensive der FNL.

Das Beinahe-Debakel ließ die US-Regierung erstmals auf Verhandlungsangebote der DRV und der Befreiungsfront eingehen. Sie wurden im Januar 1969 in Paris aufgenommen.

Doch noch immer glaubten die USA an ihre Version einer Lösung. Sie versuchten sie zu erzwingen, indem sie den Krieg auf Kambucha und Laos ausweiteten (Mai 1970 bzw. Februar 1971). Und sie reagierten auf einen Friedensplan der provisorischen FNL-Regierung mit einem achtmonatigen Bombenkrieg gegen die DRV. Selbst als ein unterschrittsreifes Abkommen vorlag, ließen die USA Bomben sprechen: Weihnachten 1972 wurden allein auf Hanoi 40.000 t Bomben abgeworfen.

Die Summe der Bomben, die von US-Piloten über Vietnam abgeworfen wurden, betrug nahezu 7 Mio t – mehr als die Bombenlast des gesamten 2. Weltkriegs. Nur etwa 7% hatten militärischen Zielen gegolten. Die Zahl der zivilen Opfer des US-Krieges betrug etwa 350.000

Getötete; über 6 Mio Vietnamesen waren zu Flüchtlingen geworden.

Aber auch der Blutzoll der Angreifer war zum nationalen Trauma der USA geworden: über 4.000 abgeschossene Flugzeuge, über 57.000 Gefallene, Zehntausende, die zu Krüppeln geworden waren und die schließlich selber zu späten Opfern des hemmungslosen Gifteinsatzes wurden.

Am 27. Januar 1973 unterzeichneten die Unterhändler der USA und der DRV (zugleich im Namen der südvietnamesischen Regierung bzw. der Provisorischen Revolutionsregierung) ein Waffenstillstandsabkommen, das den Abzug der US-Truppen und Verhandlungen der beiden südvietnamesischen Parteien über eine Lösung der offenen Probleme vorsah.

Es war faktisch die Kapitulation des US-Imperialismus vor dem Widerstandswillen und dem Kampfesmut des vietnamesischen Volkes.

Doch es schien, als solle sich die Geschichte wiederholen. Die USA verweigerten die vereinbarte Aufbauhilfe, überließen dem Thieu-Regime ihre Stützpunkte (statt sie vertragsgemäß zu demontieren) und Waffen, ließen Militär-

berater im Land und finanzierten bis zu 83% des südvietnamesischen Staatshaushalts.

Thieu seinerseits verweigerte die vertragliche Freilassung der Gefangenen, lehnte jegliche Verhandlungen ab und ließ seine Truppen gegen die von der Revolutionsregierung kontrollierten Gebiete vorgehen. Besuchern pflegte er mitzuteilen, wer sich als „Neutralist“ oder Kommunist bezeichne, werde „die folgenden 5 Minuten nicht überleben“.

Die Revolutionsstreitkräfte gingen ab Oktober 1973 zur Gegenoffensive über, unterbreiteten jedoch im März 1974 noch einmal einen Friedensplan. Das Thieu-Regime reagierte erst gar nicht darauf – das Pariser Abkommen war zu einem Fetzen Papier geworden.

Im März 1975 begannen die Einheiten der Provisorischen Revolutionsregierung, unterstützt von DRV-Truppen, im Mittelteil Südvietnams mit der Schlußoffensive. Die Gegenwehr der Thieu-Armee brach rasch zusammen: Politischer Terror und wirtschaftlicher Niedergang nach dem Abzug der US-Truppen hatten das Regime weitestgehend den Rückhalt gekostet. Überall im Land kam es zu Aufständen.

Am 21. April 1975 setzte sich Thieu nach Taiwan ab. Der erste Angriff auf den Saigoner Flughafen versetzte die noch verbliebenen US-Amerikaner und Thieu-Anhänger in Panik. Unter chaotischen Umständen versuchten sie sich und wenigstens einiges von dem, was sie zusammengerafft hatten, außer Landes zu retten.

Am 30. April 1975 erhoben sich die in Saigon lebenden Anhänger der Befreiungsfront, Stoßtrupp der Befreiungsarmee drangen geradewegs ins Stadtzentrum ein und besetzten den Regierungspalast und alle wichtigen Punkte. Saigon – und damit ganz Südvietnam – wurde ohne Blutvergießen befreit.

Die Wiedervereinigung des Landes konnte angegangen werden. Saigon erhielt den Namen „Ho-Chi-Minh-Stadt“ – wie es bereits 1945 beschlossen worden war.



BERNT ENGELMANN
HANS VAN DOOYEN (HG.)

UBER DEN
HASS
HINAUS...

TEXTE ZUM 8. MAI 1945

Mit Texten von:
Alfred Andersch
Heinrich Böll
Wolfgang Borchert
Bert Brecht
Alfred Döblin
Thomas Mann
Gerd Fuchs
Nazim Hikmet
Peter Härtling
Ernest Hemingway
Pablo Neruda



und vielen
anderen

WELTKREIS-VERLAG
POSTFACH 789
46 DORTMUND 1



Beate Bartoldus

Aus den Ruinen des Krieges

Der mühevoll wirtschaftliche Wiederaufbau

Angesichts des Sieges der revolutionären Kräfte in Saigon im April 1975 gab der damalige Berichterstatler der Le Monde Diplomatique, Serge Thion, seine Einschätzung über das Kräfteverhältnis im 30jährigen Vietnamkrieg:

„Seit mindestens zehn Jahren zweifelt niemand daran, daß die wichtigste politische Kraft des Landes die Führung der Kommunisten war. Ohne Bürgerkrieg hätte sie sich durchgesetzt, weil sie, auch in den Augen der Mehrzahl ihrer Gegner, die Legitimität der Proklamation von 1945 trug. Ohne ausländische Einmischung hätte sie diese Kraft schon 20 Jahre früher bewiesen.“¹

Die politische Kraft, die die Kommunisten und andere Patrioten im 30jährigen Krieg endgültig bewiesen haben, ist seit 10 Jahren beim Aufbau einer sozialistischen vietnamesischen Republik im Frieden gefordert – abgesehen vom Wirtschaftsboykott und von nichtgezählten Wiederaufbauhilfen der USA und anderer westlicher Länder, ganz zu schweigen von den Grenzzwischenfällen nach Kambodscha hin von 1975-78 und von der Invasion Chinas 1979 –, aber sonst: im Frieden.

Die Schwerter noch nicht umgeschmiedet

Heute, 10 Jahre nach dem Krieg – wird uns Bundesbürgern in einem Fernseh-Essay Vietnam als ein Land präsentiert, das den Krieg immer noch nicht überwunden hat: Militärische Übungen in einer Näherer in Hanoi gehören genauso zum Alltag wie ca. 70 Minentote jährlich als schwerste Opfer der seit dem Krieg lagernden 10 Mio Blindgänger.²

Es ist wahr: Vietnam hat die Schwerter noch nicht zu Pflugscharen umgeschmiedet, und die „Deckung der Anforderungen der Landesverteidigung“³ bleibt einer der wichtigsten Zielpunkte für die Entwicklung der 80er Jahre.

„In einer Hand das Gewehr, in der anderen den Pflug (oder den Hammer oder den Füllhalter) – dieses Bild Vietnams, das gleichzeitig kämpft und eine neue Gesellschaft aufbaut, gilt noch immer...“ So Nguyen Khac Vien, der Chefherausgeber für fremdsprachige Publizistik in Vietnam.⁴

Den Aufbau dieser neuen Gesellschaft kann man mit Khac Vien als „historisches Experiment“ werten, bei dem es darum geht:

„• von einer unterentwickelten Gesellschaft ausgehend den Sozialismus aufzubauen,

• die Integration der beiden Hälften eines Landes zu bewerkstelligen, die in

• eine sprunghafte Entwicklung in der Landwirtschaft zu schaffen,

• die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie stark zu entwickeln,

• neue Projekte in der Schwerindustrie, vor allem beim Maschinenbau zu beginnen,

• sozialistische Produktionsverhältnisse zu stabilisieren, und



einem Zeitraum von 20 Jahren unter zwei völlig verschiedenen Systemen gelebt haben,

• auf Ruinen des Krieges aufzubauen, für die es keinerlei Beispiel gibt und zugleich

• bedeutende Anstrengungen zur nationalen Verteidigung zu unternehmen.“⁵

Im Dezember 1976 legte der 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams (KPVn) im Fünfjahrplan 1976-80 Ziele für die Entwicklung der Wirtschaft fest, die für das unterentwickelte, fast „in die Steinzeit zurückgebombte“ Land unrealistisch waren:

• die sozialistische Umgestaltung im Süden im wesentlichen abzuschließen.⁶

Konkret stellte man sich vor, daß bis 1980 das Nationaleinkommen jährlich um 13-14%, die Arbeitsproduktivität um 7-8% wachsen würde, daß sich die Stahlproduktion dann auf 300.000 t verachtfacht, die Zementproduktion fast vierfacht (auf 2 Mio t) hätte.

Die Maschinenbauproduktion sollte 1980 2,5 mal so groß sein wie 1975, die Elektroenergie sollte sich verfünffachen, die Grundnahrungsmittel sich auf 21 Mio t verdoppeln, das Realeinkommen der Arbeiter sollte sich bis 1980 um

Erbe des Krieges

Südvietnam

Getötete	430.000
Kriegsversehrte	360.000
Waisen	800.000
Drogensüchtige	500.000
Prostituierte	300.000
Vertriebene Landbewohner	10 Mio
Arbeitslose	3 Mio
Analphabeten	7 Mio
TBC-Kranke	1 Mio
Eingesetzter Sprengstoff (t)	14 Mio
(das sind mehr als 500 kg pro Kopf der Bevölkerung)	
Bombentrichter	20 Mio
(das sind 140.000 ha zerstörtes Land)	
Blindgänger (t)	ca. 300.000
Herbizide/	
Entlaubungsmittel (Liter)	70 Mio
(das sind mehr als 4 Liter pro ha)	
Zerstörte oder verseuchte Bodenfläche (ha)	1,7 Mio
(ca. 10% der Fläche Südvietnams)	
Zerstörte Reisanbaufläche (ha)	1/4 Mio
(mehr als 10% der Anbaufläche)	
Getötete Wasserbüffel und Ochs	ca. 1,5 Mio
Zerstörte oder ernsthaft beschädigte Orte	9.000
von insgesamt 15.000	

Nordvietnam

Einzelzerstörungen:	
Lasttiere	40.000
Wasserreservoir	1.600
Staatliche Forstbetriebe	8
Landwirtschaftsversuchsstationen	48
Industriebetriebe	400
Staatl. Landwirtschaftsbetriebe	68 von 70
Schulen	2.923
Pagoden und Tempel	465
Kirchen	484
Kulturmonumente	808
Krankenhäuser	350
Pflege- und Entblutungsanstalten	1.500

Totalzerstörungen:

sämtliche Elektrizitätswerke, Bahnhöfe, Häfen, Brücken und das ges. Bahnnetz.

Andere Zerstörungen:

Nach der Bombardierung der 6 größten Städte – 3 total zerstört, der 29 Provinzhauptstädte – 12 total zerstört, der 96 Distrikthauptstädte – 51 total zerstört, von 2/3 aller Dörfer – 300 total zerstört. (Quellen: SIPRI, Stockholm und Vietnam Courier, Hanoi)

namesische Regierung von 1975-80 für den Aufbau der Landwirtschaft ausgehen wollte bzw. fast so hoch wie der Staatshaushalt 1977.¹³ Anstatt Vietnam zu helfen, organisierten die USA, unterstützt von der BRD, ab 1976 einen Entwicklungshilfeboykott.¹⁴

Die Auswirkungen: keine weitere Ölförderung, weniger Energieproduktion, geringere Industrialisierung als vorgesehen, mangelnde Importmöglichkeiten. Sie reichen bis heute: „Fast alle Industrieunternehmen waren von ausländischen Rohstoffzulieferungen und Ersatzteilen abhängig. Als es dafür keine Devisen mehr gab, mußten sie ihre Produktion auf durchschnittlich 20-30% der Kapazitäten zurückschrauben. Bis heute stehen viele Maschinen still.“¹⁵

Zu den Boykottmaßnahmen gehört auch, daß die chinesische Regierung zugesagte Finanzhilfen seit 1975 nach und nach reduzierte und die Unterstützung Vietnams ab 1978 ganz einstellte. Gleichzeitig vermehrten sich die Grenzübergriffe der von China unterstützten kampucheanischen Pol-Pot-Truppen sowie von China provozierte Zwischenfälle an der chinesisch-vietnamesischen Grenze (siehe Kampuchea-Beiträge von G. Giesenfeld, R. Ward). Schließlich verstärkte sich 1978 die Fluchtbewegung der Hoas besonders aus dem chinesisch-vietnamesischen Grenzgebiet (95% der Flüchtenden), um den Übergriffen zu entgehen, und aus Cholon (5%).

Korrektur des Übereifers

Sie war einesteils bedingt durch „die harten Lebensbedingungen, die den Angehörigen der früheren Oberschicht und den chinesischen Händlern zugemutet werden..., wofür es reale und zu würdige Gründe gibt“.¹⁶ Andernteils war sie bedingt durch die Versuche Pekings, die chinesische Minderheit zur Flucht zu bewegen und damit Vietnam zu diskreditieren.

Ein weiterer Grund für die Nichterfüllbarkeit des ersten Wiederaufbauplans lag in Fehleinschätzungen vietnamesischer Politiker. Dies macht am besten ihre Selbstkritik deutlich:

„Subjektivismus und Übereifer“, so meint Nguyen Khac Vien, „zusammengefaßt in dem Slogan 'rasch, kraftvoll und mit Riesenschritten voran', haben dazu geführt, daß große Investitionen in viel zu ehrgeizige Projekte gesteckt wurden... Es hat sich herausgestellt, daß diese Investitionen bis jetzt keinerlei greifbares Ergebnis gebracht haben, wohingegen die Knappheiten sich verschlimmert haben... Übereifer in der Landwirtschaft zog im Norden unüberlegte Erweiterungen der Größe der Kooperati-

30-35%, der Bauern um 15-20% steigern...⁷

Schon bald erwies sich dieser Plan aus mehreren Gründen als Illusion:

Zunächst einmal wirkte die Erbschaft des hundertjährigen (1859-1954) französischen Kolonialismus und eines 21jährigen amerikanischen Neokolonialismus mit einem grausamen Krieg und verheerenden Auswirkungen auf die südvietnamesische Wirtschaft⁸ wirtschaftlich und ideologisch zu nachhaltig, als daß sie so schnell hätte überwunden werden können:

„Beträchtliche materielle Zerstörung; die traditionelle ländliche Gesellschaft von unten nach oben gekehrt (10 Mio Bauern mußten ihre Dörfer verlassen, die von den Amerikanern durch Bomben vernichtet worden waren); unkontrollierte 'Verstädterung' ohne industrielle Entwicklung (1975 lebten nur noch 35% der Bevölkerung auf dem Land; d. Verf.); Anwachsen parasitärer Schichten unter einer Bevölkerung, die ständig zum Leben in einer Verbraucher-Gesellschaft verleitet wurde; komplexe soziale Probleme; Gangstertum, Prostitution, Drogen, Aberglaube; das Verschwinden der nationalen und kulturellen und moralischen Werte.“⁹

So ist es kein Wunder, daß einige Maßnahmen der Regierung, wie z.B. die Kampagne für die Unterdrückung des kapitalistischen Handels 1978¹⁰, bei denen Widerstand hervorrief, die durch Kollaboration mit den Amerikanern zu einer „bis 1975 die Wirtschaft Südvietnams kontrollierenden Minorität“¹¹ geworden waren und sich nun ihrer Privile-

gien enthoben sahen.

Außerdem machten unvorstellbar riesige Naturkatastrophen eine Planerfüllung praktisch unmöglich.

1977 gab es die größte Dürrekatastrophe seit 1/2 Jahrhundert. Große Taifune und Überschwemmungen in den Jahren 1977, 1978, 1980 zerstörten einen Großteil der Ernte. Zwar gab es in der Geschichte Vietnams immer wieder Trockenzeiten und anschließende Überschwemmungen, doch stehen die verheerenden Folgen der Unwetterkatastrophen der letzten Jahre eindeutig im Zusammenhang mit den Kriegsfolgen, so z.B. mit dem zerstörten Deichsystem und dem verminderten Waldbestand.¹² Ferner wurden fest eingeplante Auslandshilfen nicht eingehalten, so beispielsweise die versprochenen 3,25 Mrd Dollar Wiedergutmachung der USA und die 80 Mio DM der BRD.

Allein das von US-Präsident Nixon zugesagte Geld war fast soviel, wie die viet-

Bei der chinesischen Aggression 1979 geplündertes und in Brand gesetztes Maislager bei Pho Lu





Vietnam-Daten

Fläche: 329.000 qkm (BRD 124.000)

Bevölkerung: 57 Mio; Bevölkerungswachstum 2,8%. 84% sind Viet(Kinh), 16% gehören den insgesamt 68 nationalen Minderheiten an, deren größte die chinesischen Hoa(Han) mit rund 2 Mio und die Khmer (800.000) sind. Rund 22% der Vietnamesen leben in Städten

Hauptstadt: Hanoi

Amtssprache: Vietnamesisch

Währung: Dong (D), 1 D = 0,26 DM (Stand Januar 1985)

Religion: Buddhisten (30-40%), Konfuzianisten, Taoisten, Katholiken (ca. 10%)

Natürliche Bedingungen: Tropisches Monsunklima, mit einem Jahreschnitt um 25°C Celsius und 81,3% Luftfeuchtigkeit. 3/4 des Landes sind bergig (höchste Erhebung: Phan Si Pan, 3142 m), 15 Mio ha bewaldet.

Staatsordnung: Im Juli 1976 wurde die wiedervereinigte Sozialistische Republik Vietnam (SRV) von der gewählten Nationalversammlung proklamiert. Mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung im Jahr 1979 wurde ein Staatsrat geschaffen, dessen Vorsitzender (seit 1981 Truong Chinh) den Oberbefehl über die Streitkräfte und den Vorsitz des Nationalen Verteidigungsrates innehat. Dem **Ministerrat** hingegen obliegt schwerpunktmäßig die Leitung der Volkswirtschaft.

Die **Kommunistische Partei Vietnams (KPVn)**, gegr. 1930, bis 1951 Teil der KP Indochinas, von 1951-76 Partei der Werktätigen Vietnams, Generalsekretär Le Duan) ist die führende Kraft der **Vaterländischen Front Vietnams** (gegr. 1955), die alle Parteien und Massenorganisationen der SRV vereint. Die Demokratische Partei Vietnams (DPV, gegr. 1944) und die Sozialistische Partei (SPV, gegr. 1946) repräsentieren das patriotische Kleinbürgertum und Teile der Intelligenz. Größte **Massenorganisationen:** Der Großteil der rund 30 Mio Erwerbstätigen gehört den 39.000 Landwirtschaftlichen Produktionsverbänden (Genossenschaften, Staatsgüter) an. Mehr als 2 Mio Arbeiter und Angestellte gehören dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund Vietnams (gegr. 1946) an. Mehr als 5 bzw. 4 Mio Mitglieder zählen der Kommunistische Jugendverband „Ho Chi Minh“ und die Frauenunion Vietnams

Wirtschaft/Soziales: Über 2/3 der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft, rund 10% in der Industrie (1960 nur 5%) beschäftigt. Anteile an der Bruttoproduktion (1978): Industrie 62%, Landwirtschaft 38%. 2/3 der Agrarnutzfläche werden für den Reisanbau genutzt. Im Zeitraum 1975-84 konnte der jährliche Reisertrag von 10,5 auf 15 Mio t, die **Nahrungsmittelproduktion** insgesamt von 12,0 auf 17,3 Mio t gesteigert werden.

Die **Lebenserwartung** liegt bei 64 Jahren. Die Säuglingssterblichkeit (pro 1.000, erstes Lebensjahr) konnte von 1960-82 von 163 auf 53 gesenkt werden. Analphabeten sind 13% der Erwachsenen.

Reichhaltige **Bodenschätze** finden sich bei Edel- und Schwermetallen, Eisenerz, Apatit, Anthrazit, Braunkohle. Vermutet werden Ölvorkommen.

Den **Außenhandel** wickelt die SRV als Mitglied des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) vorwiegend, zu etwa 2/3, mit sozialistischen Ländern ab. Exporte: Agrarprodukte, Kunstgewerbe, Waren der Leichtindustrie. Importe: zu 70-80% Roh-, Brennstoffe, Maschinen.

Geschichte:

- 257-207 v.u.Z. Erster vietnamesischer Staat, das Königreich Au Lac
- 938 u.Z. Erklärung der Unabhängigkeit von China
- 939 Dynastie Dai Viet
- 1804 Dai Viet wird umbenannt in Viet Nam
- 1884-1945 Kolonialherrschaft Frankreichs
- 1930 Gründung der KP Vietnams
- 1930-31 Räteaufstände
- 1940 Beginn der japanischen Besetzung Indochinas
- 1945 Gründung der Viet-minh-Front
- 1945 Sieg der August-Revolution und Proklamierung der DRV am 2. September durch Präsident Ho Chi Minh
- 1946 Viet-minh gewinnen erste Wahlen zur Nationalversammlung (230 von 300 Sitzen)
- 1946-54 Widerstandskrieg nach französischem Angriff auf Hanoi
- 1953-57 Bodenreform
- 1954 Sieg über Interventen bei Dien Bien Phu
- Genfer Indochina-Abkommen, das provisorische Teilung Vietnams bis zu allgemeiner Wahl (spätestens 1956) vorsah
- 1954-63 Diem-Diktatur im Süden, mit den USA als „Schutzmacht“
- 1955 Gründung Vaterländischer Front Vietnams
- 1958 Beginn des sozialistischen Aufbaus im Norden
- 1960 Gründung Nationaler Befreiungsfront Südvietnams (FNL)
- 1962 US-„Spezialkrieg“ gegen die FNL setzt ein
- 1964 Tonking-Affäre, Eröffnung des US-Bombenkriegs gegen die DRV
- 1965-75 Thieu-Regime im Süden
- 1968 Tet-Offensive der FNL
- Massaker von My Lai (Son My)
- US-Truppen im Süden jetzt 550.000 Mann stark
- 1969 Pariser Friedensverhandlungen beginnen
- Proklamierung Provisorischer Revolutionsregierung Südvietnams
- DRV-Präsident Ho Chi Minh stirbt
- 1970 Gipfelkonferenz der Völker Indochinas
- 1973 Pariser Friedensabkommen, Abzug der US-Truppen
- Das Thieu-Regime setzt den Krieg fort
- 1975 Offensive „Ho Chi Minh“ führt zur völligen Befreiung des Südens
- 1976 Gesamtvietnamesische Wahlen zur Nationalversammlung, Wiedervereinigung und Proklamierung der SRV
- 1977/78 Grenzkrieg kampucheanischer Pol-Pot-Armee spitzt sich zu
- 1978 Die SRV wird Mitglied im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
- 1979 SRV-Truppen und kampucheanischer Widerstand besiegen Pol-Pot-Armee und befreien am 7. Januar Phnom Penh
- Im Februar/März Aggression Chinas

ven und im Süden beschleunigte Kollektivierung nach sich. Beides verunsicherte die Bauern und führte zu einem Produktionsrückgang.“¹⁷

Als sich herausstellte, daß das gesetzte Ziel aufgrund der außenpolitischen Bedingungen, der Kriegsschäden und der politischen Fehleinschätzungen nicht aufrecht erhalten werden konnte, beschloß das KPVn-Zentralkomitee eine Kurskorrektur. Es fällt im September 1979 die Entscheidung, zwar die grundlegende Zielrichtung zum Aufbau des Sozialismus beizubehalten, aber den zeitlichen Rahmen für die Erlangung der Planziele abzuändern.

Das bedeutete, „in erster Linie die Tendenz zu bekämpfen, die danach trachtet, alle Sektoren unter staatliche Kontrolle zu bringen, ungeachtet des wirtschaftlichen Nutzens... Das Hauptkriterium für den Betrieb eines Unternehmens in jedem Sektor sollte der wirtschaftliche Nutzen sein“.¹⁸

Um die Bedürfnisse der Bevölkerung rascher befriedigen zu können, um die Produktion besonders von Grundnahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs zu steigern, wird seit 1979 die traditionelle Kleinproduktion als wichtiger wirtschaftlicher Faktor gefördert und eine leistungsorientierte Entlohnung in der Industrie durchgesetzt. Die Bauern werden ermutigt, bisher unzureichend bewirtschaftetes Land zu bebauen.¹⁹

Dazu entwickelte man ein „Kontrakt-system“, das sowohl einen für den Staat planbaren Minimalertrag garantiert als auch den Bauern Produktionsanreize bietet: „Der Staat legt eine Mindestproduktionsquote fest, die auf dem Durchschnittsertrag der drei vorhergegangenen Jahre basiert. Alles, was darüber hinaus produziert wird, kann die Familie auf dem freien Markt verkaufen oder beim Staat gegen Dünger und Gerät eintauschen.“²⁰



Bewässerung eines Reisfeldes – in Vietnam Schwerarbeit bei ständiger Gefahr durch Blindgänger

Seit Beginn der 80er Jahre hat sich Vietnams Wirtschaft, so das Urteil unbefangener westlicher Beobachter, „konsolidiert ... und beachtliche Erfolge gezeitigt“.²¹

Bei einem Bevölkerungswachstum von mehr als 2,3% im Jahr, was „bedeutet, daß jährlich 400.000 t Nahrungsmittel zusätzlich benötigt werden, nur um den gegenwärtigen niedrigen Lebensstandard zu halten“,²² ist die Pro-Kopf-Produktion an Nahrungsmitteln von 268 kg im Jahr 1980 auf 300 kg 1983 (= jährliche Steigerung von ca. 800.000 t) gestiegen.²³

1983 mußten zum ersten Mal in der Geschichte Vietnams keine Nahrungsgüter importiert werden. Dies ist das Ergebnis der oben genannten Reformen, aber auch bedingt durch eine stärkere Intensivierung der Agrarproduktion, den Einsatz von schnellreifenden Reissorten, mehr Dünger, die Verbesserung des Bewässerungssystems und die Forcierung einer dritten Ernte im Jahr.

Die Orientierung des 5. Parteitag der KPVn vom März 1982 darauf, die „Landwirtschaft, Leichtindustrie ... und Schwerindustrie ... in ein wirtschaftlich angemessenes Verhältnis“ zu bringen,²⁴ trägt also die ersten Früchte.

Die Industrialisierung Vietnams, dessen Zuwachsraten der Industrieproduktion zwischen 1981 und 1983 durchschnittlich 11,8% betragen, ist eng gekoppelt an ihre Verwertbarkeit in der Landwirtschaft und bei der Energieversorgung. Allein im Mai 1984 wurden einige große Industrieprojekte zum (Teil-)Abschluß gebracht:

- der Bau des bisher größten Kohleaufbereitungskraftwerks Vietnams in Uong Bi wurde abgeschlossen;
- die zweistöckige Thang-Long-Brücke über den Roten Fluß wurde für den Eisenbahnverkehr in Betrieb genommen;
- die erste erdölfördernde Bohrung vor Vietnams Küste durch ein vietnamesisch-sowjetisches Erkundungsschiff fand statt;
- die zweite Ausbaustufe des Super-

phosphatwerks Lam Tho wurde nach 4 Jahren Bauzeit fertiggestellt. Damit verdoppelt sich die Düngemittelproduktion dieses Werkes.²⁵

Wer die Entwicklung der SRV in den letzten 10 Jahren betrachtet, muß die Sozialdaten des Landes würdigen. Obwohl Vietnam in den Entwicklungsberichten, die jährlich von der Weltbank herausgegeben werden, unter den 20 ärmsten Ländern der Welt rangiert, kann es, was das Gesundheits- und Erziehungswesen betrifft, mit den meisten anderen Entwicklungsländern konkurrieren, ja es übertrifft die angrenzenden ASEAN-Länder (Vereinigung Südostasiatischer Nationen, darunter Thailand, Malaysia; d. Red.).

Hierzu einige aussagekräftige Daten:

- Zwischen 1976 und 1980 gab es ein nationales Programm zur Bekämpfung der Malaria. In dieser Zeit sank die Zahl der Malariafälle auf ein Dreißigstel.²⁶

- Im Schuljahr 1981/82 besuchten 22,2% aller Kinder Vorschulen. In größeren Städten (Ho-Chi-Minh-Stadt: 44,5%; Da Nang: 33,3%) und im Hochland bei den nationalen Minderheiten, bei denen es vor der Befreiung überhaupt keine Vorschuleinrichtung gab, lag die Zahl wesentlich höher (Lam Dong: 48%, Dac Lac 51%). Viele dieser Schulen sind als Halbtagsinternate eingerichtet, in denen die Kinder ein Mittagessen erhalten.²⁷

- Nach der UNESCO-Statistik von 1979 hatte ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Vietnamesen einen Universitätsgrad: Vietnam 5,2%, Philippinen 2,8%, Indien 2,1%, Thailand 0,5%, USA 7,7%.²⁸

Ein amerikanischer Journalist, der 1968 in Vietnam kämpfte, glaubte, als er 1969 Vietnam verließ, nicht, „daß die massiven Kriegsschäden jemals wieder behoben werden könnten“. Heute, bei einer Vietnam-Rundreise, ist er „beeindruckt vom Wiederaufbau Vietnams“.²⁹

Aber Vietnam gehört noch immer zu den ärmsten Ländern der Welt, angewiesen auf die großzügige Unterstützung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder.

Anmerkungen:

- 1) In: B. Gallasch (Hrsg.), Ho-Tschi-Minh-Stadt, Reinbek 1975, S. 132
- 2) ZDF, 10.1.1985, Die Kinder des Sieges, Vietnam – 10 Jahre nach dem Krieg, von M. Rohde
- 3) Assoziation der Vietnamesen in der BRD (Hrsg.), Viêt Nam, Sonderdruck 1982, S. 5
- 4) Nguyen Khac Vien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11/1980, S. 1362
- 5) Ebenda, S. 1367
- 6) Vgl. IV. Parteitag, Thesen des ZK der KPVn, in: Vietnam Kurier, Nr. 2/1977, S. 15f.
- 7) Vgl. J. v. Freyberg, in: ebenda; ein Vergleich: die Stahlproduktion in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands steigerte sich 1947-48 um 84%, während sich Vietnam eine jährliche Steigerung um 152% vornahm!
- 8) „Südvietnam, früher großer Reiseexporteur, mußte ab 1964 Reis importieren – 1972 im Wert von 400 Mio Dollar. Die Rohstoffversorgung des Landes wurde zu 80%, die Konsumgüterversorgung (ohne Lebensmittel) gar zu 90% von Importen gedeckt... Der Haushalt der Regierung konnte 1982 nur zu 7% aus eigenen Mitteln finanziert, der Rest mußte von außen zugeschossen werden.“ Buro/Grobe, Vietnam! Vietnam?, Frankfurt 1984, S. 45
- 9) Nguyen Khac Vien, Vietnam '80, S. 8
- 10) Diese Maßnahme wurde eingeleitet, weil – der Schwarzmarktpreis für Reis um ein 10faches höher lag als der staatlich festgesetzte Preis, – ein schwarzer Industriegütermarkt existierte, der dem Staat dringend benötigte Ersatzteile und Maschinen zu überhöhten Preisen anbot, – 70% des Handels in privater Hand waren und Bauern ihre Produkte nicht an den Staat, sondern an Schwarzhändler verkauften. Vgl. blätter des IZSW, September 1979, S. 20f.
- 11) P. Opitz, Weltprobleme, München 1982, S. 372; gemeint sind die in Vietnam lebenden Auslandschinesen, Hoa-Kieu
- 12) Ökologische Folgen eines Krieges. Ausstellungskatalog des Übersee-Museums, Bremen 1983, S. 64
- 13) Vgl. Munzinger-Archiv, Internationales Handbuch, Ravensburg 1979, 3/2
- 14) Vgl. Buro, a.a.O., S. 75ff.
- 15) Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 21.4.1984
- 16) H. Gollwitzer zu den Vietnamflüchtlingen, in: blätter des IZSW, a.a.O., S. 26
- 17) Nguyen Khac Vien, in: Vietnam Kurier, Nr. 6/1982, S. 6
- 18) Ders., Vietnam '80, S. 16
- 19) Vgl. Vietnam-Kurier, Nr. 3/1980, S. 16ff.
- 20) Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 14.11.1984
- 21) Ebenda
- 22) U.S. News & World Report, Washington, 14.1.1985
- 23) Vgl. Neues Deutschland (ND), 26.10.1983
- 24) Nguyen Khac Vien, in: Vietnam Kurier, Nr. 1/1983, S. 3
- 25) Vgl. ND, 11.7.1984
- 26) Vietnam Kurier, Nr. 2/1980, S. 14
- 27) Vietnam Courier, Hanoi, Nr. 10/1984, S. 22ff.
- 28) Nach: Vietnam Kurier, Nr. 2/1982, S. 8
- 29) NZZ, 28.11.1984

Filmdienst Vietnam

c/o Prof. G. Giesenfeld
Frankfurter Straße 55
3550 Marburg/Lahn
Telefon (06421) 12170

- Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort*
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____**
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____**

* Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25 DM; Ausland normal 30 DM; Luftpost: Europa 35 DM, übrige Länder 50 DM; Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

** Einzelheft 2,50 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z. B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name, Vorname	
Straße	Beruf
Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes	

(Unterschrift)

(Datum)

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift: _____

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Einsenden an:

Freundschaftsgesellschaft BRD – SR Vietnam
Duisburger Straße 46

4000 Düsseldorf 30



BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der "Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam e.V."

Ich erkenne die Satzung der Gesellschaft an und werde einen Monatsbeitrag *) von _____ DM zahlen.

Name: _____ Vorn.: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

*) Der Mindestbeitrag beträgt monatlich DM 6,-; für Arbeitslose, Rentner, Schüler, Studenten, Wehr- u. Zivildienstleistende DM 4,-. Für freiwillig gezahlte höhere Monatsbeiträge sind wir dankbar.

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir erworben:

Mein Name:

Meine Adresse:

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

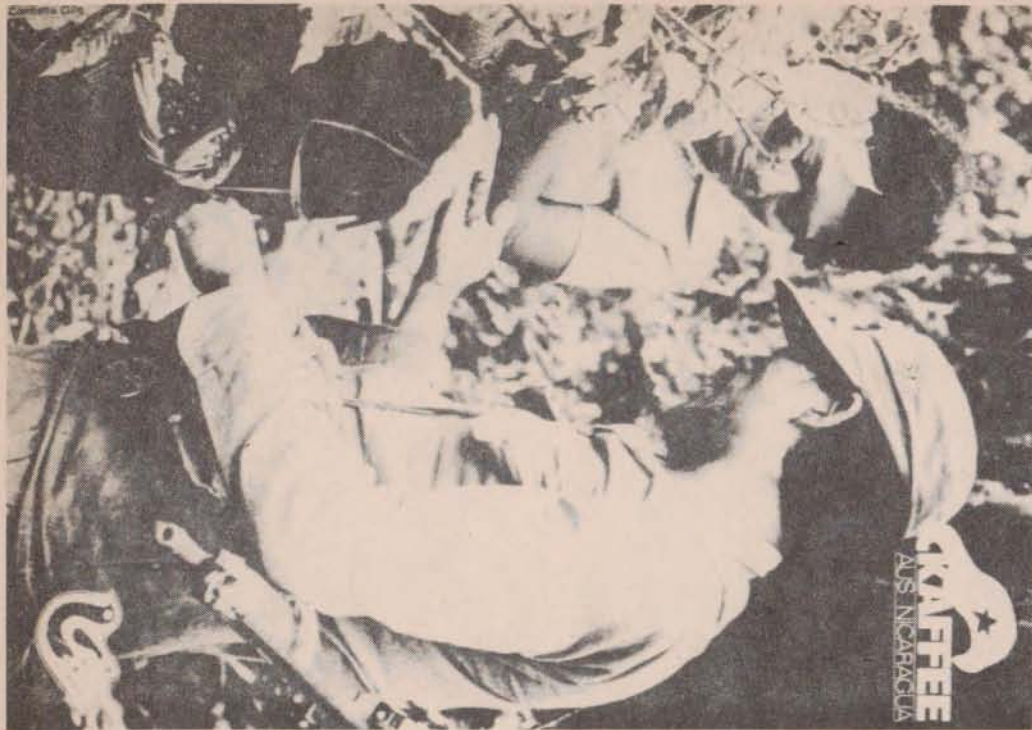
BESTELLUNG

	Anzahl	Einzel- preis	Gesamt- preis
<input type="checkbox"/> Neues vietnamesisches Kochbuch	_____	6,--	_____
<input type="checkbox"/> „Kinder in Vietnam“ – ein Kinderbuch zum Ausmalen Geschichten, Gedichte, Bilder	_____	2,--	_____
<input type="checkbox"/> Günter Giesenfeld „Land der Reisfelder“ – Vietnam, Laos, Kampuchea –	_____	14,80	_____
<input type="checkbox"/> 4 verschiedene, farbige Falt-Postkarten	_____	1,50	_____
<input type="checkbox"/> Plakat „Ho Chi Minh“	_____	1,50	_____
<input type="checkbox"/> ausführliche Materialliste, kostenlos			

Name: _____

Anschrift: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____



Absender:

POSTKARTE

Bitte
freimachen

Ich/Wir bestelle/n hiermit ein Solidaritäts-Abonnement röstfrischen, gemahlten NICARAGUA-KAFFEE. Es sollen regelmäßig monatlich ab Bestelldatum 3/6/... Pfd.* zum Preis von 40/80/... DM* incl. Versandkosten an die o.g. Anschrift geliefert werden. Rücktritt von dieser Bestellung ist jederzeit Innerhalb einer Frist von 2 Monaten möglich. Die Zahlung erfolgt per Nachnahme/Überweisung/Scheck*.

(Ort, Datum) (Unterschrift)

*Nicht zutreffendes bitte streichen. Der Preis ist für min. 2 Monate ab Bestellung garantiert.

An
**Solidaritätsshop
Dritte Welt**
Hamburger Allee 52

6000 Frankfurt/Main 90



Kaffee-abo

Regelmäßig Kaffee aus Nicaragua trinken – ein einfacher Weg der praktischen Solidarität!

Das nicaraguanische Volk befreite sich von dem US-hörigen Somoza-Regime. Die Einkünfte aus der eigenen Arbeit fließen nicht mehr in die Kassen von Großgrundbesitzern und Konzernen. Sie kommen jetzt dem Volk selbst zugute, dienen dem Aufbau des Landes. Dabei spielt der Kaffee eine zentrale Rolle und unsere Solidarität.

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich entsprechend Eurem Monatsbedarf – natürlich frei Haus. Kein Vergessen, kein Suchen – und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig. Einfach bestellen (3 Pfund oder ein Vielfaches davon) beim Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90 (Tel. 069/778863).

Neu



Wer wir sind:

Für die aktive Solidarität sind wir da. Mehr als 150 Artikel halten wir bereit. Für die aktive Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas: Bücher und Broschüren, Buttons und Plakate, Postkarten und Aufkleber, Dia-Serien und Wandzeitungen, Schmuck und Kunstposter. Mit den Befreiungsbewegungen arbeiten wir zusammen. Auch ihre Materialien vertreiben wir. Und wir sind selbst Teil der Solidaritätsbewegung. Eng verbunden mit dem ASK (Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika). Und wir tun auch was zur Steigerung des ASK-Spendenaufkommens, z.B. mit Kaffee. Nicaragua-Kaffee. Rund 300.000 DM konnte das ASK mittlerweile der FSLN zur Verfügung stellen. Zur freien Verfügung. Zum Einsatz dort, wo es am nötigsten ist. Das soll noch mehr werden. Unser „Solishop“ wird seinen Beitrag leisten. Helft mit. Fordert unseren neuen Gesamtkatalog an. Spendet auf das ASK-Konto: Sonderkonto Prof. Wulff, Postgiroamt Frankfurt/Main, Konto-Nr. 527 055-602, Kennwort „Nicaragua“.

8. Mai⁸⁵₄₅



**Aus der
Geschichte
lernen
für den
Frieden
sorgen!**

Bücher: Brücken Verlag/Düsseldorf · Damnitz Verlag/München · Nachrichten Verlag/Frankfurt · Pahl-Rugenstein Verlag/Köln · Pläne/Dortmund · Röderberg Verlag/Frankfurt · Verlag Marxistische Blätter/Frankfurt · Weltkreis Verlag/Dortmund; **Zeitungen, Zeitschriften:** Damnitz Verlag/München · Nachrichten Verlag/Frankfurt · Pahl-Rugenstein Verlag/Köln · Pläne/Dortmund · Plambeck/Neuss · Röderberg Verlag/Frankfurt · Verlag Marxistische Blätter/Frankfurt · Weltkreis Verlag/Dortmund; **Schallplatten:** Pläne/Dortmund; **Filme/Videos:** Unidoc/Dortmund; **Reisen** Hansa Tourist/Hamburg; **Postkarten/Plakate:** Solidaritätsshop/Frankfurt;

Bücher

zum

Thema



Medien zum Thema



Neu

Peter Altmann (Hrsg.)
Kriegsende, Befreiung, Neubeginn:
Hauptsache Frieden

Vom antifaschistischen Konsens
zum Grundgesetz.

Mit einer Einleitung von Reinhard Kühnl
und einem Vorspann von Walter Jens.
Ca. 240 Seiten, Großformat, mit zahlrei-
chen Abbildungen und Dokumenten,
Röderberg-Verlag/Frankfurt
25,- DM / **Bestell-Nr.** 3-87682-800-7

Was am 8. Mai 1945 geschah, beendete
nicht nur einen Weltkrieg, sondern stellte
auch die Weichen für die weitere Ge-
schichte in Europa bis in unsere Tage ...



**Gehört
in jeden Kopf**

Karl D. Bredthauer (Hrsg.)
**Sage niemand, er habe es nicht
wissen können**

Dokumentation

5., aktualisierte und erweiterte
Auflage, ca. 220 Seiten,
Pahl-Rugenstein Verlag/Köln,
9,- DM / **Bestell-Nr.** 3-7609-0784-9

In bedrückender Eindeutigkeit, ausschließ-
lich anhand von Originalzitaten, wird
nachgewiesen, daß die USA einen Atom-
krieg führen und gewinnen wollen und
welche Rolle den Europäern, vor allem uns
Deutschen, dabei zugedacht ist ...



Neu

Der II. Weltkrieg 1939-1945

Kurze Geschichte

Ca. 800 Seiten, 200 Abbildungen und
14 Karten, Leinen mit Schutzumschlag,
Pahl-Rugenstein Verlag/Köln
29,80 DM / **Bestell-Nr.** 3-7609-0953-1

Profilierte Historiker jener Völker, die am
meisten unter den Schrecken des letzten
Krieges zu leiden hatten und den höchsten
Blutzoll zahlen mußten, haben dieses Buch
verfaßt. Leicht verständlich gibt es umfas-
send Auskunft und fordert auf, alles zu
tun, einen neuen Krieg zu verhindern ...

Noch mehr Bücher finden Sie in unserer kostenlosen „media revue“.

Videos zum Thema



War Lab/Kriegslabor
Dokumentarfilm
Monica Maurer
BRD 1983
Farbe, 22 Min.
Unidoc/Dortmund
75,- DM / **Bestell-Nr.** F 001

Die USA setzen gezielt Waffen mit
dem Ziel der Massenvernichtung ge-
gen die Zivilbevölkerung ein. Im
II. Weltkrieg und in Vietnam. Zuletzt
ließen sie solche Waffen im Libanon-
Krieg testen ...



Das Geschäft
Der Naziweg zu Diktatur und Krieg
Wilfried Viebahn BRD 1983
95 Minuten, Unidoc/Dortmund
500,- DM (mit Verleihrecht)
Bestell-Nr. F 007

Es war nicht das Schicksal, das die
Nazis 1933 an die Macht brachte. Es
waren knallharte und geldschwere
Interessen. Dies wird belegt mit ori-
ginal Film-, Bild- und Tondokumen-
ten aus der Zeit 1914 bis 1945. Vor
allem: Die gleichen Hintermänner
ziehen heute noch die Drähte ...

Noch mehr Filme und Videos finden Sie in unserer kostenlosen „media revue“.

Machen Sie mit.
**GROSSES
PREISAUSSCHREIBEN**
50 wertvolle Preise
warten auf Sie!

Ergänzen Sie bitte folgenden Satz, übertragen Sie die Lösung auf die
Postkarte und senden Sie diese an uns ein.

Aus der Geschichte

für den sorgen

Volkszeitung

die tat

Wochenzeitung
Röderberg-Verlag, Frankfurt
16,50 DM je Quartal

Nicht jede Zeitung liefert alle Argumente. Die Volkszeitung liefert Argumente für den Alltag. Denn die Kriegsgefahr verschwindet nicht von alleine, die Arbeitslosigkeit wird nicht von Flick beseitigt.

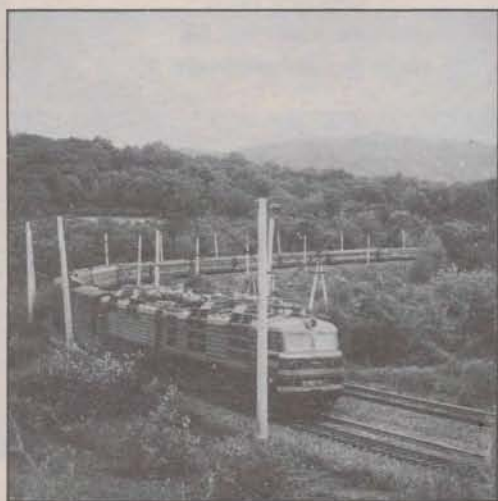
Zeitung

zum

Thema

Kostenlose Leseexemplare anfordern bei: Röderberg-Verlag, Schumannstr. 56, 6000 Frankfurt I

Noch mehr Zeitungen und Zeitschriften finden Sie in unserer kostenlosen „media revue“



ab 2090,- DM

15 Tage /
14 Übernachtungen
Bestellwort: Programm 13

Reisen zum Thema

Ein Volk sorgt sich um den Frieden – besuchen Sie die Sowjetunion!

Die Sowjetunion mit der legendären transsibirischen Eisenbahn erleben.

Die Sowjetunion – von Kennern liebevoll SU genannt – ist ein Land, dessen Menschen den Frieden lieben und sich ernsthaft um ihn sorgen. Einen Eindruck gewinnt, wer mit der Transsib von Moskau nach Sibirien reist...

Für weitere Informationen über die Reise (Termine, exakte Preise etc.) wenden Sie sich bitte an:

Kostenlosen Katalog anfordern bei:
hansa tourist,
Hamburger Straße 132, 2000 Hamburg 76

Noch mehr Reisen finden Sie in unserer kostenlosen „media revue“.



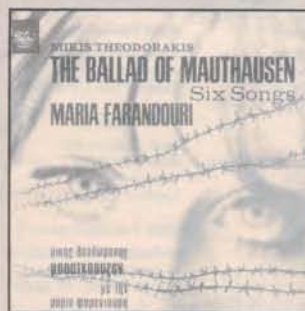
1. Preis: 1 PKW
2. Preis: 1 Reise: 14 Tage Jalta/UdSSR
- 3.-4. Preis: je 1 Reise: 5 Tage Moskau
5. Preis: 1 Reise: Wochenende in Potsdam
6. Preis: 1 Reise: Wochenende in Dresden
7. Preis: 1 Mofa
8. Preis: 1 Fahrrad
- 9.-50. Preis: verschiedene Buchpakete im Wert von 50,- DM bis 100,- DM

Einsendeschluß 30. Mai 1985.

Die Ziehung erfolgt unter notarieller Aufsicht und unter Ausschluß des Rechtsweges.

Die Gewinner werden schriftlich von uns benachrichtigt.

LPs zum Thema



Die Ballade von Mauthausen
Mikis Theodorakis/Maria Farantouri
Pläne/Dortmund
17,- DM / Bestell-Nr. S 5010
Der Grieche Iakovos Kambanellis schrieb ein Buch über Leben und Tod im faschistischen Konzentrationslager Mauthausen: Der griechische Antifaschist Theodorakis ließ sich durch die Lektüre dieses Buches zu seiner „Ballade“, vier Lieder über Mauthausen, inspirieren...



Lieder des europäischen Widerstandes gegen den Faschismus 1933-1963
Pläne/Dortmund
17,- DM / Bestell-Nr. S 5002
Der Widerstand trug entscheidend zur militärischen Niederlage des Hitler-Faschismus in Europa bei. Er einte Christen, Liberale und Kommunisten in allen Ländern, in die die Hitler-Armeen einrückten. Ein Ausdruck des Widerstandes waren seine Lieder.

8. Mai⁸⁵₄₅

Medien zum Thema sind gefragt. Medien, die Fragen beantworten, geschichtliche Erfahrungen vermitteln und uns für die Zukunft wappnen.

Das Motto der „media revue“:

**Aus der
Geschichte
lernen,
für den
Frieden
sorgen!**

56 Seiten Informationen zum Thema.

Hunderte von Buchangeboten: Romane, Liederbücher, Kinderbücher, Sachliteratur.

Reisen: in die Sowjetunion und in andere sozialistische Länder.

Zeitungen und Zeitschriften, Videos und Filme, Schallplatten und Poster . . .

Und das alles kostenlos. Ihr persönliches Exemplar liegt bei uns bereit.

Fordern Sie es mit der nebenstehenden Postkarte noch heute an.

Sollte hier die Postkarte fehlen, so schicken Sie Ihre Bestellung, Ihre Anforderung der „media revue“ oder Ihre Antwort auf das Preisausschreiben einfach an:
**Volkversand
Schumannstr. 56
6000 Frankfurt/Main 1**

Wir sind in Ihrer Nähe. Unser Gesamtes Medien-Angebot (auch unsere „media revue“) finden Sie in folgenden Städten:

collectiv

literatur

4800 Bielefeld
Buchhandlung
Wissen und Fortschritt
Feilenstraße 10
Telefon (05 21) 6 35 18

5300 Bonn
Progref-Buchhandlung
Oxfordstraße 17
Telefon (02 28) 65 84 33

2800 Bremen 1
Heinrich-Vogeler-
Buchhandlung
Im Fedelhöfen 14-17
Telefon (04 21) 32 33 34

6100 Darmstadt
Buchhandlung
Wissen und Fortschritt
Lauteschlägerstraße 3
Telefon (0 61 51) 7 52 30

5100 Aachen
collectiv-Buchhandlung
Adam Kuckhoff
Annuntiatenbach 1
Telefon (02 41) 3 61 91

4600 Dortmund
Buch international
Königswall 22
Telefon (02 31) 14 08 80

4000 Düsseldorf
Heinrich-Heine-Buchhandlung
Ackerstraße 3
Telefon (02 11) 35 06 91

4300 Essen
Karl-Liebknecht-
Buchhandlung
Viehofen Platz 15
Telefon (02 01) 23 20 14

6000 Frankfurt/Main 1
collectiv-Buchhandlung
Bornwiesenweg 4
Telefon (0 69) 59 39 89

7800 Freiburg i. Br.
Friedrich-Hecker-
Buchhandlung
An der Mehlwaage 2
Telefon (07 61) 2 51 36

2000 Hamburg 13
Internationale Buchhandlung
Johnsallee 67
Telefon (0 40) 4 10 45 72

3000 Hannover 1
Buchhandlung
Wissen und Fortschritt
Hamburger Allee 37
Telefon (05 11) 31 39 55

6900 Heidelberg
Buchhandlung collectiv
Plöck 64 a
Telefon (0 62 21) 1 26 33

3500 Kassel
Buchhandlung
Wissen und Forschung
Werner-Hilpert-Straße 5
Telefon (05 61) 1 56 42

2300 Kiel
collectiv-Buchhandlung
Käthe Kollwitz
Muhllusstraße 38
Telefon (04 31) 55 23 53

5000 Köln
Neue Rheinische
Buchhandlung
Fleischmengergasse 31
Telefon (02 21) 21 57 70

6500 Mainz
Anna-Seghers-
Buchhandlung
Bilhidisstraße 15
Telefon (0 61 31) 22 49 16

6800 Mannheim
Buchhandlung
Wissen und Fortschritt
U 2,3
Telefon (06 21) 1 56 64

3550 Marburg/L.
collectiv-Buchhandlung
Wilhelm Liebknecht
Wettergasse 19
Telefon (0 64 21) 6 36 62

8000 München 40
Libresso-Buchhandlung
Türkenstraße 66
Telefon (0 89) 28 17 67

4400 Münster/Westf.
collectiv-Buchhandlung
Roggenmarkt 15-16
Telefon (02 51) 4 70 34

8500 Nürnberg 1
Libresso-Buchzentrum
Peter-Vischer-Straße 25
Telefon (09 11) 22 50 36

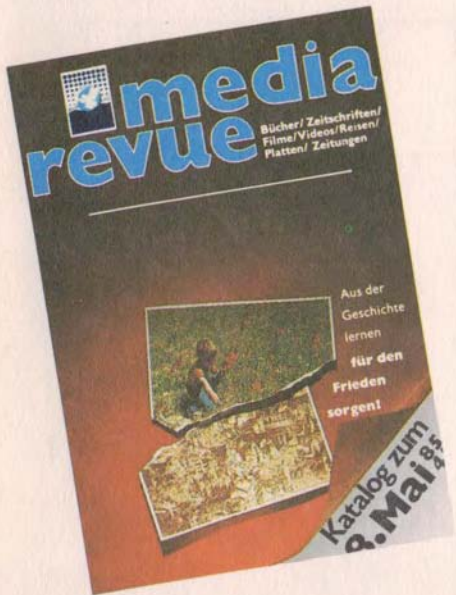
2900 Oldenburg
collectiv-Buchhandlung
Rosa Luxemburg
Donnerschwerstraße 12
Telefon (04 41) 8 74 49

6600 Saarbrücken
collectiv-Buchhandlung
lenchen demuth
Berliner Promenade 12
Telefon (06 81) 3 65 59

7000 Stuttgart
collectiv-Buchhandlung
Friedrich Wolf
Wilhelmsplatz 1
Telefon (07 11) 24 65 80

5600 Wuppertal
Friedrich-Engels-
Buchhandlung
Gathe 55-57
Telefon (02 02) 45 28 53

Impressum: Volkversand, Schumannstr. 56, Postfach 10 18 48, 6000 Frankfurt/Main 1, Druck: Plambeck & Co, 4040 Neuss.



bitte mit
60 Pfg.
freimachen

Postkarte

Röderberg
Volksversand
Bücher · Videos · Platten

Schumannstr. 56
Postfach 10 18 48

6000 Frankfurt/Main 1

Ihr Exemplar liegt
kostenlos bereit...

Lösung Preisausschreiben

A u s d e r G e s c h i c h t e

f ü r d e n s o r g e n

Bitte senden Sie mir unverbindlich ____ Probeexemplare der DVZ/tat

Bestellung

Anzahl	Titel	Bestell-Nr.	Einzel	Gesamt
1	media-revue		kostenlos	

bei Bestellungen unter 50,- DM

+ 3,50

Versandkostenanteil 3,50 DM. Ab 50,- DM versandkostenfrei

- Ein Verrechnungsscheck über _____ DM liegt bei
- Ich habe den Betrag von _____ DM auf das
Kto. PSchA Frankfurt 181900-609 (BLZ 500 10060) überwiesen
- Bitte ich per Nachnahme einzuziehen (zzgl. 2,50 DM)

Gesamtpreis

Meine Adresse

Name																			
Straße																			
Ort																			

Datum, Ort

Unterschrift

Günter Giesenfeld

Wende in der Kampucheafrage?

Die Pekinger Führung hatte Vietnam keine Wahl gelassen. „Sie lehnt nach wie vor jede politische Lösung ohne den vorherigen totalen Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea ab.“ Der dies sagt, ist immerhin ein enger Verbündeter Chinas in dieser Auseinandersetzung: Prinz Norodom Sihanouk.¹

Er hatte selbst in den Wochen zuvor die Erfahrung machen müssen, daß die „Roten Khmer“, auf Veranlassung der Pekinger Führung, noch nicht einmal bereit sind, inoffizielle Gespräche des Mannes, der ihr nomineller Führer ist, mit der Regierung Heng Samrin oder Hanoi zuzulassen.

„Mit zuweilen brutaler Härte“, wie die Frankfurter Allgemeine fand², hatte Peking alle Gespräche zwischen Sihanouk und Diplomaten aus Phnom Penh oder Hanoi, die die französische Regierung Ende November und Ende Dezember 1984 arrangieren wollte, unterbunden. „Wenn Sihanouk sich heute abend von den Polpotisten lossagte, würde ich ihn morgen früh empfangen“, hatte der kampucheanische Außenminister Hun Sen kurz zuvor erklärt.³

Trockenzeit-Offensive

Die starre Haltung Pekings hat auch den Westen in Verlegenheit gebracht, der sich von Verhandlungen Sihanouks mit den Gegnern eine Bestätigung von dessen Führerschaft in der antivietnamesischen Koalition erhofft haben mochte. Neben den „Roten Khmer“ gehören ihr vor allem nationalistische Anhänger des Prinzen und eine „bürgerliche“ rechtsgerichtete Gruppe unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Son Sann an. Die Organisation ist aus dessen Privatarmee hervorgegangen und dient zum Schutz von Rauschgift und anderem Schmuggelgut.

Es sind dies also zwei antikommunistische Partner, deren Unterstützung moralisch weniger angreifbar ist als die der Führer des Völkermordregimes von Pol Pot.

Nun aber war in der Öffentlichkeit einmal mehr demonstriert worden, wer in diesem von Anfang an brüchigen Bündnis das Sagen hat.

Peking unterstützt die „Roten Khmer“ aus militärischem Kalkül, und das nicht ohne Zynismus: Frühere vorsichtige Demarchen der ASEAN-Gruppe (Ver-



Vietnamesische Soldaten während der Trockenzeitoffensive in Kampuchea (oben); zurückgeschlagene „Rote-Khmer“-Führer Sary (l.), Samphan mit Prinz Sihanouk (M.)



einigung Südostasiatischer Nationen: Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Indonesien, Brunei; d. Red.), man möge wenigstens die am meisten berichtigsten Verbrecher aus den Führungsgremien der „Koalition“ pro forma zurückziehen, waren in Peking stets kategorisch abgelehnt worden.

Der Westen spielte mit, und so ist es möglich geworden, daß Verbrecher, über deren Schuld an bislang beispiellosen Greueltaten kein Zweifel besteht, in der UNO als legitime Vertreter ihres Landes sitzen, dessen Bevölkerung sogar die Präsenz einer fremden militärischen Schutzmacht der Rückkehr dieses Regimes vorzieht.⁴

Nach dem Scheitern aller diplomatischen Bemühungen und Vorschläge der vietnamesischen Regierung (siehe Kasten 1) war die diesjährige Trockenzeit-

Offensive zur entscheidenden Schlacht geworden.

Am 9. Januar 1985 wurde Ampil, das Hauptquartier Son Sanns, von vietnamesischen und kampucheanischen Streitkräften eingenommen. Etwa einen Monat später waren auch sämtliche Stützpunkte und das Hauptquartier der „Roten Khmer“, Phnom Malai, gefallen. Jetzt, am 11. März d.J., wurden die Stützpunkte der Sihanoukisten erobert, nachdem der Prinz die chinesische Führung zu einer neuen „zweiten Lektion“ gegen Hanoi, d.h. zum direkten militärischen Angriff auf Vietnam, auf-

gefordert hatte.

Eine solche Aktion gegen Vietnam, die ausschließlich der politischen Erpressung diene, war auch die erste „Lektion“ im Februar 1979 gewesen. Bei ihr waren die nördlichen Grenzprovinzen Vietnams von chinesischen Truppen kurzzeitig besetzt und in barbarischer Weise geplündert und verwüstet worden. Diese Aggression, zu der mehr chinesische Soldaten (600.000) aufgeboden wurden, als je amerikanische (540.000) oder französische (140.000) in Vietnam gewesen waren, war aus Rache für die Vertreibung Pol Pots aus Kampuchea erfolgt.

Aber eigentlich sollte dieser Krieg „der Ausrichtung auf Moskau ein Ende bereiten“.⁵ Und chinesische Diplomaten rechneten damals der vietnamesischen Regierung vor, zu wieviel Prozent sie sich

an Moskau annähern dürfe und zu wieviel sie chinesische Interessen zu vertreten habe.

Abgesehen von der imperialistischen Denkweise, die hier zutage tritt⁶, war die damalige Aggression nur der bislang spektakulärste Höhepunkt in einer langen Reihe von Versuchen der chinesischen Führung, Vietnam in ihren politischen Einflußbereich und zum Nachvollzug ihrer antisowjetischen Politik zu zwingen. Schon damals, gleich nach der chinesischen Revolution 1945, so sagte heute die vietnamesische Regierung, habe die – tatsächlich eine Zeitlang sehr effektive – Hilfe Chinas nur diesem Zweck gedient,

Nach dem Genfer Abkommen (1954) hätten die Peking-Führer dann mehrfach versucht, einen vollständigen Sieg der vietnamesischen Revolution zu verhindern. Dies reichte bis zu Arrangements mit den USA über den Kopf Vietnams hinweg, um dieses Land daran zu hindern, sich zu stabilisieren und zu einem selbständigen Faktor im südostasiatischen Raum zu werden.

Nicht nur war seit 1972 (Besuche Kissingers und Nixons in Peking) jegliche militärische Hilfe eingestellt und die humanitäre stark eingeschränkt worden. Es wurde der vietnamesischen Führung damals, vor 1975, von Tschou Enlai sogar die Duldung amerikanischer Militärpräsenz nahegelegt. Die USA wollten als Gegenleistung auf die Unterstützung Taiwans verzichten.

Die unveränderte Absicht, Vietnam am Aufkommen und Erstarken zu hindern oder es in die eigene politische Einflußsphäre zu zwingen, zieht sich wie ein roter Faden im Hintergrund durch verschiedene Ereignisse der Nachkriegszeit. So brachte im Jahre 1978 erst die chinesische Propaganda den massiven Flüchtlingsstrom zum Fließen, als sie die chinesische Minderheit durch Gerüchte und Drohungen zum Verlassen des Landes aufforderte.

„Daß Maos China antikommunistische Rebellen unterstützt, kann niemanden überraschen. Peking erlaubt sich keine Gefühle. Eigentlich hätte es die amerikanische Präsenz in Südvietnam vorgezogen einer, wie man es dort sieht, Ausdehnung des Moskauer Einflusses – aber falsch sieht, wenn man an die Eifersucht Hanois auf seine Unabhängigkeit denkt.“⁷

Peking scheut sich zwar nicht, selbst einzugreifen, wie die Aggression von 1979 zeigt. Aber man zog es immer schon vor, andere als Werkzeuge zu benutzen bzw. in vorhandene Konflikte einzugreifen. In diesem Zusammenhang muß man auch die Entwicklung in Kampuchea sehen, und zwar nicht erst die der letzten 5 Jahre.

Der Widerstand in Kampuchea gegen die

französische Kolonialherrschaft und gegen die US-Aggression hat sich erst sehr spät herausgebildet. Er war bis in die 70er Jahre hinein schwach und auf die Hilfe der Vietnamesen angewiesen. Außerdem setzte er sich seit den 50er Jahren aus im wesentlichen zwei Fraktionen zusammen, die verschiedene Vorstellungen und entgegengesetzte Strategien vertraten.

Unter der französischen Kolonialherrschaft hatte es früh eine kleine, zeitweise legal arbeitende Organisation gegeben, die später von König Sihanouk verfolgt und in den Dschungel vertrieben worden war. Diese arbeitete eng mit dem Vietnamh und später mit der südvietnamesischen Befreiungsfront zusammen. Auf der Genfer Konferenz (1954) war sie nicht vertreten und erhielt auch im Abkommen keine eigenen Gebiete zugesprochen, wie dies für Vietnam und Laos geschah.

Kurze Zeit später stieß eine Gruppe junger Intellektueller zu ihnen, die zum Teil aus Paris (Saloth Sar, der spätere Pol Pot, Ieng Sary und Hu Yuon), zum Teil aus Phnom Penh (Khieu Samphan, Hu Nim) kamen. Die meisten von ihnen hatten lange Zeit im Ausland gelebt und keine Beziehung zur Landbevölkerung.

Gleichklang von Volksaufstand...

Sie waren extrem vietnamfeindlich eingestellt und hatten in Paris ein radikales Konzept für die kampucheanische Revolution ausgearbeitet. Dieses sah eine Politik der völligen Isolierung und der Zerstörung aller sozialen und kulturellen Institutionen vor, weil diese vom Kolonialismus verseucht seien.

Nach dem Putsch von 1970 ging Sihanouk ins Exil nach Peking und wurde das nominelle Oberhaupt einer widersprüchlichen Koalition aus diesen Gruppen. Die „Pariser Fraktion“ war in Peking sehr beliebt, nicht nur weil ihr Konzept Elemente maoistischer Politik enthielt, sondern vor allem weil ihr aggressiver Antivietnamismus den derzeitigen chinesischen Interessen entsprach.

Der Kampf gegen die US-Aggression wurde trotz gelegentlicher Auseinandersetzungen noch koordiniert und mit den Vietnamesen abgestimmt geführt, und 1975 siegreich beendet. Danach eskalierten die inneren Kämpfe, aus denen schließlich die Pol-Pot-Fraktion etwa 1977 als Sieger hervorging.

Von Anfang an jedoch war die Politik des „demokratischen Kampuchea“ von ihr bestimmt worden: Vertreibung der Bevölkerung aus den Städten, Ausrottung der Intelligenz, Zerschlagung der sozialen Strukturen der Familie und des Dorfes, totale Informations- und Bildungssperre, Zwangsarbeit und Unter-

drückung der gesamten Bevölkerung, Aggression gegen Vietnam.

Der in den Jahren 1976/77 erstmals auch in den eigenen Reihen spürbare Widerstand gegen diese Terrorherrschaft wurde blutig niedergeschlagen.

Alte Kampfgefährten wie Hu Yuon wurden ermordet, viele tausend Kader der „Roten Khmer“⁸ und hunderttausende von Bauern flohen nach Vietnam. Das Pol-Pot-Regime verwandelte sich in dieser Zeit von einer zwar radikalen und brutalen, aber einem Programm verpflichteten sozialreformerischen Bewegung zu einer im Inneren um ihre Macht kämpfenden und immer mehr zum Werkzeug fremder Interessen werdenden Terrorherrschaft.

Der Grenzkrieg gegen Vietnam hatte schon wenige Tage nach der Befreiung Ende April 1975 begonnen. Er eskalierte vor allem in den Jahren 1977/78 und wurde in Form brutaler Überfälle und Massaker unter der Bevölkerung geführt. „Wenn jeder Kampucheaner 30 Vietnamesen tötet, ehe er selbst getötet wird, dann brauchen wir nur 2 Millionen Kampucheaner zu opfern, um die 50 Millionen Vietnamesen auszurotten“, hieß es in einer Radiosendung Phnom Penhs am 10. Mai 1978.⁹

In dem Maße, wie sie den Krieg gegen Vietnam führten, wurden Pol Pot und sein Regime interessant für alle politischen Kräfte, die ein Interesse daran hatten, den Krieg gegen Vietnam mit anderen Mitteln weiterzuführen: die USA, die Staaten des antikommunistischen ASEAN-Paktes und China.

Der Krieg der etwa 80.000 Soldaten Pol Pots gegen Vietnam war von Anfang an von Peking massiv unterstützt worden. Längst kämpften diese schon nicht mehr um die „Rückeroberung“ des Mekong-Deltas, wie ihnen gesagt wurde, sondern für die Interessen Chinas. Und diese Interessen waren der einzige Rückhalt des Regimes.

Die Bevölkerung hatte sich, trotz totaler Kontrolle und Kommunikationssperre, schon seit Februar 1977 an einzelnen Orten gegen den Terror aufgelehnt.

Zerstörter Panzer der Pol-Pot-Truppen



Volksaufstände und Putschversuche von Militärverbänden rissen nun nicht mehr ab. Und diejenigen Aufständischen, die die anschließenden Säuberungsaktionen überlebten, flohen nach Vietnam.

Die Zerschlagung dieses Regimes im Januar 1979 war eine koordinierte Aktion der vietnamesischen Armee mit der kurz zuvor gegründeten Befreiungsfront zur Rettung des Vaterlandes.

Viele ihrer Mitglieder und örtlichen Führer waren ehemalige Militärs und Verwaltungsbeamte, die vor der Primitivisierungskampagne oder der Verfolgung Pol Pots in den Dschungel oder nach Vietnam geflohen waren. Sie waren zum Teil seit Mitte 1978 wieder ins Land eingesickert.

Während die vietnamesischen Truppen die 22 (von 24) Divisionen der Pol-Pot-Armee – sie bestand zum Teil aus Jugendlichen und Kindern – direkt an der vietnamesischen Grenze, wo sie konzentriert waren, ausschalteten, erhob sich überall im Lande die Bevölkerung gegen das Regime, das sich innerhalb weniger Tage in Nichts auflöste.

Die vietnamesische Armee befreite damit nicht nur ein Volk von einer beispiellosen Terrorherrschaft, die sich mit revolutionären Parolen schmückte, sondern kam damit auch einer realen Bedrohung des eigenen Landes zuvor.

Im Westen wurde diese Befreiung als „Invasion“ Vietnams in Kampuchea, und die Tatsache, daß die vietnamesischen Truppen dort solange bleiben, als „Besetzung“ dieses Landes bezeichnet. Und diese wurde fortan als Vorwand für Diffamierungen und politische, diplomatische, wirtschaftliche und militärische Sanktionen benutzt.

Aber moralisch und völkerrechtlich war diese Maßnahme ebenso legitim wie die Befreiung Europas vom Faschismus durch die Alliierten.

In Kampuchea selbst ist seither weder eine Einmischung in die Verwaltung des Landes durch die Vietnamesen (außer der Nahrungsmittel- und Aufbauhilfe in angesichts der Mangelsituation in Vietnam reichem Maße¹⁰), noch eine Ansiedlung vietnamesischer Bauern in kam-

pucheanischem Gebiet (außer der Rückkehr von Flüchtlingen aus der Lon-Nol- und Pol-Pot-Zeit) zu verzeichnen.

Vor allem aber hat die Sympathie der Bevölkerung für die Befreier und Beschützer trotz alter Ressentiments und trotz der langen Zeit, die sie jetzt schon da sind, nicht nachgelassen.

Gleichwohl wird behauptet, Hanoi strebe danach, im südostasiatischen Raum eine „indochinesische Föderation“ unter vietnamesischer Führung zu schaffen.¹¹ Dies ist ein Vorwurf, der in besonders zynischer Form eine der Errungenschaften der Revolution aller drei indochinesischen Länder zu diffamieren sucht.

...und dem Eingreifen Vietnams

Es war im Kampf gegen den französischen Kolonialismus eine Tradition der Zusammenarbeit und der Solidarität entwickelt worden, die einen sichtbaren Ausdruck fand in den Gipfelkonferenzen der indochinesischen Völker, deren wichtigste 1970 stattfand. In jenem Jahr wurde in der Schlußdeklaration beschlossen, „vereint wie ein Volk“ gegen die „amerikanische Aggression“¹² zu kämpfen.

„Wie in allen Klassengesellschaften“, schreibt Nguyen Khac Vien, „gibt es hier eine doppelte historische Tradition, die der herrschenden Klasse und die des Volkes.“¹³ Seit es einen organisierten Widerstand gegen die französische Kolonialmacht gab, sind Zeugnisse dieser Zusammenarbeit, die sich aus dem gemeinsamen Gegner ergab, überliefert, aus denen auch hervorgeht, wie sehr die vietnamesische Widerstandsbewegung, die aus historischen und geographischen Gründen die älteste und stärkste war, darauf geachtet hat, die Selbständigkeit der beiden anderen Partner zu respektieren. Gerade Sihanouk hat dies damals immer wieder betont.¹⁴

Das Eingreifen Vietnams ist also eine Fortsetzung der traditionellen Unterstützung der kampucheanischen Unabhängigkeitsbewegung, deren beste Traditionen die Regierung Heng Samrin repräsentiert. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß von den „Roten Khmer“, als sie an der Macht waren, etwa 90% der kampucheanischen Intelligenz ausgerottet worden sind, kann man die Leistungen der neuen Machthaber, die fast ausschließlich sehr jung und ohne Erfahrungen ihre Funktionen übernehmen mußten, nur bewundern.

Nach der Vertreibung des Pol-Pot-Regimes mußten erst einmal die Auswirkungen einer Schreckensherrschaft beseitigt werden.

Ein großes Umsiedlungsprogramm zur Wiederzusammenführung der Familien

und Dorfgemeinschaften wurde in Gang gesetzt, gleichzeitig mit ausländischer und internationaler Hilfe die Gefahr der Hungersnot durch Nahrungsmittelverteilung und Wiederbelebung der Landwirtschaft gebannt.

Der Aufbau von regionalen Verwaltungszentren, Selbstverwaltungsorganen und Milizen in den Dörfern wurde in Angriff genommen. Phnom Penh belebte sich langsam wieder. Ein neu aufgebautes Erziehungswesen war bereits 1981 in der Lage, allen Kindern des Landes Grundschulunterricht zu bieten, obwohl aufgrund des verordneten Analphabetismus unter Pol Pot ein großer Nachholbedarf bestand.

Die eindrucksvollsten Ergebnisse erzielte die neue Regierung jedoch bei der staatlich-administrativen Konsolidierung – ein wichtiges Element gerade auch im Hinblick auf die Selbständigkeit des Landes, das immer noch die Hilfe der vietnamesischen Truppen braucht, um sich gegen Eingriffe von außen abzusichern. Schon nach 2 Jahren war man in der Lage, allgemeine Wahlen zu organisieren, aus denen 1981 eine neue Nationalversammlung und eine Verfassung hervorgingen.

All dies wäre nicht möglich gewesen ohne die aktive Hilfe und Unterstützung der Bevölkerung. Und jeder unvoreingenommene Besucher Kampuchas ist beeindruckt von der Aufbruchstimmung und der Bereitschaft zum Engagement, die den pragmatisch und unpräzise auftretenden Regierungsmitgliedern und Kadern seitens der Bevölkerung entgegengebracht werden.

Rücksiedlung, Ankurbelung der Landwirtschaft und administrative Konsolidierung gingen auf dem Land einher mit einer vorsichtigen Begünstigung von Vorformen kollektiver Produktion. „Solidaritätsgruppen“ (Samaki) sollen zunächst nur die rationelle Nutzung der wenigen vorhandenen technischen Hilfsmittel ermöglichen.

Inzwischen ist diese Reform, trotz des Mißtrauens der Bevölkerung gegen jegliche Kollektivierung wegen der Exzesse Pol Pots auf diesem Gebiet, weitergeführt worden und zeitigt erste Verbesserungen des Lebens in den Dörfern.

Neue Häuser aus Stein werden überall errichtet, Gemeinschaftseinrichtungen auf dörflicher Ebene entstehen. Die Geburtenrate hat eine Rekordhöhe von 3,5% jährlich erreicht.

Die Wiederaufbauanstrengungen haben inzwischen ein Niveau erreicht, auf dem ohne äußere Kontakte und Hilfe nicht weiterzukommen ist. Denn die Hilfe aus Vietnam, der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten kann nicht den freien Austausch und die vielfältigen Beziehungen zu allen Ländern der Welt ersetzen, die jeder souveräne Staat



Nguyen Co Thach Frieden nicht für Pol Pot

Prof. Günter Giesenfeld, Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV und AIB-Herausgeber, sprach in Hanoi mit den Gestaltern der vietnamesischen Außenpolitik, Außenminister Nguyen Co Thach und Ministerpräsident Pham Van Dong. Co Thach benannte Vietnams Bedingungen für eine Lösung des Kampuchekonflikts.

THACH: Wir wünschen den Frieden für ganz Südostasien. Und deshalb haben wir vorgeschlagen, die vietnamesischen Truppen aus Kampuchea abzuführen, wenn Pol Pot eliminiert ist.

Ohne die Ausschaltung Pol Pots können wir allerdings nicht unsere kampucheanischen Freunde verraten, sie erneut zum Opfer eines Völkermords durch Pol Pot werden lassen. Dieser Rückzug nach der Ausschaltung Pol

Pots ist die Vorbedingung für das Wiederaufstehen des kampucheanischen Volkes.

FRAGE: Nur die Ausschaltung Pol Pots, nicht auch diejenige der anderen Parteien?

THACH: Sicher die Kräfte Pol Pots und alle, die an den Verbrechen Pol Pots beteiligt sind.

Wenn Sihanouk sich von Pol Pot lossagen würde, oder die anderen sich gegen Pol Pot stellen würden, würde die Regierung der Volksrepublik Kampuchea sicher bereit sein, ihn als Bürger Kampuchreas zu rehabilitieren. Daneben erstreben wir die friedliche Koexistenz mit allen südostasiatischen Ländern, den Rückzug jeglicher fremder militärischer Präsenz in diesem Raum. Die fremden Mächte müssen die Unabhängigkeit und die Sicherheit der Länder Südasiens respektieren. (...)

Und wenn man von der militärischen Präsenz der Sowjetunion hier spricht, so sagen wir: Wir sind ein souveränes Land, wir haben das Recht, den sowjetischen Schiffen Landrechte zu erteilen. Wenn aber die anderen Länder akzeptieren würden, daß in diesem Teil der Welt keinerlei fremde Militärpräsenz geduldet werden sollte, so sind wir mit einer solchen Lösung einverstanden.



braucht, um eine industrielle Produktion aufzubauen, Handel, wissenschaftlich-kulturellen Austausch zu betreiben und normale diplomatische und politische Kontakte zu pflegen.

Insofern wirken sich die von den Westmächten und Peking betriebenen Maßnahmen, wie die internationale Isolierung, der Ausschluß aus allen Handels- und Finanzkreisläufen, der politische

und wirtschaftliche Boykott und die Terrorübergriffe von Thailand zunehmend hemmend aus, zumal man ja gerade nicht die isolationistische Politik Pol Pots fortsetzen will.

Ein Abbau dieser Hemmnisse könnte jetzt, nachdem die wichtigsten Lager und Stützpunkte der Terroristen von der vietnamesischen Armee und den immer mehr in die Aktionen mit einbezogenen

Nordvietnam 1984: Milizionärin bei der Festnahme eines eingesickerten chinesischen Soldaten



Streitkräften der Volksrepublik erobert worden sind, möglich werden.

Aber nicht nur für Kampuchea sind diese Ereignisse von grundsätzlicher Bedeutung.

Es scheint, als deute sich, im 10. Jahr nach der Befreiung und Wiedervereinigung Vietnams, eine entscheidende Wende in der Nachkriegsgeschichte auch dieses Landes an.

Die Notwendigkeit, Truppen in erheblichem Ausmaß in Kampuchea zu unterhalten, und die im Norden an der Grenze zu China eskalierenden Kämpfe binden viele für die Lösung innerer Probleme eigentlich unentbehrliche Kräfte. Die Erholung von einem über 30jährigen äußerst zerstörungs- und folgenreichen Krieg und der Wiederaufbau des Landes wurden dadurch ganz erheblich behindert.

Der totale westliche wirtschaftliche und politische Boykott und das Ausbleiben fest zugesagter Aufbauhilfeleistungen durch die USA (und die Bundesregierung), sowie schwere Naturkatastrophen verschlimmerten die Situation.

Die Belastbarkeit der Bevölkerung, die im Krieg so viele Opfer und Entbehrungen auf sich genommen hatte, wurde durch diesen erneuten halben Kriegszustand extrem beansprucht. Korruption und Resignation auf der einen und dogmatische Härte, Bürokratie und Fehlplanungen auf der anderen Seite waren immer häufigere Begleiterscheinungen eines im übrigen sich verlangsamen Normalisierungsprozesses.

Die Niederschlagung der „Roten Khmer“ und ihrer Verbündeten sowie eine dann mögliche politische Lösung des Kampucheproblems würden einen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea erlauben. Dies würde die Positionen Vietnams und der Volksrepublik Kampuchea international entlasten und zu einem schrittweisen Abbau der politischen Isolierung und des Wirtschaftsboykotts führen.

Vor allem aber würde sich die innere Lage Vietnams fühlbar entspannen können, und die Bevölkerung könnte endlich ihre Energien dem Aufbau widmen.

Erneute „Strafaktion“ Chinas?

In diesem Augenblick, da sich so günstige Perspektiven ergeben könnten, hängt sehr viel von der Haltung Chinas ab.

Schon während der Kämpfe des Jahreswechsels hatte es Drohungen aus Peking gegeben, man behalte sich vor, Vietnam im Falle eines militärischen Erfolgs in Kampuchea erneut zu „bestrafen“. Aber trotz gelegentlicher, im letzten Jahr eskalierender Übergriffe und trotz einer

ungeheuren Konzentrierung von Truppen und Kriegsgerät an der Grenze zu Vietnam ist bis jetzt keine unmittelbare Reaktion erfolgt.

In der internationalen Presse werden nun mehrere Gründe aufgeführt, die gegen eine neue „Lektion“ sprechen sollen. Vor allem negative Konsequenzen, die eine militärische Aktion für die wirtschaftlichen Erneuerungspläne der chinesischen Regierung haben würde, werden angeführt.

Überraschenderweise auch diese Erkenntnis: „Vielleicht hat auch Peking 1979 die bittere Erfahrung gemacht“, so wird ein Diplomat zitiert, „daß es nicht darauf vorbereitet war, eine solche De-



**Pham Van Dong
Ambitionen Pekings**

In den Jahren des Krieges war ich persönlich oft, manchmal zweimal im Jahr, in Peking. Und ich habe alle großen Männer dieses Landes gesehen, von Mao Zedong bis Deng Xiaoping, und Tschou Enlai. Ich habe sie sehr oft gesehen, und ich kannte sie sehr gut.

Und deshalb sage ich Ihnen folgendes: Sie haben immer noch dieselben Ambitionen, nicht nur im Hinblick auf diesen Teil der Erde, sondern auch im Hinblick auf alle Völker. Sie beanspruchen, das Reich der Mitte zu sein, wie die alten Kaiser Chinas.

Und jetzt werden Sie mich fragen, unter dieser Voraussetzung: Warum haben sie uns geholfen? Und hier die Antwort: Sie haben uns geholfen – und sie haben uns wirklich geholfen. Diese Hilfe war eine wirksame Hilfe. Aber der Grund ist folgender: Sie wollten uns in ihren Machtkreis einbeziehen, uns beherrschen. Mit dieser Hilfe hatten sie geglaubt, uns für ihre Sache gewinnen und uns von Moskau trennen zu können.

Während all dieser Jahre, reiste ich oft über Peking nach Moskau. Und in Peking, nachdem fast alle unsere Wünsche erfüllt worden waren, hat man mich dann gefragt: „Warum jetzt noch nach Moskau gehen?“ Ich habe gesagt, daß ich nach Moskau gehen müsse, denn die Unterstützung Moskaus bzw. des größten sozialistischen Landes der Welt, sei uns sehr wichtig.

Ich glaube, diese Männer sind nicht wirklich Schüler von Marx, Engels und Lenin. Nein, das sind Männer, die im Grunde aus China eine Weltmacht machen wollen, und das mit allen Mitteln, sogar mit der Doktrin von Marx und Lenin.

mütigungsaktion auch wirklich erfolgreich durchzuführen. Sie haben sich damals eine blutige Nase geholt.“¹⁵

Und es darf als sicher gelten, daß die vietnamesischen Milizen und Truppen im Norden jetzt wesentlich besser vorbereitet sind.

Das Vertrauen auf die eigene militärische Stärke scheint immer noch die einzige Alternative zu sein. Jeder, der die Lage kennt, weiß, daß der politischen Führung und der Bevölkerung Vietnams jede andere lieber wäre.

Anmerkungen:

- 1) Le Monde (LM), Paris, 19.12.1984. Gespräch mit dem französischen Präsidenten Mitterrand
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 10.1.1985
- 3) Interview in: Afrique-Asie, Paris, Nr. 338, 31.12.1984. Wortlaut in: AIB 2/1985
- 4) Und zwar auch heute noch! Vgl. einen Bericht in: LM, 8.3.1985
- 5) Ebenda, 28.1.1985
- 6) Die Begriffe „Lektion“ oder „Gegenangriff“ wurden schon 1962 von der chinesischen Führung zur Rechtfertigung ihrer Aggression gegen Indien benutzt. Sie erinnern an ähnliche Begriffe der Hitler-Propaganda beim Überfall auf die Tschechoslowakei und Polen (1938/39).
- 7) Vgl. Brigitte Friang, La mousson de la liberté, Paris 1976, S. 86f.
- 8) Der Ausdruck „Rote Khmer“ wurde von Sihanouk in den 60er Jahren für den gesamten Widerstand geprägt. Heute werden so nur noch die Anhänger Pol Pots bezeichnet.
- 9) Zit. nach: LM, 18.7.1975. Vgl. auch: Norodom Sihanouk, Mémoires de guerre ... et d'espoir, Paris 1979, S. 234
- 10) „Paradoxerweise ißt man in Kampuchea besser als in Vietnam.“ LM, 8.3.1985. Vgl. das Interview mit Hun Sen in Afrique-Asie, der bestätigt, daß auch in der Schulbildung dem Erlernen der vietnamesischen Sprache keine größere Bedeutung zukommt als etwa dem des Französischen. Gerade in der Planung des Erziehungswesens achtet man sehr darauf, die authentischen Khmer-Traditionen (die völlig verschieden von denen Vietnams sind) in Kunst und Kultur wieder besonders zu pflegen.
- 11) „Indochinesische Föderation“ war die Bezeichnung der französischen Kolonialmacht für den Versuch, den Kolonien eine formale „Unabhängigkeit“ innerhalb einer „französischen Union“ zugestehen. Daß Ho Chi Minh damals die neugegründete Partei „Indochinesische Kommunistische Partei“ nannte, geschah in der Hoffnung, den Widerstand in allen fünf (!) Kolonien (Tonking, Annam, Cochinchina, Kampuchea und Laos) einheitlich organisieren und so zu einer Zusammenarbeit mit der französischen Linken kommen zu können. 1951 wurde diese Strategie revidiert und drei getrennte Organisationen entstanden.
- 12) Norodom Sihanouk, My War With the CIA, London 1973, S. 266
- 13) Nguyen Khac Vien, Vietnam '78, Hanoi 1978, S. 41
- 14) Z.B. in: Norodom Sihanouk, L'Indochine vue de Pékin, Entretiens avec Jean Lacouture, Paris 1972, S. 44. Weitere Details dazu in: Günter Giesenfeld, Land der Reisfelder, Köln 1981, S. 150ff.
- 15) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 5.3.1985

Nguyen Co Thach Vietnams Bilanz ist positiv

Am Ende des Krieges hatten wir dieselben Probleme, die auch andere Länder, etwa nach dem 2. Weltkrieg, hatten: Zerstörungen, Hunger, Stagnation.

Es gab Zeiten, in denen wir jährlich 2 Mio t Nahrungsmittel importieren mußten. Und nun gibt es bei uns keine Hungersnot mehr, und wir können seit 1983 unseren Bedarf an Reis selbst produzieren und brauchen nichts zu importieren. Ich glaube, dies ist ein großer Erfolg für mein Land.

Zweitens gab es während des langen amerikanischen Krieges gegen mein Land in Südvietnam 2,5 Mio Leute, die mit der amerikanischen Armee gegen die Nation zusammengearbeitet haben. Nach der Befreiung Südvietnams hat man vorausgesagt – so z.B. Kissinger –, daß es ein Blutbad gäbe, wenn wir Südvietnam befreit haben würden. Aber wir haben die Wiedervereinigung Vietnams realisiert, ohne einen Blutstropfen zu vergießen. Kein Blutbad.

Drittes wichtiges Ereignis: Nach 1975 hatte China das Pol-Pot-Regime dazu benutzt, um einen Kriegsherden im südostasiatischen Raum zu schaffen. Pol Pot hat Krieg gegen Thailand, gegen alle seine Nachbarn geführt.

In dieser Situation hat Vietnam, lange nachdem es im Südosten immer wieder überfallen worden war, mit dem kampucheanischen Volk zusammenarbeiten können, um das völkermörderische Regime Pol Pots zu zerstören, um einen Kriegsherden im südostasiatischen Raum zu beseitigen und den Mord an einem ganzen Volk zu beenden. Das ist das dritte wichtige Ereignis.

Das vierte Ereignis: China, die USA und andere Länder haben einen Boykott gegen Vietnam durchsetzen wollen. Sie haben außerdem militärischen Druck auf Vietnam ausgeübt, um Vietnam zum Nachgeben zu zwingen. Aber nach 5 Jahren Krieg und 6 Jahren militärischen, ökonomischen und politischen Drucks halten wir immer noch unseren Kopf hoch, auch wenn uns dies viele Opfer kostet.

Fünftens können wir, auch wenn wir noch viele Schwierigkeiten haben und arm sind, doch große Projekte verwirklichen, so die Wasserkraftwerke am schwarzen Fluß, die im Jahre 1987 in Dienst genommen werden können, die Großprojekte von Pha Lai oder die Zementfabrik von Hoang Thech und die große Papierfabrik in Bai bang, die die Schweden uns haben aufbauen helfen. Weitere große Bauten sind im Gang.

Sechstens, sehen Sie: Wir sind noch sehr arm, aber es gibt bei uns mehr als 15 Mio Kinder, die in die Schule gehen. Wir können sagen: Wir sind arm, aber wir lernen. Wir erwerben Kenntnisse, auch in der Armut. Und trotz dieser Armut gibt es keine soziale Ungerechtigkeit.

Man kann sagen, daß die Armut hier gut verteilt ist. Es gibt soziale Gerechtigkeit, auch wenn wir noch sehr arm sind.

Wir sehen in die Zukunft. Wenn wir auch in den vergangenen Jahren viele wichtige Probleme haben lösen können, so ist unser Lebensstandard doch immer noch sehr niedrig. Wir müssen die Wirtschaft aufbauen, denn unser Volk hat ein Recht auf ein besseres Leben.

Frank Werkmeister

Die Vietnam-Solidaritätsbewegung

Der US-Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk hatte – wie in anderen kapitalistischen Ländern – auch in der Bundesrepublik Deutschland weite Teile der Bevölkerung in ihrem politischen Denken und Handeln geprägt. Man spricht zurecht von einer „Vietnam-Generation“, die sich in den 60er und frühen 70er Jahren herausgebildet hatte. Dabei waren die Anfänge der US-Aggressionspolitik gegen Vietnam – ebenso wie die Tatsache, daß die USA bereits den französischen Indochinakrieg in großem Maße finanziert hatten – der Öffentlichkeit der BRD über lange Zeit weitgehend verborgen geblieben.

Es gab kaum Informationen und Fakten über die als „Engagement“ verschleierte Politik der völkerrechtswidrigen Einmischung der US-Regierung.

Sie mischten sich zunächst ein, indem sie z.B. französische Truppen, vor allem Fremdenlegionäre, nach Südostasien flog oder die Verwirklichung des Genfer Indochina-Abkommens von 1954 verhinderten.

Nichts oder nur wenig erfuhr die Öffentlichkeit der Bundesrepublik aus den Massenmedien über den blutigen Terror, den der von den USA in Südvietnam eingesetzte katholische Diktator Ngo Dinh Diem vollführte. Denn seine Aufgabe war es, 1954 die Wiedervereinigung Vietnams und allgemeine freie Wahlen zu verhindern sowie den Volkswiderstand zu brechen.

Bis 1960 hatte Diem rund 100.000 Menschen, die am Befreiungskampf gegen die Franzosen teilgenommen hatten, die sich der Refeudalisierung im Süden Vietnams und der Vertreibung in KZ-ähnliche Dörfer („Wohlstandszonen“) widersetzten, ermordet und 300.000 in Gefängnisse geworfen.

Als der Widerstand gegen dieses Terrorregime so mächtig wurde, daß er nach der Gründung der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (FNL) im Jahre 1960 nationale Dimensionen annahm, verstärkten die USA ihr „Engagement“. Sie schickten immer mehr Militärberater nach Südvietnam, die nun auch direkt in die Kampfhandlungen eingriffen.

Mit dem wachsenden Terror versuchte der Katholik Diem, der nun auch zur Verfolgung der Buddhisten übergegangen war, seine erschütterte Macht zu erhalten.

Erst seit dieser Zeit, seit den Massendemonstrationen in den südvietnamesi-



30000 demonstrierten am 20. 1. 1973 in Dortmund gegen den Vietnamkrieg. An der Spitze die Vertreter der IIVS, darunter unser Autor F. Werkmeister (6. v. l.)

schen Städten, der ersten Selbstverbrennung des buddhistischen Mönches Thich Quang Duc am 11.6.1963 in Saigon (das Foto ging um die ganze Welt) und der nun nicht mehr länger zu verheimlichenden direkten Beteiligung von US-Militärs an Kampfhandlungen, nahmen einige Massenmedien und damit auch zunehmend die Bevölkerung der Bundesrepublik in größerem Maße Notiz vom Krieg der USA in Vietnam.

Ungenierte Bonner Kriegshilfe

Aber es waren nicht studentische Verbände oder gar die Studentenbewegung, wie in manchen bürgerlichen Publikationen bis heute noch behauptet wird, die die Anfänge einer Vietnam-Solidaritätsbewegung oder Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg organisierten.

Vielmehr waren es einzelne Gruppen aus den Reihen der damaligen Deutschen Friedensgesellschaft, der Internationale der Kriegsdienstgegner oder einige örtlichen Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung-Ostermarschbewegung. Sie wandten sich mit Erklärungen, Flugblättern und ersten Demonstrationen an die Öffentlichkeit.

Die Ausweitung der US-Aggression, die mit Luftangriffen auf das Territorium der Demokratischen Republik Vietnam (DRV, also Nordvietnam) am 5. August 1964 einsetzte, rief dann erste nennenswerte öffentliche Proteste hervor.

Es wuchs die Zahl derer, die ernste Zweifel an der US-amerikanischen Version

über den „Tonking-Zwischenfall“ hegten, bei dem nach Darstellung der US-Regierung nordvietnamesische Torpedoboote den US-Zerstörer „Maddox“ angegriffen haben sollten. Diesen Vorfall, der Jahre später durch die Veröffentlichung der „Geheimen Pentagon-Papiere“ als eine klare und bewußte Provokation der US-Militärs entlarvt wurde, hatten die US-Imperialisten zum Vorwand genommen, um ihre Überfälle auf das sozialistische Nordvietnam vor der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen.

Mit Bestürzung wurden in der Bundesrepublik die Reden US-amerikanischer Politiker um Senator Goldwater registriert, die den Einsatz von Atomwaffen in Vietnam forderten. Fotos und Filmbilder über die grauenhaften Auswirkungen des Einsatzes von Giftgas, chemischen Kampfstoffen, Napalm, Kugel- und Splitterbomben durch die US-Kriegsmaschinerie lösten Abscheu und Empörung aus.

Daß sich die damalige CDU/FDP-Bundesregierung und führende Politiker der SPD offen mit dem Verbrechen der US-Kriegsstrategen solidarisierten, verstärkte den in den Bewegungen gegen die Notstandsgesetze und für Demokratie und Abrüstung in Gang gesetzten Politisierungsprozeß.

Gerade in der Anfangsphase des offenen militärischen Eingreifens der USA identifizierte sich die Bundesregierung ungeniert mit der US-Politik. Der damalige Bundesverteidigungsminister von Hassel gab im Mai 1964 seinem US-Kollegen McNamara eine „feste Zusage für eine

Unterstützung des Kampfes in Südvietnam". Beide einigten sich zudem auf die von der Bundesrepublik an die USA zu leistenden Devisenausgleichszahlungen, die im Zeitraum von 1961-73 eine Höhe von 33,83 Mrd DM erreichten.

Ein Jahr nach dem Treffen zwischen von Hassel und McNamara war laut Spiegel „die Bundesrepublik zum zweitgrößten Geberland für Südvietnam nach den USA“ aufgerückt. In Saigon hingen großflächige Tafeln mit einem Dank des korrupten Marionettenregimes an diejenigen Staaten, die im „Kampf gegen den Kommunismus“ am meisten halfen. Nach den USA wurde die Bonner Regierung aufgeführt...

Die CDU/CSU ging zeitweise so weit, den Einsatz von Bundeswehrosoldaten in Vietnam zu erwägen. Auch die Anfang der 60er Jahre in „Opposition“ stehende SPD beschwor durch führende Vertreter immer wieder ihr besonderes Verhältnis zum großen Bruder in Washington.

Die SPD-Abgeordneten Wenzel Jaksch, Fritz Erler und Carlo Schmid vertraten wiederholt die These, „in Vietnam wird die Freiheit Berlins verteidigt“. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sicherte 1965 anlässlich eines Aufenthaltes in den USA seine „volle moralische Unterstützung für die Politik von Präsident Johnson in Südostasien“ zu.

Nach der Bildung der großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD bestätigten die sozialdemokratischen Spitzenpolitiker ihre Vasallentreue zu den USA. Dies tat etwa SPD-Minister Leber im Mai 1967, als er unterstrich, es bestehe keinerlei Zweifel an der „Priorität des Bündnisses mit einer vorbehaltlosen Unterstützung der Position der USA im Vietnamkrieg“.

Vor dem Hintergrund der immer brutaler werdenden US-Aggression gegen das vietnamesische Volk einerseits und einer die Vietnampolitik der USA in jeder Phase vorbehaltlos unterstützenden Haltung der jeweiligen Bundesregierung andererseits wuchs in der Bundesrepublik die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg und seine Befürworter von Jahr zu Jahr an.

Die Ostermärsche im Jahr 1965 nahmen den Protest gegen den US-Krieg auf allen Demonstrationen und Kundgebungen auf. Von diesen Aktionen erging der Appell, in vielfältigen Formen und permanent gegen den Krieg der USA tätig zu werden. Ab jetzt wurde der Kampf gegen die US-Aggression fester Bestandteil der Arbeit der Kampagne für Abrüstung, die sich 1968 in Kampagne für Demokratie und Abrüstung umbenannte.

Nicht nur während der jährlichen Ostermärsche, sondern auch in verschiedenen Aktionswochen, in Aktionen zum Unabhängigkeitstag der USA oder zu anderen historischen Daten stand der Protest ge-

gen den Vietnamkrieg im Mittelpunkt. Filmvorführungen, Podiumsdiskussionen, Mahnwachen vor den Botschaften oder Konsulaten der USA, Unterschriftensammlungen, Fotoausstellungen, Informationsstände sprachen Hunderttausende von Menschen an.

Zeitungsanzeigen sowie Millionen von Flugblättern halfen, das Informationsdefizit in der Bundesrepublik über den US-Krieg und seine Hintergründe zu überwinden.

Im Jahre 1965 trat auch die Hilfsaktion Vietnam an die Öffentlichkeit, die sich die Aufgabe stellte, den Opfern der barbarischen US-Aggression materiell zu helfen. Die Arbeit der Hilfsaktion Vietnam unterschied sich während des US-Krieges von der anderer karitativer Organisationen darin, daß sie eindeutig Position für die Opfer der Aggression bezog und in den bitteren Jahren des Krieges als einzige humanitäre Organisation mit dem Roten Kreuz der DRV und der Befreiungsfront FNL, später der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam (PRR der RSV), zusammenarbeitete.

Zu den entschiedensten Kritikern der US-amerikanischen Kriegspolitik zählten Mitte der 60er Jahre eine Reihe von Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern. Die von Angehörigen des „Argument-Clubs“ verfaßte „Erklärung deutschsprachiger Schriftsteller und Intellektueller über den Vietnamkrieg“, die von einigen Hundert namhaften Unterzeichnern 1965 veröffentlicht wurde,

kann als die wohl bedeutsamste Initiative dieser Gruppierung gewertet werden.

Innerhalb der Studentenschaft fand der Vietnamkrieg Ende 1965/Anfang 1966 größere Beachtung. Dabei gelang es dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), trotz widersprüchlicher Einschätzungen, in wachsendem Maße die Studenten mit den Ereignissen in Vietnam zu konfrontieren und in die Protestbewegung gegen den Krieg der USA einzubeziehen. 1966 initiierte der SDS den Kongreß „Vietnam – Analyse eines Exempels“, an dem sich zahlreiche Studenten, Wissenschaftler, Gewerkschafter, Betriebsräte und Abordnungen örtlicher Ostermarschausschüsse beteiligten.

Die Kampagne für Abrüstung, die zeitweilig Sammelbecken der außerparlamentarischen Opposition war, hatte durch ihre kontinuierliche Aufklärungsarbeit die Förderung örtlicher Vietnam-Komitees sowie die Herstellung von Kontakten zur internationalen Solidaritätsbewegung und Vertretern der Befreiungsbewegung erreicht. Auf ihr Bestreben hin wurde im November 1969 die Initiative Internationale Vietnam-Solidarität (IIVS) gegründet, in der fast alle relevanten demokratischen Jugend- und Studentenorganisationen mit antifaschistischen und Friedensorganisationen sowie Persönlichkeiten aus den Gewerkschaften, Kirchen, der Wissenschaft und Kultur zusammenarbeiteten.

Die IIVS fungierte in der Folgezeit wir-

Forderungen der Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV BRD-Verantwortung für Vietnam

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV Vietnam verabschiedete auf ihrer Mitgliederversammlung 1984 eine Reihe von Forderungen an die Bundesregierung Kohl und an Zielen für die hiesige Solidaritätsarbeit.

Nach wie vor muß sich das vietnamesische Volk der Erpressungsversuche und der militärischen Angriffe der chinesischen Führung widersetzen. (...)

Die Regierung der USA fördert diese Politik und kreist die südostasiatischen Länder zunehmend durch den Ausbau neuer Waffensysteme ein. Zugleich bemüht sie sich um einen fortdauernden Wirtschaftsdruck auf Vietnam, Kampuchea und Laos.

Dieser politischen und wirtschaftlichen Boykottpolitik hat sich auch die jetzige Bundesregierung nicht entgegengestellt, sondern sie praktiziert sie nach wie vor auf allen Ebenen. (...)

Wir, die Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV Vietnam, sind besorgt über diese Ereignisse und fühlen uns zugleich bestärkt in unseren programmatischen Forderungen. Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir uns verstärkt einsetzen:

- für die Entwicklung und Intensivierung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Menschen beider Länder;

- für die Entwicklung und den Ausbau guter nachbarlicher Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz;

- für eine der Wahrheit entsprechende Darstellung der Geschichte, der gesellschaftlichen Entwicklung und der kulturellen Leistungen Vietnams;

- für den Ausbau der wissenschaftlich-technischen Kooperation;

- für die Weiterführung der materiellen Hilfe für Vietnam.

- Wir fördern die Bundesregierung auf, die von privaten Organisationen geleistete Hilfe für die SR Vietnam endlich umfangreich zu unterstützen.

- Die staatliche Förderung privater und humanitärer Hilfe wäre ein erster Schritt zum Abbau des wirtschaftlichen und politischen Boykotts, den die Regierung immer noch aufrechterhält.

- Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, endlich die fest zugesagten Mittel für die Unterstützung bei der Heilung der Kriegswunden freizugeben.

- Außerdem soll die Bundesregierung endlich einen konkreten Beitrag leisten zur Entspannung im südostasiatischen Raum, indem sie die diplomatische und politische Unterstützung der Pol-Pot-Gruppen einstellt.

kungsvoll als Informationszentrale, von der gleichzeitig politische Orientierungen ausgingen, örtliche und zentrale Aktivitäten wurden koordiniert; sie war Schaltstelle zwischen der nationalen und internationalen Solidaritätsbewegung. Im Gegensatz zu einigen sog. „K-Gruppen“, die sich als ultralinks gaben, zwar unterschiedliche Aussagen hatten, sich aber im Antisowjetismus einig waren, nahm die IIVS die desorientierende Losung vom „Sieg im Volkskrieg“ nicht auf. Dies zumal sie von den vietnamesischen Gesprächspartnern aus der DRV und aus den Reihen der FNL/PRR gelernt hatte, daß in Vietnam der militärische, politische und diplomatische Kampf für gleichrangig wichtig erachtet wurde.

Neu waren bei der IIVS eine Reihe von Aktionsformen, so z.B. Vorträge von Opfern der US-Aggression in Vietnam, etwa die Berichte des Mädchens Vo Thi Lien, das das Massaker von My Lai überlebt hatte; die Rundreisen mit US-amerikanischen GIs, die sich nach ihren Vietnam-Erlebnissen auf die Seite der Antikriegsbewegung stellten oder aber Massen-Hearings mit Experten und Wissenschaftlern aus den USA, aus Vietnam, Skandinavien, Frankreich oder den sozialistischen Staaten.

Höhepunkte in der Arbeit der IIVS stellten der Protest gegen die Weihnachtsbombardements 1972/73 (damals demonstrierten 30.000 in Dortmund; d. Red.) und der Kampf um die Erringung und Durchsetzung des Pariser Vietnam-Abkommens dar. Dazu wurden in verschiedenen Aktionen Hunderttausende von Bürgern aktiviert.

Der großartige Sieg des vietnamesischen Volkes im Jahre 1975 hat nicht zu einer Auflösung der Vietnam-Solidaritätsbewegung geführt. Unter neuen Bedingungen und Vorzeichen wurde diese antiimperialistische Bewegung weiterentwickelt.

Humanitäre Organisationen wie die Hilfsaktion Vietnam, terres des hommes, die Kinderhilfe Vietnam, der Bremer Solidaritätsbasar u.a. führten vorwiegend die materielle Hilfe weiter und brachten dabei weiterhin Millionenbeträge für Vietnam auf. Die 1976 aus der alten Vietnam-Solidaritätsbewegung hervorgegangene Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam hat sich die Aufgabe gestellt, in Publikationen und Filmen die Wahrheit über Vietnam zu verbreiten, Wissenschaft, Kultur und die gegenseitige Begegnung zu fördern, um so der Völkerverständigung und den guten Beziehungen zwischen unseren Völkern zu dienen.

„Vietnam bleibt unsere Sache“, so lautet ein Motto nun über 20 Jahre. Es ist die Losung der kontinuierlichen Vietnam-Solidarität.



Vo Nguyen Giap, Truong Chinh, Ho Chi Minh und Pham Van Dong (v. r. n. l.) bereiten den Angriff auf Dien Bien Phu vor

Günter Giesenfeld

Symbol Ho Chi Minh

Eine spezielle Art von Ruhm

Es kann einem passieren, daß junge Menschen, heute mit einem Bild Ho Chi Minhs konfrontiert, diesen für Mao Zedong halten. Bezeichnenderweise ist der Name des chinesischen Revolutionsführers zur Bezeichnung einer politischen Doktrin benutzt worden, ähnliches wäre bei Ho Chi Minh undenkbar.

Er ist nur kurze Zeit eine jener Symbolfiguren gewesen, denen man verschiedene, ja gegensätzliche Ausdeutungen zuschreiben kann. Er verkörperte stets nur die Taten seines Volkes und war eine Zeitlang sein Führer bei der Vollbringung dieser Taten.

Eine „magische Wirkung“

Seine spezielle Art von Ruhm spiegelt sich auch in der Fernwirkung wider: Sein Name war auf den Straßen zu hören, sein Bild im Gedächtnis der jungen Generation Europas und Amerikas fest verankert nur so lange, wie sein Volk noch den Kampf um die Befreiung führte. Noch die Schlacht um Saigon 1975, die seinen Namen trug, war zwar auch in unserem Bewußtsein ein nachgeholtter Sieg des 1969 verstorbenen Ho Chi Minh gewesen.

Und diese gedankliche Verknüpfung ist genauso richtig wie die Erkenntnis, daß natürlich alle Errungenschaften des vietnamesischen Volkes, alle Siege über Okkupanten und Kolonisatoren nicht das persönliche Werk Ho Chi Minhs, des

Generals Giap oder der Schwestern Trung sind, sondern daß in ihnen die kollektive und jahrzehntelange Anstrengung in eine befreiende Aktion mündet. Die Schwierigkeiten, die sich für einen „westlich Denkenden“ bei dem Versuch ergeben, die Faszination, die von der Figur Ho Chi Minh ausgeht, zu begreifen, werden beispielhaft deutlich an einem krassen Fehlurteil, das von einem amerikanischen Offizier überliefert ist.

Er antwortete Mitte der 60er Jahre auf die Frage, wie denn wohl der Krieg ausgehen würde: „Sehr einfach. Der Kampf der Guerillas und die Hilfe, die ihnen die Bauern gewähren, geschehen im Namen Ho Chi Minhs, der eine geradezu magische Wirkung hat. Solange sich unsere Gegner auf den 'Onkel' stützen können, werden sie durchhalten. Aber Ho Chi Minh ist alt und wird eines Tages sterben. Dann wird in Ermangelung von Anregungen und Einfällen der Widerstand des Vietkong zusammenbrechen.“¹

Das vietnamesische Volk brauchte eben nicht einen charismatischen Führer von der Art, wie sie uns in den Geschichtsbüchern unserer Vergangenheit vorgestellt werden, um seinen Kampf weiterzuführen, den Ho Chi Minh gleichwohl entscheidend angeleitet und gefördert hat.

Er ist also nicht zu vergleichen mit den Königen, Führern und Kanzlern, denen die Völker Europas im Lauf ihrer Geschichte alle materiellen, sozialen und politischen Errungenschaften abringen mußten.

Während infolge solch unbewußter Mißverständnisse die Verehrung des alten Revolutionärs hierzulande stellenweise und vorübergehend die Qualität eines Kults annehmen konnte, hat Vietnam in ihm stets seine eigenen Siege gefeiert, ist das Mausoleum in Hanoi Grabstätte und Freiheitsstatue zugleich.

In dem reichen Gewirr aus kleinen Anekdoten und Geheimnissen um das Leben dieses Familienvaters der Nation spiegelt sich die Fähigkeit des Volkes, einen Grad an Bewußtheit der eigenen Geschichte zu entwickeln, der die Entwicklung mythisierender Personallegenden nicht nötig hat.

Das Leben dieses Bauern, Schiffsjungen, wandernden Studenten, Revolutionärs und Präsidenten erinnert, wenn man es sich im Ganzen vor Augen führt, an geläufige Vorstellungen aus unserer Geistes- und Kulturgeschichte.

Der Romanheld, der die Heimat verläßt, um nach vielen Begegnungen, Abenteuern und Bewährungen innerlich bereichert wieder zurückzukehren, ist ein beliebtes Motiv nicht nur in der deutschen Literatur. Zu einer vorläufigen Übertragung dieses Motivs auf das Leben Ho Chi Minhs sind wir durch eine jener Geschichten legitimiert, für deren Authentizität es nicht unbedingt nötig ist, nachzuweisen, daß sie sich wahrhaftig zutrug. Einem Schulfreund soll der damalige Gymnasiast in Saigon seine Entscheidung, nach Frankreich zu gehen, so erklärt haben: „Ich will ins Ausland gehen, Frankreich besuchen und andere Länder. Wenn ich mir angesehen habe, was man dort tut, werde ich zurückkehren, um meinen Landsleuten zu helfen.“²

Vom Schiffsjungen zum ...

Der knapp 20jährige hatte seine Kindheit in einer Provinz und einer Zeit erlebt, die ein solches patriotisches Pflichtgefühl sehr wohl entstehen lassen konnten. Gerade war ganz Indochina unter ein erbarmungsloses Kolonialregime gefallen. Aber in dieser kargen Gegend in der Mitte des Landes, wo es nur etwa 50 km breit ist, hatte auch der Widerstand Tradition.

Hier hatten die Söhne der Bauern und Seeleute schon immer versucht, etwas zu lernen und so den elenden Verhältnissen in irgendeine Provinzstadt zu entkommen. Und aus vielen dieser halbverhungerten Schreibern und Gelehrten wurden später die größten Dichter und Revolutionäre. Nguyen Tat Thanh, wie Ho sich damals nannte, kannte also die Untergrundarbeit der Widerstandsgruppen, zu denen auch sein Vater gehörte.

Als Schiffsjunge verließ er 1911 Saigon und verbrachte den 1. Weltkrieg in England und den USA, um sich dann ab

1917 in Paris der selbstgestellten Aufgabe zu widmen: im „Mutterland“ wollte er auf die Unterdrückung seines Volkes öffentlich aufmerksam machen. Er gab eine Zeitschrift heraus mit dem Titel „Paria“ und intervenierte auf der Versailler Friedenskonferenz, wo er die Forderung nach Unabhängigkeit für sein Vaterland mit den 14 Punkten des amerikanischen Präsidenten Wilson begründete.

Nguyen Ai Quoc, wie er jetzt hieß, wurde bald den Behörden suspekt und hatte unter ihren Schikanen zu leiden, aber er fand in Paris auch Freunde.

Er wurde Mitglied der sozialistischen und dann der kommunistischen Partei Frankreichs, auf deren Gründungskongreß 1920 in Tours er als „Delegierter Indochinas“ das Wort ergriff. Vor allem aber knüpfte er enge Kontakte mit seinen Landsleuten in Frankreich und im Exil lebenden Bürgern aus anderen Kolonien.

In vielen Artikeln und Reden beschrieb er die Parallelen der Verhältnisse in den verschiedenen Kolonien Frankreichs und versuchte damals schon wie später immer wieder, seine Genossen davon zu überzeugen, daß die Interessen des Proletariats denen der unterdrückten Völker in den Kolonien ähnlich sind – nicht immer mit Erfolg.

...Guerillaführer und Präsidenten

1923 ging er für 2 Jahre nach Moskau, und dies war die einzige Zeit seines Lebens, in der er im eigentlichen Sinn des Wortes studiert hat. Denn seine ziemlich umfassende Bildung hat er sich im wesentlichen als Autodidakt angeeignet. Ohne je zum Intellektuellen zu werden, hatte er sich in Paris und Moskau sowohl Zugang zur bürgerlichen Kultur und den fortschrittlichen Strömungen Europas verschafft, als auch den Marxismus-Leninismus studiert.

Prägender aber war wohl der Anschauungsunterricht, den er als Gast der jungen Sowjetunion über den revolutionären Schwung erhielt, mit dem hier ein Volk sich befreit hatte und nun an der eigenen Zukunft arbeitete. Als Nguyen Ai Quoc dann über China in die Heimat zurückzukehren sich anschickte, hatte er jedoch zunächst nicht im Sinn, das dort zu verwirklichen, was er in Moskau studiert und beobachtet hatte.

Den Kampf gegen den Kolonialismus führte er mit den Idealen, gegen die der französische Kolonialminister, der ihm gedroht hatte: „Frankreich wird un-nach-sichtig sein denen gegenüber, die sich von Paris nach Moskau begeben, von Moskau dann nach Kanton fahren, und von Kanton nach Indochina und dort den Aufruhr schüren wollen“³, nichts

Ho Chi Minh Gefängnis-Tagebuch



Gefängnis-Tagebuch

Nur dein Körper ist im Gefängnis
Nicht dein Geist
Um die große Sache weiterzubringen
Darfst du nicht den Mut verlieren!

Selbstaufmunterung

Ohne die Kälte des Winters, ohne die Trauer um den Tod
Was kümmert uns der süße Glanz des Frühlings?
Der Zufall wirft mich auf den Grund der Entbehrung
Festigt meinen Geist und stärkt mein Herz.

Unterwegs

Bin ich auch gefesselt an Arm und Bein,
So hör ich doch die Vögel, spüre den Duft der Blumen,
Riechen, Hören, dieses Glück kann niemand mir verbieten.
Und weniger einsam geh ich den traurigen Weg entlang.

Mitternacht

Schlafend scheinen alle ehrenhaft und rein zu sein
Das Erwachen teilt sie ein in Gut und Böse.
Böse, gut, – niemand ist es von Geburt
Schuld ist die Erziehung, niemals die Natur.

Beim Lesen der „Anthologie der tausend Dichter“

Die Schönheit der Natur besangen gern die Alten,
Die Flüsse, Berge, Wind und Tau, Blumen, Wind und Mond.
In unsrer Zeit muß das Gedicht sich eisern rüsten;
Und auch die Dichter müssen kämpfen lernen!

hätte einwenden können: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – das war in Indochina ein revolutionäres Programm. Von China aus, wo er sich unter dem Schutz der Guomindang-Regierung von Kanton vor der Verfolgung durch französische, britische und japanische Behörden sicher fühlen konnte, organisierte Nguyen Ai Quoc den Widerstand der vietnamesischen Patrioten und Kommunisten.

Unter seinem Einfluß gelang es, die konkurrierenden Gruppen in der kommunistischen Partei zu vereinigen, die 1930 gegründet wurde. Ihr Programm war die Grundlage für ein überlegtes und koordiniertes Vorgehen gegen die zu immer brutalerem Terror greifende Kolonialadministration. Nguyen Ai Quoc, der Verfolgte, stets präsent und doch unauffindbar, tauchte mal im Dschungel, mal



Präsident Ho Chi Minh in den 60er Jahren

als Bonze in einer Pagode unter oder reiste, und es sollte bis 1941 dauern, ehe er sein Vaterland zum ersten Mal wieder betrat.

Inzwischen war Krieg, die Kolonialmacht in Europa besiegt, und die zunächst erfolgreichen Japaner besetzten weite Teile Vietnams. Der Widerstand war stärker, eine neue Organisation gegründet worden, in der neben den Kommunisten auch andere Gruppen arbeiteten: die „Liga für die Unabhängigkeit Vietnams“, der berühmte Viet Minh.

Nguyen Ai Quoc aber wurde 1942, als er zu Bündnisverhandlungen mit der Regierung Tschiang Kai Scheck nach China reiste, verhaftet und ein Jahr lang von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt. Aus dieser Zeit stammt das berühmte „Gefängnistagebuch“, eine Sammlung von über 100 Gedichten.

Auch für ihn war, wie für viele Revolutionäre seines Landes, das Gefängnis zum Ort der Reflexion und des Reifens geworden. Die Jahre des Kampfes vom Dschungel aus hatten seine Verwurzelung im Volk und seinen Traditionen gefestigt. Auf dieser Grundlage und mit seinen Erfahrungen aus anderen Ländern war er schon unmerklich in die Rolle des Staatsmannes hineingewachsen, unter Beibehaltung seines einfachen Lebensstils.

Nach alter Tradition hatte er am Anfang des neuen Lebensabschnittes, kurz vor der Ausrufung der Unabhängigkeit Vietnams am 2. September 1945, wieder einen neuen Namen angenommen: Ho Chi Minh, oder, in der beliebten Kurzform „Bac Ho“, Onkel Ho. In dieser Benennung spiegelt sich eine Vorstellung vom Staat und seiner Legitimation, die sich an der traditionellen Familienstruktur Vietnams orientiert.

„Minh“ heißt Klarheit, Helligkeit, Deutlichkeit, und der unzweifelhafte Sinn ist

hier, daß man dem großen Patrioten die Helligkeit verdankt, der erst Verfemter, dann Guerillakämpfer und schließlich Staatschef war, und das in dieser Reihenfolge. (...) In dem Mittelwort 'Chi' muß der Sinn 'erreichen, hinkommen zu' gesehen werden, in dem die Bedeutungen 'Weg' und 'Richtung' gleichermaßen enthalten sind."⁴ Ho der Lichtbringer, der das Dunkel als einen Weg zum Licht erweist.

Der Weg, den die junge Demokratische Republik Vietnam jetzt unter dem Präsidenten Ho Chi Minh ging, war von Kriegen und Krisen geprägt. Gleich nach ihrer Gründung mußte er mit seiner Regierung wieder in den Untergrund gehen.

Nach der Überwindung der neu das Land okkupierenden Truppen der Kolonialmacht Frankreich (Dien Bien Phu 1954) traten die USA an ihre Stelle, und die Teilung und der grausamste aller Kriege, die dieses Land erlebt hat, begannen. Aber auch innere Schwierigkeiten, Überstürzung und Exzesse bei der Landreform führten zeitweise sogar zum offenen Widerstand von Teilen der Bevölkerung gegen die Regierung.

Man ist versucht, die Schuld an der brutalen Unterdrückung eines Aufstandes in Ho Chi Minhs Heimatprovinz nicht ihm anzulasten. In der Tat war Ho zu dieser Zeit gerade aus dem Dschungel zurückgekehrt und wurde erst 1956 zum Parteivorsitzenden gewählt, nach der Krise oder besser zum Zwecke ihrer Beseitigung. Trotzdem ist kaum vorstellbar, daß er die Aktionen nicht gebilligt hat.

Bereitschaft zur Härte...

Seine Integrität in den Augen der Bevölkerung hat vor allem deshalb nicht gelitten, weil er die Fehler zugab und zu ihrer Wiedergutmachung persönlich beitrug. Sehr wohl war Ho zur Härte bis zur Grenze der Unbarmherzigkeit fähig.

Und sie irritierte besonders jene zum Teil faszinierten westlichen Beobachter, die den jetzt im Licht der Öffentlichkeit stehenden Guerillaführer zum ersten Mal sahen: dieser Parteichef und Volksheld, der Verlautbarungen in Versen und Gesetzestexte in der Sprache der christ-

lichen Psalmen formulierte, konnte, wenn es nötig war, unnachlässig Gehorsam und Disziplin fordern.

Bei dem Bemühen, die Erscheinung und Bedeutung Ho Chi Minhs in eine europäischen Vorstellungen zugängliche Formel zu fassen, ist man oft auf das Bild einer Harmonie von starken und einander entgegengesetzten Elementen verfallen, welches allgemein als das Charakteristikum großer Menschen gilt.

Die Einigung oppositioneller Kräfte in Vietnam, die immer wieder von ihm erreichte Versöhnung zwischen divergierenden Tendenzen in der Partei, die erstaunliche Bereitschaft zum Verhandeln ohne Angst vor persönlichen Demütigungen, und schließlich die Vermittlerfunktion, die er sich gewünscht hatte im Konflikt zwischen der VR China und der Sowjetunion – alle diese seinen politischen Stil prägenden Tendenzen werden als Bild einer inneren Konstitution gesehen und ihr Träger damit, trotz der marxistischen Orientierung, als „gemäßigt“ eingestuft.

...und mönchischen Lebensweise

Mir scheinen aber solche Begriffe wie Widersprüchlichkeit, Harmonie auf ihn weniger zu passen als Einheit, Identität. Identität mit all dem, was er im praktischen Zugriff an Errungenschaften der Menschheit aufgriff und zu einem Leben gestaltete, das es ihm erlaubte, die Geschichte ein Stück fortzubewegen.

Insofern steht er für eine Existenzform, in der die auf dem Ausgleich innerer Gegensätze beruhende Persönlichkeit abgelöst wird vom in der Geschichte ruhenden Menschen, der sie im Einklang mit ihren Gesetzen mitgestaltet. Die großen Worte seien erlaubt, denn es soll nicht behauptet werden, Ho Chi Minh habe diesen Typ verkörpert oder symbolisiert. Sein Verdienst ist praktischer: er zwingt jeden, der sich auf ihn einläßt, dazu, über solche ungewohnten Vorstellungen nachzudenken.

Keiner entging, in der Begegnung mit ihm, dem Anblick des Lichts am Ende des Tunnels. Die fast erschreckende Konsequenz, mit der er sich nur und ausschließlich der „großen Sache“ und den von ihr jeweils gestellten Aufgaben widmete, und die in seinem mönchisch-zölibatären Auftreten ihren adäquaten Ausdruck fand, war nicht auf Nachahmung gerichtet. Er wollte nicht Vorbild sein, sondern Aufforderung.

Anmerkungen:

- 1) Jean Lacouture, Ho Tschí Minh, Frankfurt/Main 1968, S. 223
- 2) Avec L'Oncle Ho, Hanoi 1972, S. 16
- 3) Ebenda, S. 58
- 4) Paul Mus, Ho Chi Minh. Le Vietnam. L'Asie, Paris 1971, S. 161

Regeln von Ho Chi Minh

Überlege bevor du sprichst
 Sei entschlossen wenn du handelst
 Sei vorsichtig wenn du schreibst
 Sei ruhig und besonnen
 zu kritischer Stunde
 Halte dich zurück wenn du erregt bist
 Vergiß deine Melancholie
 Gib deine persönlichen Sorgen auf
 zugunsten der großen Sache

Bücher

In den 10 Jahren seit der Beendigung des Indochinakrieges (1954-75) erschienen nur wenige deutschsprachige Bücher, die mit einführenden Informationen ein alternatives Bild zu der verfälschenden Berichterstattung der bürgerlichen Medien anzubieten hätten.

Als gelungener Einstieg in die wesentlichen Entwicklungen Indochinas, von den Anfängen bis in die heutige Zeit, ist das Buch des Vorsitzenden der Vietnam-Freundschaftsgesellschaft, Marburger Professors und Filmemachers

Günter Giesenfeld, Land der Reisfelder. Vietnam, Laos, Kampuchea, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1981, 220 S., 14,80 DM, besonders zu empfehlen.

Der Autor zeichnet die Geschichte Indochinas in den letzten 3.000 Jahren nach. Er beschreibt ausführlich die französischen Kolonialkriege und die darauffolgende US-Aggression. Zum Verständnis der jetzigen Situation verhelfen die anschaulich dargestellten Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den einzelnen indochinesischen Völkern und Staaten. Auch die Rolle der VR China und die Hintergründe des Konflikts mit Vietnam werden aufgezeigt.

Ein terre des hommes-Buch, verfaßt von **Klaus Jürgen Schmidt, Leben im Reisfeld. Reportagen aus Vietnam, Laos und Kampuchea, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1984, 222 Seiten, 16,80 DM,**

besteht aus Momentaufnahmen und Dokumentarberichten, gesammelt auf mehreren Reisen in den 70er Jahren. Im Mittelpunkt stehen die Menschen, die in Vietnam, Laos und Kampuchea Opfer des Kolonialismus waren und die seit dessen Vertreibung immer noch nicht in Frieden leben können.

Broschüren

„Informationen bereitzustellen zur Geschichte Vietnams und Indochinas und zur gegenwärtigen Situation vor allem in Vietnam, aber auch in Kampuchea und Laos“, ist das Ziel der Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam (SRV). Sie hat zahlreiche Materialien erstellt, die für Veranstaltungen, Infostände oder andere Aktivitäten empfehlenswert sind.

Neben der Herausgabe der dreimonatlich erscheinenden Zeitschrift **Vietnam-Kurier** vertritt die Freundschaftsgesellschaft (FG) Sonderbroschüren u.a. zu den Themen Kriegsfolgen, Flüchtlinge, Verhältnis Vietnam-China, Umerziehungslager und Kampuchea.

Vietnam-Studienreisen

19. Juni bis 10. Juli 85, Preis: 4650,- DM
19. Juni bis 17. Juli 85, Preis: 5460,- DM

Anmeldungen und Informationen über
Freundschaftsgesellschaft
BRD-SR Vietnam,
Duisburger Straße 46,
4000 Düsseldorf 30
Telefon (02 11) 49 01 11



Ausstellungen

Desweiteren verleiht und arrangiert die FG Ausstellungen zum Thema chemischer Krieg und Wiederaufbau in Vietnam.

Die mit großem Erfolg in mehreren bundesdeutschen Städten schon gezeigte **Sonderausstellung „Ökologische Folgen eines Krieges – zum Beispiel Vietnam“** umfaßt 63 Tafeln, 9 Großfotos, Grafiken und verschiedene Objekte, darunter Modelle von Tigerkäfigen und eines Wehrdorfes sowie Vitrinen mit Kunsthandwerk und Waffen.

Kleinere Ausstellungen zum gleichen Thema stellt die **Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam, Duisburgerstr. 46, 4000 Düsseldorf 30** ebenfalls zur Verfügung.

Postkarten/Plakate

Postkarten und Buttons mit unterschiedlichen Motiven und Schriftzügen können über die Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam bezogen werden. Sie bietet zudem ein Sortiment **Plakate** an, welche auch in größerer Auflage geliefert werden können (Preis zwischen 1,50 und 5 DM).

Filme

Ein weites Feld der Indochina-Dokumentation bietet der Film.

Bei den Filmen, die der „Filmdienst Vietnam“ zum Verleih anbietet, handelt es sich zum einen um Produktionen der 60er und 70er Jahre, also aus den Anfängen der Filmarbeit in den Ländern Indochinas, zum anderen um neue Filme vor allem von ausländischen Filmemachern. Letztere behandeln vornehmlich aktuelle Fragen der Entwicklung der letzten 5 Jahre. U.a. auch das Problem der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen, die Entwicklung in Kampuchea oder die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus in Vietnam.

Aufgrund des reichen Angebots stellen wir hier nur einige der aktuelleren Filme vor.

In zwei ungewöhnlichen Filmen versucht Günter Giesenfeld die verschiedenen Aspekte der Lebensweise Vietnams bzw. Kampucheas zu zeigen. Statt gedrängter Informationen läßt er in erster Linie die Bilder für sich selbst sprechen und veranschaulicht so die realen Probleme der dort lebenden Menschen.

Den Alltag einer Landkommune im Norden der SRV schildert der Film

Ha Bac, Sozialistische Republik Vietnam 1981, Farbe, 43 Min., deutsch.

Die Bemühungen, die verschüttete Kultur Kampucheas aus den Trümmern wieder zum Leben zu erwecken, sind Thema des Films

Schule der Schönen Künste, Kampuchea 1981, Farbe, 35 Min., deutsch.

Eine Antwort auf die ständigen Vorbehalte der Gegner der Revolution, wie Flüchtlinge und „Unterdrückung“ in Vietnam, versucht Giesenfelds neueste Produktion zu geben:

Sonst war unser Leben ziemlich normal. Umerziehungslager in Südvietnam, SRV 1984, Farbe, 30 Min., deutsch.

Welche Spätfolgen die chemische Kriegführung der USA verursachte und vor welcher nahezu unlösbaren Problemen dadurch die Bevölkerung Vietnams steht, verdeutlicht in erschütternder Weise der vietnamesische Film

Das späte Erbe. Dokumentarfilm, SRV 1983, Farbe, 20 Min., deutsch.



Napalmpfopfer Kim Phuc. Die Hilfsaktion Vietnam sammelt Spenden für eine Klinik für Napalmpfopfer (Foto aus Stern)

Drei weitere Filme neueren Datums, die ab Sommer 1985 entliehen werden können, haben die Themenstellungen:

Rückblick. 2000 Jahre Geschichte Vietnams, SRV, Regie: Nguyen Khac Vien

Die Lage der Katholiken in Vietnam

Die Zerstörung des Waldes Vietnams.

Besonders gut zur Einführung in das durch die Folgen des Krieges geprägte Land ist der bekannte Film der US-Solidaritätsbewegung, der anlässlich einer Reise von Jane Fonda nach Vietnam gedreht wurde:

Introduction to the Enemy, Vietnam 1974, Farbe, 60 Min., englisch mit deutscher Kommentarliste.

Wer den ausführlichen Katalog (kostenlos) und Filme bestellen will, wende sich an:

Filmdienst Vietnam, c/o Prof. G. Giesenfeld, Frankfurter Str. 55, 3550 Marburg, Tel. (06421) 12170.

Spenden

Viele Vietnamesen leiden noch heute an den Folgen von Napalmverbrunnungen. Eine Spezialklinik soll in Ho-Chi-Minh-Stadt gebaut werden, um vorort den Opfern der US-Aggression helfen zu können. Die **Hilfsaktion Vietnam e.V., Bismarckstr. 33, 4000 Düsseldorf 1,** hat sich gemeinsam mit anderen Organisationen dieses Projekts angenommen und bittet um Spenden:

„Klinik für die Napalmpfopfer“, Konto 1010250300 Bank für Gemeinwirtschaft (BLZ 300 101 11) oder Postscheckamt Essen, Nr. 900 40-430.

Für die materielle Unterstützung vielfältiger Projekte sammelt die Freundschaftsgesellschaft BRD-SR Vietnam, Postscheckamt Köln, Nr. 3048 88 - 509.

Seit über 10 Jahren kümmert sich die Hilfsorganisation terre des hommes in Vietnam um Waisenkinder, um kriegsverletzte, napalmverbrannte Kinder, um Kranke, Behinderte und Notleidende.

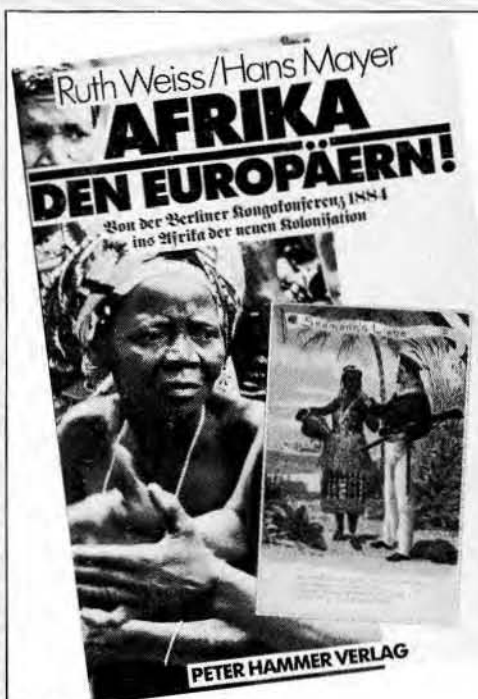
terre des hommes bittet darum, ihre partnerschaftliche Zusammenarbeit am Wiederaufbau des Landes zu unterstützen. Weitere Informationen können angefordert werden bei **terre des hommes Deutschland e.V., Postfach 4126, 4500 Osnabrück, Spendenkonto 700 bei allen Banken und Sparkassen**

Für's AIB werben lohnt sich!

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen? Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



Ruth Weiss/Hans Mayer

Afrika den Europäern

224 S., Großformat, Peter Hammer

(Nur für 2 Neuabonnenten!)

Günter Giesenfeld
Land der Reisfelder
Vietnam, Laos, Kampuchea
224 S., Pahl-Rugenstein



Kleine
Bibliothek

Pahl-
Rugenstein



Klaus Jürgen Schmidt

Leben im Reisfeld

Reportagen aus Vietnam, Laos und Kampuchea

224 S., Peter Hammer

Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Unser aktuelles Buchgeschenk

Gründungserklärung der Linken Einheit



500 000 bei der 1.-Mai-Kundgebung 1977 in Istanbul

Am 10.12.1984 gaben sechs türkische und kurdische Linksparteien ihren Zusammenschluß bekannt. Dem Bündnis, das die Bezeichnung „Linke Einheit der Türkei und Türkisch-Kurdistan“ trägt, gehören die Avantgardistische Arbeiterpartei Türkisch-Kurdistan (PPKK), die Arbeiterpartei der Türkei (TIP), die Kommunistische Partei der Arbeit der Türkei (TKAP), die Kommunistische Partei der Türkei (TKP), die Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistan (TKSP) und die Sozialistische Arbeiterpartei (TSIP) an.

Der Bildung des Bündnisses waren gemeinsame Aktionen einzelner dieser Parteien vorausgegangen. Bereits 1982 hatten die TIP, TKP und TSIP eine gemeinsame Erklärung zum 1. Mai verbreitet (Wortlaut in: AIB 4/1982, S.26). Fünf der sechs Parteien unternahmen 1984 gemeinsame Aktionen zu den Kommunalwahlen am 25. März und zum 1. Mai. Alle sechs führten zusammen eine Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen durch.

Das wichtigste Ziel der Linken Einheit ist die Vereinigung der Linkskräfte und die Bildung einer Front aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte, um die Diktatur zu stürzen. Zu diesem Zweck hat die Linke Einheit eine „Plattform zur demokratischen Zusammenarbeit“ vorgelegt (siehe Kasten). In einer Deklaration, die wir hier in Auszügen dokumentieren, nimmt die Linke Einheit Stellung zur gegenwärtigen Situation sowie zu ihren Zielvorstellungen.

Führungsmitglieder der türkischen Friedenskomitees vor einem Militärgericht



Im Ergebnis der Politik des US-Imperialismus, die darauf abzielt, eine militärische Überlegenheit zu erlangen und dadurch das Rad der Geschichte zurückzudrehen, steht die Menschheit der Gefahr ihrer Vernichtung gegenüber. (...)

Mit der Behauptung, ein begrenzter Atomkrieg sei führbar und gewinnbar, produziert er (der US-Imperialismus; d. Red.) Tag für Tag neue Erstschlag-Waffen. Trotz des von allen Völkern der Welt aktiv geführten Friedenskampfes stationiert er in Westeuropa neue US-Raketen. Und jetzt geht es ihm um die Militarisierung des Weltalls und um die Vorbereitung des „Krieges der Sterne“. (...)

Verstärkung des Friedenskampfes

Die wichtigste revolutionäre Aufgabe im internationalen Bereich ist es heute, den Friedenskampf gegen die imperialistischen Kreise, die die Menschheit mit der Vernichtung in einem Atomkrieg konfrontieren, zu stärken.

Die Politik der sklavischen Abhängigkeit vom US-Imperialismus, die die faschistische Junta macht, führt das Land zu sehr gefährlichen Entwicklungen. Der US-Imperialismus versucht, einerseits auch mit Hilfe des Krieges Iran-Irak, seine militärische Präsenz zu erweitern. Andererseits bereitet er sich unter dem Schild der Erweiterung des Verantwortungsbereiches der NATO im von ihm zum Interessengebiet erklärten Nahen Osten auf einen direkten militärischen Eingriff vor.

Der Türkei wird in dieser aggressiven Politik, die diese Region betrifft, eine besondere strategische Rolle zugeteilt. Die Regierung der USA scheut sich nicht, ganz offen zu erklären, daß sie die Türkei unter der Militärdiktatur als einen, den US-Interessen angepaßten Verbündeten sieht.

Unser Land wurde zu einem Waffenlager, mit Stützpunkten, mit zweiseitigen Verträgen und Sondergenehmigungen, zu einem Vorposten gegen den Sozia-

lismus, zu einem Sprungbrett gegen fortschrittliche Bewegungen und Regierungen in der Region gemacht. Die USA verstärken ihre Bemühungen, in der mit imperialistischen Militärbasen ausgerüsteten Türkei und in Türkisch-Kurdistan neue Atomwaffen zu stationieren. (...) Die von imperialistischen Zentren als „Türkei-Wunder“ propagierte katastrophale Wirtschaftspolitik, die angeblich die Wirtschaft in 2 Jahren auf eine sichere Bahn bringen sollte, hat nach 4 Jahren mit einer größer gewordenen Inflationsrate, einer nicht mehr zu ertragenden Lebensverteuerung, Arbeitslosigkeit, einer sich ausbreitenden Konkurswelle und einer uns bis zum Hals stehenden Auslandsverschuldung die Wirtschaft an die Grenze des totalen Verfalls gebracht. (...)

Die herrschenden Klassen in der Türkei, die einen großen Teil Kurdistans beherrschen, haben, auch in Zusammenarbeit mit den reaktionären Kräften innerhalb der kurdischen Nation, das Rad der Aus-

beutung mitleidslos weitergedreht. Sie haben gegen das kurdische Volk ständig Unterdrückung und Terror angewandt, den patriotischen Widerstand dieses Volkes blutig niedergeschlagen und ihm alle nationaldemokratischen Rechte, wie das Recht, seine eigene Sprache zu sprechen, seine Kultur zu entwickeln, aberkannt. (...)

Für eine Front der Antifaschisten

Die Gewalttätigkeit und Aggressivität der faschistischen Diktatur sind kein Ausdruck ihrer Stärke, sondern ein Ausdruck der Gespaltenheit der demokratischen Kräfte. Heute ist keine politische Kraft alleine imstande, das Land von der gefährlichen Bahn abzubringen, der faschistischen Diktatur ein Ende zu setzen und den Weg der nationalen und sozialen Befreiung zu ebnen. Deshalb müssen wir unsere Kräfte vereinen.

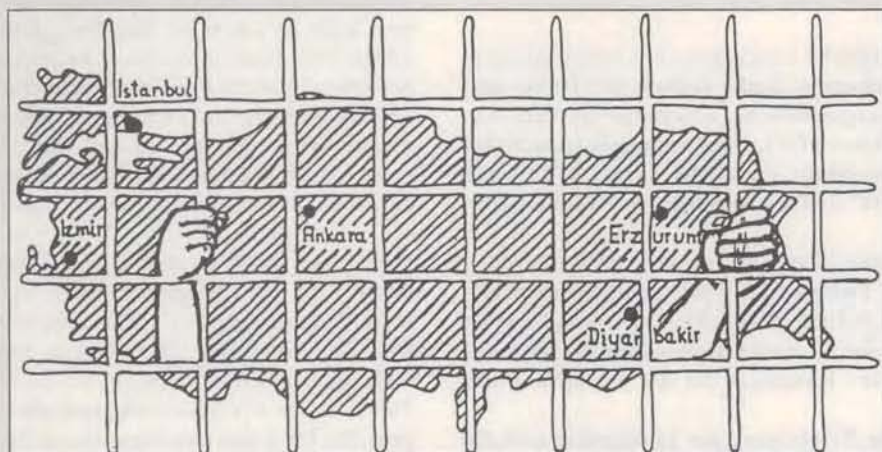
Mit diesem Verantwortungsbewußtsein,

um unsere Pflichten gegenüber unserer Arbeiterklasse und arbeitenden Bevölkerung unserer Völker zu erfüllen, um der Spaltung der linken Kräfte ein Ende zu setzen, die Einheit der breitesten demokratischen Kräfte herzustellen, die faschistische Diktatur zu stürzen, und um den Weg zur nationalen und sozialen Befreiung gehen zu können, haben wir – PPKK, TIP, TKEP, TKP, TKSP, TSIP – beschlossen, im Hinblick auf die uns vereinigenden Positionen unsere Kräfte zusammenzulegen und eine kontinuierliche Zusammenarbeit aufzubauen.

Das größte Hindernis für den Kampf unserer Völker für nationale und soziale Befreiung ist die faschistische Diktatur an der Macht. Deshalb besteht heute die dringendste politische Aufgabe darin, die faschistische Diktatur zu stürzen. (...)

PPKK, TIP, TKEP, TKP, TKSP und TSIP bezwecken die Gründung einer breiten Front der Demokratie- und Friedenskräfte. Diese Front muß zur Front aller

Plattform zur demokratischen Zusammenarbeit



Das Hauptziel der Plattform zur demokratischen Zusammenarbeit ist die Durchführung eines gemeinsamen Kampfes um die Verwirklichung der unten aufgeführten dringlichen Aufgaben:

- Die faschistische Diktatur zu beenden, ihre Marionettenregierung und ihr Marionettenparlament aufzulösen, eine Regierung bestehend aus den Vertretern der breitesten Kräfte der Demokratie und des Friedens zu gründen;
- vor allem die Verfassung, alle Unterdrückungsgesetze, die die Junta zur Institutionalisierung des Faschismus dem Volk mit Waffengewalt aufgezwungen hat, außer Kraft zu setzen; eine Verfassung, die die Grundrechte und Freiheiten garantiert, ausarbeiten;
- dem Ausnahmezustand ein Ende zu setzen, die Hinrichtungen und Folter zu stoppen;
- alle antifaschistischen demokratischen Gefangenen in den Kerkern freizulassen, eine allgemeine Amnestie zu verabschieden; (...)

- alle Grundrechte und Freiheiten, wie das Recht auf den Schutz der Person und des Hauses, die Meinungs-, Rede-, Organisations-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit u.ä. ohne Ausnahme anzuerkennen;
- das Recht auf freie Tätigkeit für alle Parteien, Gewerkschaften, demokratischen Massen- und Berufsorganisationen, mit Ausnahme der faschistischen Organisationen, anzuerkennen, ihre beschlagnahmten Eigentümer zurückzugeben; (...)
- den Staatsapparat von faschistischen, chauvinistischen Elementen und den Spionen des Imperialismus zu säubern, den von der Junta von ihrem Dienst entfernten demokratischen patriotischen Beamten die Rückkehr zu ihrem Dienst zu ermöglichen;
- der Wirtschaftspolitik, die zugunsten der imperialistischen Kreise und einer Handvoll einheimischer Monopole gemacht wird, die die Arbeiterklasse und die arbeitende Bevölkerung zu Not und Armut, die Mittelschichten zur Pleite und die Industrie zum Zusammenbruch führt, ein Ende zu setzen; eine

Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit trifft, die die Anhebung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes und eine gerechtere Verteilung des Nationaleinkommens zugunsten der arbeitenden Bevölkerung anstrebt, zu betreiben;

- die Herrschaft der Monopole auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben einzuschränken; den Zufluß vom Staatsbudget in die Monopolkassen unter Decknamen wie z.B. Förderung, Prämie, Steuerausgleich zu verhindern; die ungleichen Verträge, die mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF), mit der Weltbank, der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) und anderen ähnlichen internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen gemacht wurden und die Wirtschaft der Türkei in die Abhängigkeit vom Imperialismus bringen, zu annullieren; zu allen Ländern und Institutionen Beziehungen von gegenseitigem Nutzen herzustellen; (...)
- allen Arbeitenden uneingeschränkt Rechte auf Streik und Tarifabkommen, einschließlich des politischen Solidaritätsstreikrechts zu gewährleisten; die Aussperrung zu verbieten; den Mindestlohn auf ein den aktuellen Lebensbedingungen angepaßtes Niveau anzuheben; (...)
- dem schweren Druck und der schweren Unterdrückung der Frauen im Arbeitsleben ein Ende zu setzen; für die gleiche Arbeit gleichen Lohn, bei der Arbeitssuche und Beförderung Prinzipien der Gleichberechtigung einzuführen; dafür zu sorgen, daß die Mutterschaft von der Gesellschaft und vom Staat geschützt wird, daß Kindergärten entstehen; (...)
- eine Land- und Landwirtschaftsreform zu verwirklichen; jeder Bauernfamilie genügend Land zuzuteilen; den Bauernbetrieben zu billigen Preisen und durch Kredite mit niedrigen Zinsen Dünger, pharmazeutische Mittel, Saatgut und Maschinen zur Ver-

antifaschistischen türkischen und kurdischen, der Demokratie- und Friedenskräfte werden. (...)

Die linken Kräfte werden unabhängig davon, ob sie in der nach dem Sturz der faschistischen Diktatur zu gründenden Regierung vertreten sind oder nicht, für die Verwirklichung des demokratischen Programms dieser Regierung kämpfen. Der vom Imperialismus abhängige Kapitalismus in der Türkei ist der Hauptgrund dafür, warum die Türkei sich von strukturellen Krisen nicht befreien kann. (...) Die Ereignisse der vergangenen Zeit haben gezeigt, daß es ohne die Durchführung von tiefgreifenden antiimperialistischen, revolutionären Veränderungen nicht möglich ist, der Krise ein Ende zu setzen und die nationale und soziale Befreiung unserer Völker zu erringen. Die demokratische Volksherrschaft, die alle Abhängigkeitsverhältnisse vom Imperialismus abschafft, alle Produktions- und Umlaufmittel des Monopolkapitals vergesellschaftet und dessen ideologi-

fügung zu stellen; von der Produktion bis zur Vermarktung in jedem Gebiet die freiwillige Kooperativbildung zu unterstützen, die Mindestpreise so zu regulieren, daß sie der Arbeit des Bauern entsprechen; (...)

• der vom Imperialismus abhängigen Außenpolitik ein Ende zu setzen, eine dem Weltfrieden, dem Entspannungs- und Abrüstungskurs dienende unabhängige Außenpolitik zu betreiben; (...)

• den „Vertrag für Zusammenarbeit zur Verteidigung“, das „Übereinstimmungsdokument“ und andere gleichartige bekannte und geheime zweiseitige Verträge, die den USA die völlige Einmischung in die Angelegenheiten der Türkei und die Ausnutzung der Türkei für ihre aggressiven Pläne ermöglichen, zu annullieren;

• die Benutzung unseres Bodens als Angriffsbasis der USA und der NATO gegen die Nachbarländer zu verhindern; gegen die Initiativen zur Stationierung der Schnellen Eingreiftruppe und zur Erweiterung der bereits vorhandenen Militärbasen, gegen die Stationierung der AWACS-Spionageflugzeuge im Lande und die Versuche zur Gründung eines neuen, offenen oder geheimen, aggressiven Militärblocks in der Region aufzutreten; die zur Zeit betriebene Angriffs- und Spannungspolitik gegenüber den anderen Teilen Kurdistans und den Völkern der Nachbarstaaten aufzugeben;

• die Stationierung der neuen US-Raketen und anderen Atomwaffen in der Türkei und Türkisch-Kurdistan zu verhindern und die bereits vorhandenen abzubauen;

• gegenüber den sozialistischen Ländern eine Politik der Freundschaft und der Zusammenarbeit zu betreiben; mit den für Frieden und Abrüstung eintretenden Kräften in unserer Welt solidarisch zu sein, gegen die Spannungs- und Aufrüstungspolitik der Imperialisten einzutreten; (...)

• mit den im Nahen Osten für ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völkern solidarisch zu sein, den nationalen und demokratischen Kampf der Völker Palästinas und Kurdistans zu unterstützen; (...)

(Quelle: Türkiye Postasi, Duisburg, 14.12.1984)

sche und politische Herrschaft über das gesellschaftliche Leben beendet, die das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes anerkennt, eine tiefgreifende Landreform verwirklicht, wird den Weg zur nationalen und sozialen Befreiung unserer Völker ebnen.

Weiterhin werden nach dem Sturz der faschistischen Diktatur die revolutionären Kräfte, zu denen auch unsere Parteien zählen, ihren Kampf für die demokratische Volksherrschaft fortführen, um die oben erwähnten Ziele zu erreichen.

Einheit der Linken unabdingbar

Der Sturz der faschistischen Diktatur ist nur durch den Aufbau der Aktionseinheit und die Vereinigung der breitesten antifaschistischen Kräfte in einer Front möglich. Bei der Bildung der Aktionseinheit und der Vereinigung der breitesten antifaschistischen Kräfte in einer Front, wird die Einheit der antiimperialistischen linken Kräfte eine sehr gewichtige Rolle spielen und diesen Prozeß noch mehr beschleunigen.

Der Spaltung und Zerstretheit der linken Kräfte ein Ende zu setzen, ist heute für jeden, der sich gegenüber unseren Völkern verantwortlich fühlt, eine unaufschiebbare Aufgabe. Das Grundproblem der linken Kräfte ist die Gewinnung des Vertrauens des Volkes in einem noch größeren Maß. Und dies ist nur möglich durch die Zusammenarbeit und Aktionseinheit der linken Kräfte.

PPKK, TIP, TKEP, TKP, TKSP und TSIP sind der Auffassung, daß zwar ideologische, organisatorische und politische Differenzen in vielen Fragen zwischen den linken Kräften existieren, daß jedoch die Gemeinsamkeiten, die sie vereinen, überwiegen.

Alle diese Kräfte sind sich einig in ihrem Ziel, auf diese oder jene Weise, die Abhängigkeit vom Imperialismus zu beenden, den Kapitalismus in der Türkei zu überwinden, das Nationalitätenproblem zu lösen und einen Weg zum Sozialismus einzuschlagen.

Die Orientierung auf die Einheit zwischen den antiimperialistischen linken Kräften wird stärker. Und wir glauben, es wird nicht schwer sein, die Aktionseinheit linker Kräfte zu verwirklichen, wenn linke Kräfte die Haltung einnehmen, daß sie ihre Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen und auf der Basis der Gleichberechtigung Verhältnisse schaffen, die sich auf gegenseitiges Vertrauen berufen und an Stelle der Konkurrenz und der Tendenz zur Blockbildung, ihre Kräfte gemeinsam auf den Kampf gegen den Hauptfeind richten.

(Quelle: Türkiye Postasi, Duisburg, 14.12.1984)

Unterdrückung, Hunger, Krieg

die Folgen imperialistischer Politik

Materialien gegen den Weltwirtschaftsgipfel vom 2.-4. Mai in Bonn

Im Zusammenhang mit Überlegungen, was wir gegen den im Mai stattfindenden Gipfel unternehmen können, haben wir diese Broschüre zusammengestellt. Wir hoffen, daß sie vielen bei inhaltlichen Diskussionen, bei der Vorbereitung von Veranstaltungen und bei der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit von Nutzen ist.



Inhaltliche Schwerpunkte:

- Schuldenlast
- Krise des Neo-Kolonialismus
- Nord-Süd Dialog?
- Atom Exporte
- Hunger und Unterdrückung
- Bevölkerungspolitik
- Die Rolle der Pharmakonzerne
- Agrobusiness
- Internationale Organisationen
- Chronik der Weltw.-Gipfel
- Die Bedeutung der Gipfel

Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und Antimil-Kommission KB Göttingen
76 Seiten A 4, Preis: 5.-DM + Porto
für Wiederverkäufer 30% Rabatt

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 1945 in 34 Göttingen
oder Antimil-Kommission, c/o
Buchladen Rote Str, Rotestr.10 in
34 Göttingen

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Martin Schuck

Abstimmung gegen die Diktatur

Am 12. Februar d.J. wurden in Südkorea die neuen Abgeordneten zur Nationalversammlung gewählt. Diese Wahlen sagen zwar wenig über den Einfluß eines Scheinparlaments auf die politischen Entscheidungen in einer Militärdiktatur aus (die Politik wird nicht in der Nationalversammlung gemacht, sondern im „Blauen Haus“, dem Regierungssitz des Präsidenten Chun Doo Hwan), doch sind sie ein Barometer für die politische Stimmung in diesem Land.

Die Überraschung NKDP

Chuns regierende Demokratische Gerechtigkeitspartei (DJP) galt schon im Vorhinein als klarer Sieger.

Das ist kein Wunder, wenn man bedenkt, daß Chun die ausschließliche Kontrolle über sämtliche Massenmedien des Landes hat, oppositionelle Parteien also nur durch Mundpropaganda und Flugblätter Wahlkampf machen können. Darüber hinaus erscheinen die beiden Standbeine des Regimes, das enorme Wirtschaftswachstum und die absolute Feindschaft zum sozialistischen Nordkorea bei einem großen Teil der Wähler immer noch zuträchtig genug, der DJP ihre Stimme zu geben.

Umso erstaunlicher ist es daher, daß eine am Wahltag noch keinen Monat alte Oppositionspartei, die Neue Demokratische Partei Koreas (NKDP), statt der ihr vorausgesagten 20-25 Sitze¹ mit 29% der Stimmen gleich 50 der 184 direkt zu wählenden Abgeordnete in die Nationalversammlung entsenden kann.

Chuns DJP brachte es mit 35,4% auf 87 Sitze. Daß er trotzdem die absolute Mehrheit der 276 Sitze in der Nationalversammlung behält, verdankt er nicht zuletzt einer Wahlordnung, die die regierende Partei stark bevorteilt und in diesem Fall der DJP 61 zusätzliche Sitze einbrachte.

Es ist kein Novum, daß es einer legal zugelassenen Oppositionspartei gelingt, eine größere Anzahl von Sitzen in der Nationalversammlung zu erreichen. 1981 bekam die offiziell zugelassene und nur in Nuancen vom Kurs der DJP abweichende Demokratische Korea Partei (DKP) über 70 Mandate, die jetzt auf 35 reduziert wurden. Jedoch war 1981 die wesentlich radikalere Neue Demokratische Partei (NDP) verboten, die 500 Politiker, über die damals der „Bann“ ausgesprochen war (d.h. das Verbot jeder politischen Betätigung) kamen zumeist aus dieser Partei.

Im Zuge seiner „Demokratisierung“, mit der Chun sein Regime in der Weltöffentlichkeit salonfähig machen will, wurde nach und nach bei allen, ausgenommen 14 Politiker, der „Bann“ wieder aufgehoben.

Dadurch konnte es Mitte Januar d.J. zur Gründung der NKDP kommen, bei der auch viele Studenten, die Hauptträger der außerparlamentarischen Opposition in Südkorea sind, mitarbeiten. Immerhin ist es das erste Mal, daß in der Geschichte Südkoreas eine Partei kandidierte, die den Präsidenten öffentlich einen Militärdiktator nannte.

Wegen seiner anstehenden USA-Reise

und einiger Prestigeobjekte, wie die Austragung der Asienspiele 1986 und der Olympischen Sommerspiele 1988, kann sich Chun vor der Wahl kein Verbot ausgerechnet derjenigen Partei leisten, für die sich die weltweit sehr bekannten Oppositionspolitiker Kim Young Sam (er gehört zu den 14, die noch unter „Bann“ stehen) und der bis kurz vor der Wahl noch in den USA lebende Kim Dae Jung aussprachen.

Trotz der fehlenden Möglichkeiten zum effektiven Wahlkampf schaffte es die NKDP vor allem in den großen Städten – darunter Seoul und Pusan –, wo die Möglichkeiten zur Mobilisierung besser gegeben sind als auf dem Land, Chuns DJP klar aus dem Rennen zu werfen.

Dies ist eine empfindliche Niederlage für Chun, da gerade hier überdeutlich wird, daß unter normalen Bedingungen für ihn keine Wahl zu gewinnen wäre.

Es war aber noch ein anderer Zwischenfall, der Chun vor den Wahlen ganz beträchtlich ins Schleudern brachte.

Der 1980 verhaftete und zur Todesstrafe verurteilte – später zu 20 Jahren Gefängnis „begnadigte“ – frühere Präsidentschaftskandidat der Oppositionsparteien, Kim Dae Jung, war am 8. Februar d.J. – vier Tage vor der Wahl – aus dem US-amerikanischen Exil, wo er die letzten beiden Jahre verbracht hatte, zurückgekehrt. Noch auf dem Flughafen wurde er von Sicherheitskräften von seiner US-amerikanischen Begleitdelegation, darunter zwei Kongreßabgeordnete, getrennt und unter Hausarrest gestellt.

Der „Aquino-Faktor“

Immerhin schien das Regime den „Aquino-Faktor“² mit eingerechnet zu haben, denn Kim Dae Jung wurde entgegen den Befürchtungen ausländischer Beobachter weder ermordet noch unter Hinweis auf die verbleibenden 17 Jahre seiner Gefängnisstrafe verhaftet.

Er wurde bei seiner Rückkehr von 30.000 Anhängern empfangen, die trotz eines Polizeiaufgebots von ca. 17.000 Mann gegen die Quasi-Verhaftung demonstrierten. Dies ist mit ein Beweis dafür, daß in Südkorea noch lange keine Friedhofsruhe einkehren wird. Chuns Militärdiktatur wird sich in Zukunft auf eine durch die Wahlen zusätzlich gestärkte Opposition einstellen müssen.

Anmerkungen:

- 1) Laut: Newsweek, New York, 18.2.1985
- 2) So betitelt die Far Eastern Economic Review, Hongkong, vom 25.10.1984 den Vergleich der damals geplanten Rückkehr Kim Dae Jungs nach Seoul mit den Umständen der Ermordung des philippinischen Oppositionspolitikers Benigno Aquino, als dieser – ebenfalls aus US-amerikanischem Exil – im September 1983 nach Manila zurückkehrte.

Freude über den Wahlerfolg: NKDP-Präsident Lee Min Woo (M.) und Anhänger



Jörg Reinowski

Wahlchancen der geeinten Linken



Demonstration der Linksparteien: In der ersten Reihe die Führer der IU, darunter ihr Präsidentschaftskandidat Barrantes

Am 14. April d.J. finden in Peru vor dem Hintergrund einer schweren Wirtschaftskrise Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt, die die politische Landschaft grundlegend verändern dürften. Seit 5 Jahren regiert im Andenstaat die konservative Koalition aus Volksaktion (AP) und Christlicher Volkspartei (PPC) mit Fernando Belaúnde Terry an der Spitze (siehe: AIB 11-12/1980, S. 56f.). Er wurde am 18.5.1980 als erster ziviler Präsident nach 12 Jahren Militärrherrschaft¹ mit dem überraschenden Stimmenanteil von 45% gewählt.

Belaúnde führte damals einen stark personenbezogenen Wahlkampf ohne ausgefeiltes Regierungsprogramm. Er machte Wahlversprechen wie die Schaffung von 1 Mio Arbeitsplätzen, den Bau von 100.000 Wohnungen und die Anpassung der Löhne an die Inflationsrate.

Damals hatten die Linksparteien keinen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt. Die rechtssozialdemokratische Revolutionäre Amerikanische Volksallianz (APRA)² hatte mit der letzten Militärregierung zusammengearbeitet und vor allem den Wahlkampf gegen die Linke geführt. Also sahen viele in Belaúnde Terry das „kleinere Übel“.

Um den Schuldendienst der mittlerweile auf 13,5 Mrd Dollar angestiegenen Auslandsschuld³ tätigen zu können, „vergaß“ die Regierung nach nur einem halben Jahr ihre Versprechungen. Sie ord-

nete ihre Wirtschaftspolitik im wesentlichen dem Diktat des Internationalen Währungsfonds (IMF) unter und verfolgte in Fortsetzung der Militärregierung der zweiten Phase eine scharfe Austeritätspolitik.

Diese umfaßte folgende Kernelemente: den Versuch, die aus der ersten Phase der peruanischen Revolution stammenden Reformen zu beseitigen; die fast vollständige Aufhebung der Importbeschränkungen mit der Konsequenz einer Importsteigerung um 61% und des weitgehenden Bankrotts der nationalen, für den Binnenmarkt produzierenden Industrie; die Aufhebung der Grundnahrmittelsubventionen; die Reprivatisierung des Staatssektors und die Umwandlung verschuldeter Genossenschaften in Aktiengesellschaften.⁴

Armut nach IMF-Rezept

Ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, das mittlerweile fast auf den Stand von 1962 zurückgegangen ist,⁵ ein Anstieg der offiziellen Arbeitslosigkeit auf 12%, eine Unterbeschäftigung von 57% und eine für dieses Jahr zu erwartende Inflation von 200%⁶ bestimmen u.a. das soziale Drama Perus: Armut und Hunger insbesondere der Bauern, Verarmung weiter Teile des Kleinbürgertums und der in Lima konzentrierten unteren Mit-

telschichten sowie eine steigende Kindersterblichkeit.

Dem entspricht auf politischer Ebene eine zunehmende Anzahl von Korruptionsfällen, die Unfähigkeit der Regierung bis zum heutigen Tage die Nachwirkungen der Naturkatastrophen aus dem Jahre 1983 in den Griff zu bekommen und der Anstieg der Repression.

Seit Anfang 1983 herrscht im Departamento Ayacucho aufgrund der bewaffneten Aktionen der maoistischen Untergrundorganisation Leuchtender Pfad (Sendero Luminoso)⁷ das Kriegsrecht. Regelmäßig wird außerdem der Ausnahmezustand verhängt, vor allem um den Volkswiderstand zu erschweren, so zuletzt anlässlich des Generalstreiks im November 1984. Verhaftungen sind an der Tagesordnung.

In Ayacucho sind allein 1983 in Auseinandersetzungen zwischen Militärs und Polizeikräften (ausgerüstet mit G3-Gewehren und Logistik aus der Bundesrepublik) 2.000-3.000 Menschen ermordet worden. Amnesty International liegen Angaben über 420 Morde und 1.005 Fälle von „Verschwundenen“ vor, die mit Sicherheit auf das Konto der Staatsorgane gehen.⁸

Vor diesem Hintergrund finden am 14.4.1985 Wahlen zum Präsidentenamte, zum Senat und zum Abgeordnetenhaus statt. Bei diesen Wahlen stellt sich die Frage, ob es der Linken gelingt, mit ei-



Luli Callinicos
Die Geschichte
des südafrikanischen Volkes
Band I

Gold in Südafrika:
Schwarze Arbeit — Weißer Reichtum
 Bonn 1982, 120 Seiten, DM 19,80,
 Großformat, reich bebildert
 ISBN 3-921614-02-3

»Die engagierte südafrikanische Historikerin beschreibt vor allem die Geschichte derer, die durch ihre Arbeit das Gold zutage fördern. So ist dieses Buch auch ein Dokument der Arbeitergeschichte... Weltweit müssen Protest und ein Nein zum Gold, an dem so viel Blut klebt, hinausgeschrien werden.«

Al Imfeld in 'Die Wochenzeitung' (Zürich)

»Dies ist ein außergewöhnliches Geschichtsbuch in einem doppelten Sinne: inhaltlich und formal.«

'Zeitschrift für Entwicklungspädagogik'



Ken Luckhardt/Brenda Wall
Arbeiter gegen Apartheid
Die neue Gewerkschaftsbewegung
in Südafrika
 ergänzt und aktualisiert von Sigrud Thomsen

Bonn 1984, 138 Seiten, DM 19,80,
 Großformat, Fotos
 ISBN 3-921614-07-4

Das Buch geht von der Voraussetzung aus, daß ohne tiefere Kenntnis von der Entwicklung der schwarzen unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Solidarität mit und Verständnis für den Kampf der schwarzen Arbeiter gegen Apartheid nicht möglich sind. Die deutsche Ausgabe von 'Working for Freedom', die 1981 in englischer Sprache, herausgegeben vom Programm zur Bekämpfung des Rassismus des Ökumenischen Rates der Kirchen, erschienen ist, schreibt die Entwicklung bis 1984 fort.

Issa
Informationsstelle Südliches Afrika
 Blücherstr. 14, 5300 BONN 1

dem Wahlsieg einen revolutionären Ausweg aus der Krise zu eröffnen. Die peruanische Linke hat dafür einige wichtige Voraussetzungen geschaffen.

Vor 1977 existierte sie nur in mannigfaltigen Organisationen und Fraktionen und übte ihren Einfluß hauptsächlich über die Gewerkschaften aus. Seitdem hat sie jedoch entscheidende Schritte zur Einheit gemacht.

Der erste Schub zur Linkseinheit ist in den Jahren 1977/78 anzusiedeln.

Vor dem Hintergrund der stärksten Rezession seit den 30er Jahren nahmen die Massenbewegungen einen enormen Aufschwung, der sich auch in den beiden Generalstreiks 1977/78 ausdrückte.

Dies und der Druck der Rechtsparteien sowie der APRA veranlaßte den Präsidenten, General Morales Bermudez, Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung (Constituyente) für Juni 1978 und Präsidentschaftswahlen für Mai 1980 anzukündigen.

Der Linken war es gelungen, neben der organisierten Arbeiterbewegung, den Bauern und Studenten auch andere Gesellschaftsschichten in die Kämpfe einzubeziehen. Durch die wirtschaftliche Krise glich sich die soziale Lage der kleinen Gewerbetreibenden, der Lehrer, der Handwerker u.a. Bevölkerungskreise an die der Arbeiterklasse an.

Seinen Ausdruck fand dies auch in der Ausbreitung des Phänomens der „ambulantes“, der fliegenden Händler, Zeitungs- und Losverkäufer. Diese Verarmung und die anhaltende Landflucht führten zu einem Anwachsen der Elendsviertel (pueblos jóvenes).

Aufgrund der Aktivitäten der Linksparteien entstanden Organisationen der Bewohner der Elendsviertel, der Entlassenen, der staatlichen Angestellten und die regionalen Fronten zur Verteidigung der Interessen des Volkes (FEDIPs). Andere Massenorganisationen wie der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Werktätigen Perus (CGTP), der Lehrerverband SUTEP, die Bauernkonföderation Perus (CCP) und die Nationale Agrarkonföderation (CNA) konnten ihre Mitgliederzahlen erhöhen.

Der Einfluß anderer Gewerkschaften, des von der APRA kontrollierten Gewerkschaftsbunds der Werktätigen Perus (CTP), des von den Militärs gegründeten Bunds der Werktätigen der Peruanischen Revolution (CTRP) und des christdemokratischen Nationalen Bunds der Werktätigen (CNT), ging zurück.

Doch die Schwäche der Linken blieb ihre Zersplitterung sowie die mangelnde Koordination der gewerkschaftlichen Kämpfe.

Nichtsdestotrotz konnten die getrennt kandidierenden Parteien der Linken bei

den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung im Jahr 1978 30% der Stimmen auf sich vereinigen, während die APRA 37% erhielt. Nach dem Abflauen der Volkskämpfe und wegen der Unfähigkeit sich zusammenzuschließen, ging der Wähleranteil der Linksparteien bei den Präsidentschaftswahlen 1980 jedoch auf 17% zurück.

Eine wichtige Konsequenz aus dieser Niederlage war der Zusammenschluß von acht größeren Linksparteien zur Vereinigten Linken (IU), die im November 1980 bei den Kommunalwahlen be-

Präsidentschaftskandidat

In einem Anfang 1985 gemachten Interview erläutert Alfonso Barrantes, Vorsitzender und Präsidentschaftskandidat der Vereinigten Linken (IU), die Politik seines Bündnisses.

FRAGE: Wie würden Sie die Koalition charakterisieren, der Sie vorstehen, und wie erklären Sie sich ihre Unterstützung durch das Volk?

A. BARRANTES: Die Vereinigte Linke — IU für Izquierda Unida — ist eine Front aus acht Parteien; einige sind marxistisch, andere nicht. (...) Die Ursache für den Erfolg der IU ist unsere Einheit. (...)

Im Gegensatz zu früher haben wir versucht, das zu fördern, was uns zusammenbringen konnte. Unser gemeinsamer Bezugspunkt ist José Carlos Mariategui. Und wie er sagen wir, daß der Sozialismus in Lateinamerika nicht die Kopie anderer Modelle sein wird. (...)

FRAGE: Den Umfragen zufolge werden Sie im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen im Mai d.J. vertreten und Ihr Gegner wird der Kandidat der Revolutionären Amerikanischen Volksallianz (APRA), Alan García, sein. Wie stehen Sie zu dieser Partei? Manche reden von einer möglichen Annäherung zwischen der APRA und der IU.

A. BARRANTES: Wenn die Umfragen voraussagen, daß die Kandidaten dieser beiden



Kundgebung der Vereinigten Linken

reits 24% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Lediglich die trotzkistischen Parteien — auch sie nicht ohne Einfluß — blieben dem Bündnis, das bis 1983 über kein gemeinsames Programm verfügte, fern.

Auf den ersten Blick handelt es sich bei der IU um ein sehr heterogenes Bündnis, dem sowohl Parteien als auch Einzelmitglieder angehören. „Die Originalität unserer Erfahrung“, so der Präsidentschaftskandidat der IU und Bürgermeister der Hauptstadt Lima, Alfonso Barrantes, „besteht in der Tatsache, daß sich

in der Front neben der prosovjatischen Kommunistischen Partei jene Partei befindet, die Peking nahe ist.“⁹

In der Tat läßt sich das Bündnis grob in zwei Tendenzen unterteilen, die sich aber immer mehr annähern. Auf der einen Seite befinden sich die Peruanische Kommunistische Partei (PCP), die Revolutionäre Sozialistische Partei (PSR), die sich in der Tradition der ersten Phase der peruanischen Revolution sieht, und die Front der Arbeiter, Bauern und Studenten Perus (FOCEP).

Die PCP verfügt über bestimmenden Ein-

fluß in der mit mehr als 1 Mio Mitgliedern größten Gewerkschaft des Landes CGTP.

Der zweiten Tendenz gehören fünf Parteien an, die sich aus Organisationen entwickelten, die in den 60er Jahren entstanden und maoistische Positionen einnahmen. Es handelt sich dabei um die Kommunistische Partei Perus „Rotes Vaterland“ (PCdEP) und die Revolutionäre Avantgarde — Proletarisch/Kommunistisch (VR-PC), die in der Vereinigung der Revolutionären Linken (UNIR) zusammengeschlossen sind, die Revolu-

Alfonso Barrantes Wir wollen das Land „peruanisieren“

Gruppierungen im zweiten Wahlgang vertreten sein werden, so ist dies darauf zurückzuführen, daß sie der politische Ausdruck der Volksmassen sind. Es gibt eine lange antiapristische Vergangenheit innerhalb der Linken. Und umgekehrt lehnte man in der APRA lange Zeit die Linke ab.

Dennoch existieren in der Tat auf der einen und der anderen Seite Kreise, die eine Annäherung erreichen wollen. Was uns betrifft, so haben wir nichts gegen einen Dialog einzuwenden. Übrigens stimmen manchmal die Meinungen der Apristen und unsere auf der Ebene des Parlaments und der Gemeinden überein.

Aber ich muß sagen, daß die ausgeprägt anti-kommunistische Kampagne Alan Garcias diesen Dialog nicht gerade fördert. (...)

FRAGE: Sie werden nach Ihrem möglichen Wahlsieg vor einer schwierigen wirtschaftlichen Situation stehen. Gegenwärtig beläuft sich die Auslandsverschuldung auf mehr als 12 Mrd Dollar und der Schuldendienst lastet schwer auf dem Staatshaushalt.

Wie wollen Sie an dieses Problem herangehen unter Berücksichtigung der Interessen des Volkes? Was verstehen Sie darunter, Peru zu „peruanisieren“?

A. BARRANTES: Zunächst denken wir daran, vom Internationalen Währungsfonds

ein Moratorium für mindestens 5 Jahre zu fordern. Dann werden wir eine Umschuldung vorschlagen.

Diese Maßnahmen müssen jedoch mit anderen Schuldnern abgestimmt werden, damit wir zusammen den Gläubigern die Stirn bieten können. Dann stellt sich die Frage, wie die geliehenen Gelder eingesetzt werden. In unseren lateinamerikanischen Ländern haben viele Regierungen sie nur zum Nutzen der herrschenden Klasse eingesetzt. (...)

Die Verarmung nimmt täglich größere Ausmaße an. Obendrein, um die Preise für Milch und Kartoffeln halten zu können, vernichtet die Regierung diese Produkte, während tausende Menschen nichts zu essen haben. Peru, vorwiegend ein Agrarland, muß heute Nahrungsmittel importieren!

Dies alles ist die Folge einer zentralistischen Politik, die zu einer umfangreichen Landflucht geführt hat und das Phänomen der fliegenden Händler hervorgebracht hat. Um diese Entwicklung umzukehren werden wir die Nahrungsmittelproduktion steigern, das Lebensniveau der Bauern verbessern und die Nahrungsmittelimporte verringern...

In diesem Zusammenhang möchte ich hinzufügen, daß die IU die nationale Industrie unterstützt, die durch die Politik der gegenwärtigen Regierung stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. In dem sie die Zollbarrieren senkte, hat sie es gestattet, daß der peruanische Markt mit ausländischen Waren überschwemmt wurde. All diese Maßnahmen, die wir treffen, werden, nenne ich die „Peruanisierung“ Perus.

FRAGE: Werden Sie auf dem Lande nicht auf einige Schwierigkeiten bei der Verwirklichung Ihres Programms stoßen? Ich denke an die Guerilla des Leuchtenden Pfades.

A. BARRANTES: Ich möchte mich in diesem Punkt deutlich ausdrücken. Der Leuchtende Pfad ist für uns keine Guerillabewegung, er ist eine terroristische Gruppe. Man kann im Namen des Sozialismus nicht solche barbarischen Akte begehen, wie der Leuchtende Pfad es tut.

Wissen Sie, daß ein Bürgermeister unserer Front vor einigen Monaten in Tayabamba vom Leuchtenden Pfad ermordet wurde? Die Angriffe überraschen uns nicht. Für uns ist der Leuchtende Pfad die peruanische Version der Erfahrung mit Pol Pot in Kambucha.

Aber es ist noch schlimmer. Der Leuchtende Pfad bekennt sich nicht zu seinen Aktionen. Deshalb weiß man heute nicht mehr, wer die „apagones“ (durch Attentate verursachte Stromausfälle) verursacht und wer die Mor-



de an unseren Mitbürgern begeht. Man weiß nicht mehr ob es der Leuchtende Pfad, die extreme Rechte oder die CIA ist...

FRAGE: Wie würden Sie das Problem nach Ihrer Wahl anpacken? Wären Sie bereit, den Dialog mit dem Leuchtenden Pfad zu beginnen?

A. BARRANTES: Man hat auf der Linken viel von der Notwendigkeit eines Dialogs geredet, aber ebenso wie die Sprecher der Regierung mag der Leuchtende Pfad keine Verhandlungen. Wie wollen Sie einen Dialog herstellen, wenn Ihr Gesprächspartner nicht reden will oder sich taub stellt?

Wir haben jedoch Lösungen. Wir schlagen für Ayacucho, die Region, die am meisten vom Terrorismus betroffen ist, die Bildung einer regionalen Bewegung vor, an der sich die Gewerkschaften und die Berufsorganisationen beteiligen würden.

Man muß die Bevölkerung dieser Region, die unter einer doppelten Terrorherrschaft lebt, der des Leuchtenden Pfades und der der Unterdrückungsorgane, erlösen. (...)

FRAGE: Welche Außenpolitik wird schließlich die IU, besonders bezüglich der Mittelamerikafrage verfolgen?

A. BARRANTES: Unsere Regierung wird antiimperialistisch und nichtpaktgebunden sein. (...)

Wir bekräftigen unsere bedingungslose Unterstützung für die nikaraguanische Revolution. Ich kann Ihnen bereits jetzt sagen, daß wir die Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe unterstützen und darum bitten werden, ihr beizutreten.

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 340, 28.1.1985, S. 46-47)



tionäre Kommunistische Partei (PCR), die Revolutionäre Avantgarde (VR) und die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR). Die drei letzten Organisationen sind dabei, sich in der Vereinigten Mariateguistischen¹⁰ Partei (PUM) zusammenzuschließen.

Diese Parteien verfügen im Unterschied zu maoistischen Sekten in der Bundesrepublik über beträchtlichen Masseneinfluß. Sie kontrollieren den Lehrerverband SUTEP, die Bergarbeitergewerkschaft, den Studentenverband FEP, die Bauern- und Landarbeiterorganisationen CGP und CNA und mehrere Einzelgewerkschaften.

Dieser Masseneinfluß und die gemeinsamen Kämpfe und Diskussionen mit anderen Linksorganisationen haben zur Übernahme von realistischeren Positionen geführt. Dazu trug auch die Korrektur von Fehlern der PCP und der Einheitskurs dieser Partei bei.

Sie erkennen heute im US-Imperialismus den Hauptgegner und orientieren auf die Einheit der Gewerkschaften.

So wurde z.B. 1981 die SUTEP in die CGTP aufgenommen. Auch in Fragen wie der Bedeutung der Wahlen, der Rolle des bewaffneten Kampfes und des Weges zum Sozialismus findet eine gegenseitige Annäherung statt.

Dies führte dazu, daß im März 1983 ein Programm der IU verabschiedet wurde, das folgende wesentliche Punkte enthält:

- Für eine demokratische, antiimperialistische Volksregierung auf dem Weg zum Sozialismus, gestützt auf die Asambleas Populares (Volksversammlungen), die FEDIPs und die rondas campesinas (bewaffnete Selbstverteidigungsorganisationen);
- Nationalisierung der ausländischen Unternehmen und der der einheimischen Großbourgeoisie;
- Entwicklung der Landwirtschaft als Grundlage einer nationalen Industrie;
- Agrarreform;
- Demokratisierung der Armee;
- Dezentralisierung der Verwaltung und der Wirtschaft;
- Gleiche Rechte für Frau und Mann, Beschäftigung für alle, Sozialversicherung, kostenlose medizinische Betreuung;
- Schutz der kulturellen Eigenständigkeit der Quechua, Aymara und der anderen nationalen Minderheiten;
- Internationale Solidarität.¹¹

Das Abschneiden der IU bei den Wahlen hängt davon ab, inwieweit sie es versteht, das Potential der Massenbewegungen (allein 7 Generalstreiks unter der Belaúnde-

Regierung!) politisch zu wenden, indem sie den Verteidigungskämpfen des Volkes eine revolutionäre Perspektive aufzeigt.

Die tatsächliche Dauerhaftigkeit der Lernprozesse und der Erfahrungen, die das Volk in seinem einheitlichen Handeln machte, wird ein bestimmender Faktor sein. Außerdem wird der Wahlausgang auch davon beeinflußt, inwieweit die IU-Strategie, ein Bündnis zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten unter Einbeziehung „aller progressiven und demokratischen Kräfte“ zu bilden, aufgeht und so ein Militärputsch erschwert wird.

APRA-Sieg mit rechten Stimmen?

Ein weiterer Faktor ist, ob es der IU gelingt, den Antikommunismus der APRA zu neutralisieren. Ihre Strategie besteht darin, mit dem rechten Flügel um Alan García, dem Präsidentschaftskandidaten der APRA, die nationale Bourgeoisie und mit dem radikaleren Flügel um Armando Villanueva die unteren Mittelschichten, das Kleinbürgertum und große Teile der Arbeiter und Bauern an sich zu binden.

Daß es möglich ist, diese Strategie zu durchkreuzen, hat die Kommunalwahl im November 1983 gezeigt, bei der die IU ihren Stimmenanteil auf 31% ausbaute. Mit 35% wurde in Lima der unabhängige IU-Kandidat Alfonso Barrantes (siehe Kasten) zum ersten marxistischen Bürgermeister der Hauptstadt gewählt. Die APRA liegt bei Wählerumfragen vorn, dicht gefolgt von der IU. Allgemein wird prognostiziert, daß keine der beiden Gruppierungen die beim ersten Wahlgang erforderlichen 50% erreichen wird, so daß im Mai/Juni 1985 ein zweiter Wahlgang fällig würde.

Dabei wird es sich die Rechte nicht nehmen lassen, einen IU-Sieg durch eine Wahlunterstützung der APRA zu verhindern, zumal Alan García mit seiner Absage an ein Bündnis mit der IU dafür eine Voraussetzung geschaffen hat. Dritte Kraft würde ein Zusammenschluß der PPC und der Bases Hayistas¹², einer Rechtsabspaltung der APRA. Abgeschlagen bliebe die AP und die Demokratische Front der Nationalen Einheit von General Morales Bermudez.

Geht die APRA bei diesen Wahlen als Sieger hervor, ist es äußerst fraglich, ob sie mit ihren sozialdemokratischen Konzepten den Problemen des Landes Herr werden kann. Da sie nicht bereit ist, die Interessen der ausländischen Konzerne und der inländischen Großbourgeoisie anzutasten, wird es ihr unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise kaum gelingen, die wirtschaftliche und soziale Not des Volkes zu lindern.

Peru-Daten

Territorium: 1.285.216 qkm (fünfmal größer als die BRD)

Einwohner: 18,8 Mio (1982); ethnische Hauptgruppen: 49% Indios (Quechuas, Aymaras u.a.), 37% Mestizen, 13% Weiße

Hauptstadt: Lima, mit 3,97 Mio Einwohnern (1981)

Religion: 95% Katholiken

Sprache: Spanisch, Quechua und Aymara
Währung: Sol; 1 Sol = 0,00055 DM (Dezember 1984)

Wirtschaft und Soziales: Das Bruttosozialprodukt betrug 1982 1.310 Dollar pro Kopf. Struktur des Bruttoinlandsprodukts: 8%

Landwirtschaft; 39% Industrie; 53% Dienstleistungen.

Wichtigste Ausfuhrüter sind Kupfer und andere Bergbauerzeugnisse sowie Fische und Fischmehl. Wichtigste Handelspartner sind die USA, Japan und die BRD. Die Auslandsverschuldung beträgt 13,5 Mrd Dollar (Anfang 1985).

Die Lebenserwartung liegt bei 58 Jahren, die Analphabetenrate bei 20%, die Arbeitslosenrate bei 12%, die Unterbeschäftigung bei 57% und die Inflation bei 200%. Die Reallohne sanken von 1980-84 um 40%.

Geschichte:

- 1438 Gründung des Inkareiches
- 1530 Beginn der spanischen Eroberung durch Pizarro
- 1780 Größter Indioaufstand unter Tupac Amaru II
- 1821 Unabhängigkeitserklärung
- 1968 Putsch progressiver Militärs unter J. Velasco Alvarado. Agrarreform und Verstaatlichung der US-Erdölgesellschaften, der Fischindustrie und der Grundstoffindustrie in den Jahren bis 1975
- 1975 Regierungsübernahme durch Morales Bermudez. Schrittweiser Abbau des Reformprozesses
- 1978 Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung
- 1980 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Wahlsieg der Rechtsparteien. Belaúnde Terry wird Präsident. Gründung der Vereinigten Linken (IU)
- 1983 Die IU gewinnt das Bürgermeisteramt von Lima bei den Kommunalwahlen



Damit würden die Chancen der IU steigen, in den nächsten Jahren die Macht zu übernehmen, falls sie ihren Vereinheitlichungsprozeß fortsetzen und einen Militärputsch verhindern kann.

Anmerkungen:

- 1) Progressive Militärs unter General Velasco Alvarado hatten 1968 die Macht übernommen. In der ersten Phase der peruanischen Revolution (1968-75) wurden eine Agrarreform durchgeführt, Verstaatlichungen vorgenommen und genossenschaftliche Produktionsformen gefördert. Ziel war es, das Land von den multinationalen Konzernen unabhängiger zu machen, die nationale Industrie zu fördern und die Einkommen der unteren Schichten zu verbessern. 1975 wurde Velasco von rechten Militärs unter Morales Bermudez abgelöst. In der zweiten Phase der peruanischen Revolution (1975-80) wurden die meisten Errungenschaften der ersten Phase wieder rückgängig gemacht.
- 2) Die APRA wurde 1924 von Haya de la Torre gegründet. Sie stand ursprünglich auf antiimperialistischen Positionen, entwickelte sich aber immer mehr zu einer Rechtspartei. Heute versucht sich die APRA ein sozialdemokratisches Profil zu geben und arbeitet eng mit der Sozialistischen Internationale zusammen.
- 3) Siehe: El Pais, Madrid, 3.3.1985
- 4) Vgl. Lateinamerika, Analysen und Berichte 5, Hrg.: V.Bennholdt-Thomson u.a., Berlin (West) 1981, S. 341
- 5) Nach: El Diario, Lima, 24.10.1984
- 6) Nach: Latin America Weekly Report, London, 22.2.1985
- 7) Die Kommunistische Partei Perus „Leuchtender Pfad“, kurz Leuchtender Pfad genannt, ist eine maoistische bewaffnete Organisation, die sich 1969 von der ebenfalls maoistischen Kommunistischen Partei Perus „Rote Fahne“ abspaltete. Es handelt sich um eine rein militärische Organisation, die über keine Massenorganisation verfügt und jegliche Zusammenarbeit mit anderen Linksparteien und Verhandlungen ablehnt. Ihre Kader (vermutlich 1.500-3.000) sind meist Studenten, die aus dem ländlichen Kleinbürgertum und der mittleren und kleinen Bauernschaft des Departements Ayacucho stammen. Seit 1979 führt der Leuchtende Pfad den bewaffneten Kampf. In Ayacucho, das zu den ärmsten Gebieten Perus zählt und von der Regierung vernachlässigt wird, gewann er zunächst wegen seiner Anschläge gegen verhaßte Großgrundbesitzer und Politiker Sympathien unter der Landbevölkerung. Als er die Bauern jedoch zwang, für ihn zu produzieren und widerstrebende Gemeindeführer und Bauern tötete, verringerte sich sein Einfluß. Der Leuchtende Pfad schreckt selbst davor nicht zurück, Angehörige der IU zu ermorden.
- 8) Angaben nach: ai informationen, Bonn, Nr. 2, Februar 1985
- 9) Afrique-Asie, Paris, Nr. 340, 28.1.1985
- 10) José Carlos Mariátegui (1894-1930) war einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker Lateinamerikas. Er gründete 1928 die Sozialistische Partei Perus, aus der 1930 die Kommunistische Partei hervorging. Alle Parteien der IU, bis auf die PSR, berufen sich heute auf seine Ideen.
- 11) Vgl. Lateinamerika Nachrichten, Berlin (West), Nr. 122, Januar 1984
- 12) Benannt nach Haya de la Torre, Begründer der APRA und ihr charismatischer Führer bis zu seinem Tod im Jahr 1979.



Dith Pran konnte den „Todesfeldern“ Pol Pots entrinnen

Kampuchea-film „Schreiendes Land“

Wir schreiben das Jahr 1973. In Kambodscha – wer erinnert sich daran schon noch – herrschen die US-Amerikaner und das Lon-Nol-Regime.

Sidney Schanberg, ein rasender Reporter, der für die New York Times aus Kambodscha berichtet, erfährt über seinen Assistenten Dith Pran von einem amerikanischen B-52-Bomber, der irrtümlich 20 oder noch mehr Tonnen Bomben auf die dicht bevölkerte Flußstadt Neak Luong abwarf.

Die Botschaft und die Militärs der USA versuchen die Angelegenheit herunterzuspielen. Mit Hilfe von Pran gelingt es Schanberg jedoch, nach Neak Long vorzudringen und in der New York Times über eines der zahlreichen Massaker der USA in Südostasien zu berichten.

2 Jahre später fällt Phnom Penh. Und wieder ist Sidney Schanberg wagemutig genug, in der von den Amerikanern verlassenen Stadt zu verbleiben, um den Einziger der Khmer beobachten zu können.

Als einer der wenigen erlebt er die Evakuierung einer Millionenbevölkerung aufs Land durch Pol Pot und seine Anhänger. Schanberg und Pran können sich in das französische Konsulat retten. Dort werden sie jedoch getrennt, weil die Franzosen alle Kambodschaner an die neuen Machthaber in Phnom Penh ausliefern.

Während Schanberg nach New York zurückkehrt und nicht untypisch für seine erfolgreiche Arbeit mehrere Preise erhält, landet Pran in einem Arbeitslager Pol Pots, wo er alle Grausamkeiten der Roten Khmer, die der erstaunten Weltöffentlichkeit erst später bekannt werden, überlebt und sich schließlich 1979 nach Thailand durchschlagen kann.

Soweit zum Inhalt des Films „Schreiendes Land“ von dem englischen Regisseur Roland Joffé, der gleichzeitig dokumentierte Wirklichkeit ist, denn Schanberg und Pran sind lebende Personen.

Wie jeder Film über den Krieg, so kommt auch „Schreiendes Land“ nicht umhin, die Brutali-

tät des modernen Kriegs zu zeigen. Er tut dies jedoch in einer Weise, die mir äußerst fragwürdig erscheint.

Der Zuschauer wird in Cinemascope und in Stereo-Dolby mit einer wahren Blutorgie von Terror und Gegenterror konfrontiert, die in keinem Verhältnis mehr zur eigentlichen Absicht des Films steht, die Tragödie eines Landes im Fadenkreuz der USA und der Roten Khmer zu offenbaren. Gewalt bzw. ihre gelungene filmtechnische Ästhetisierung müssen so zwangsläufig in die Sackgasse eines sich daran gewöhnenden Zuschauers führen.

Auch in anderer Hinsicht ist der Film bedenklich. Während die Amerikaner als Menschen, die töten, dargestellt werden, erscheinen die Roten Khmer als eine Horde wilder Bestien, die das Töten aus einem infernalischem Trieb heraus betreiben und deren „Urlaute“ man im Film erst gar nicht synchronisieren oder untertiteln muß.

Nur in seinem mittleren Teil rückt der Action-Film von den alles überschattenden Gewaltdarstellungen ab. Schanberg, der vom Schicksal Begünstigte, kümmert sich in New York um Prans geflüchtete Familie und macht sich auf die Suche nach seinem ehemaligen Assistenten.

Zum ersten Mal bekommt auch der Mythos vom guten und gerechten amerikanischen Journalisten, der die Wahrheit sucht, einen „Film“-Riß. Ein Kollege wirft ihm bei einer Preisverleihung vor, daß er Pran nicht rechtzeitig außer Landes gebracht habe.

Im Stil des Hollywood-Kinos wird der Zuschauer in der Schlußszene jedoch wieder mit Schanberg veröhnt. Unter den Klängen von John Lennons „Imagine“ treffen sich Schanberg und Pran in einem Flüchtlingslager in Thailand und auf die auf Absolution angelegte Frage Schanbergs „Wirst Du mir verzeihen?“ antwortet Pran mit gewolltem asiatischem Gleichmut: „Es gibt nichts zu verzeihen.“

Hans Mayer

Frauen in Kuba und Nikaragua

In Mittelamerika haben zwei Länder nach dem Sieg ihrer Befreiungsbewegungen über eine proimperialistische Diktatur mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaft begonnen: Kuba seit 1959, Nikaragua seit 1979. Vieles hat sich seitdem verändert. Auch die Frauen haben dabei in ihrem Kampf um Gleichberechtigung entscheidende Schritte zurückgelegt, wenngleich sie längst noch nicht am Ziel angelangt sind.

Den Veränderungen des alltäglichen Lebens der Frauen in den beiden Ländern gehen zwei im letzten Jahr erschienene Bücher nach:

Lisa Luger/Bärbel Sulzbacher, SOMOS. Nicaraguas Frauen zwischen Alltag und Befreiung, FDCL, Berlin-West 1984, 286 S., 12,80 DM. Frauen in Cuba. Interviews, Berichte, Aufsätze, rotpunktverlag, Zürich 1984, 171 S., 18 DM.

Somos – Wir sind. Dies ist der Name der Zeitschrift der Frauenorganisation AMNLAE – Ausdruck eines neuen Selbstbewußtseins. Die Autorinnen wählten ihn als Titel ihres Buches, in dem Frauen aus Nikaragua von sich selbst erzählen, von ihrem täglichen Leben, ihrem Beruf, ihrem politischen Engagement, ihrer Familie und ihren Beziehungen zu Männern. Zur besseren Beurteilung der Situation der Frauen im heutigen Nikaragua wurde den Interviews ein kurzer Überblick über die Lebensbedingungen der Frauen unter der Somoza-Diktatur, über ihre Beteiligung am Widerstand und die mit der Regierungsübernahme der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) eingeleiteten politischen und rechtlichen Veränderungen vorangestellt.

Die Autorinnen befragten bewußt keine bekannten Persönlichkeiten, sondern Landarbeiterinnen, Hausangestellte, Prostituierte oder Lehrerinnen. Die Gespräche haben meist ein bestimmtes Schwerpunktthema: die Frauenorganisation AMNLAE, die Gesundheitsversorgung, die Situation der Frauen auf dem

Land, die Prostitution, das Erziehungswesen, Frauen in technischen Berufen, Hausangestellte, Kirche, Frauen in der Verteidigung, das Bild der Frau in der nikaraguanischen Gesellschaft. Zusätzliche Informationen über die allgemeine Situation ergänzen die Interviews.

Die Veränderungen seit 1979 werden deutlich. Die Revolution schuf zumindest die rechtlichen Voraussetzungen für die Beteiligung der Frau am politischen und wirtschaftlichen Leben. Trotz des häufigen Widerstands ihrer Männer arbeiten die Frauen in den unterschiedlichsten Bereichen mit: im Stadtteilkomitee, in der Frauen- oder Jugendorganisation, in der Miliz, bei den Gesundheitskampagnen, bei der Alphabetisierung.

Aber das Buch zeigt auch, mit welchen Schwierigkeiten die Frauen immer noch zu kämpfen haben. Die aufgrund der Notwendigkeit der Verteidigung sich ständig verschlimmernde wirtschaftliche Situation verhindert die Durchführung sozialer Programme wie z.B. Gemeinschaftsküchen oder -wäschereien, Kindergärten, Vorschulen und Ausbildungsprojekte. Eine Entlastung der Frau, die häufig von Haushalt, Kindererziehung, Beruf und politischen Aufgaben völlig in Anspruch genommen wird, oder besondere Frauenprojekte werden zum Teil dadurch verhindert. Frauenspezifische Forderungen werden angesichts der angespannten politischen und militärischen Situation zurückgestellt.

Auf die vielleicht schwierigste Aufgabe, die Überwindung des „machismo“, der lateinamerikanischen Variante des Männlichkeitswahns, kommt fast jede der befragten Frauen zu sprechen. Hier geht es nicht nur um die Bewußtseinsveränderung der Männer, bei denen selbst die am revolutionären Prozeß Beteiligten ein Engagement ihrer Frauen oft mißtrauisch gegenüberstehen. Sondern auch bei den Frauen, die die geschlechtsspezifischen Verhaltensmuster seit frühester Kindheit ver-

innerlicht haben, wird sich noch einiges ändern müssen. „...klar, das geht nicht von heute auf morgen. Der 'machismo' wird sich eher noch verstärken, wenn die Frauen anfangen sich zu engagieren, wenn sie in die Miliz gehen oder in die Verteidigungskomitees.

Dann fängt der Mann an zu klagen, daß seine Frau ihn nicht mehr bedient, daß sie nicht mehr zuhause bleibt und auf ihn wartet.“

(S.210) „Nein, das geht nicht so schnell, sondern nach und nach, und irgendwann wird der 'machismo' nur noch eine schlechte Erinnerung sein.“ (S.212)

Daß eine Revolution nicht automatisch die Befreiung der Frau beinhaltet, wohl aber bessere Ausgangsbedingungen u.a. auch für die Überwindung des „machismo“ bietet, zeigt auch das Buch „Frauen in Cuba“. Ebenso wie „SOMOS“ besteht dieses Buch vor allem aus Interviews, denen ein recht knapper historischer Überblick und ein Kapitel über die wichtigsten wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Veränderungen für Frauen seit 1959 vorausgeht.

Die Interviews von Inger Holt-Seeland entstanden Anfang der 80er Jahre. Sie sprach mit Bäuerinnen einer Kooperative, einer Hausfrau in Havanna, einer Studentin, der Geschäftsführerin einer Textilfabrik und einer ehemaligen Arbeiterin einer Tabakfabrik. So sehr sich in diesen Interviews das Selbstbewußtsein der Frauen und ihr Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten ausdrückt, so zeigt sich auch, wie häufig altes Rollenverhalten beibehalten wurde.

Obwohl z.B. der Mann gesetzlich zur Mitarbeit im Haushalt verpflichtet ist, hat sich dies in der Praxis kaum wirklich durchgesetzt. „Also ... ein bißchen helfen sie ja immer ... das Dumme daran ist, daß es dabei bleibt, und wir ihnen für diese Hilfe auch noch dankbar sein müssen, so, als würden sie uns damit einen Gefallen tun. Der Haushalt bleibt immer noch Pflicht der Frau.“ (S.35)

Neben diesen neueren Interviews enthält das Buch auch einige Anfang der 70er Jahre von Margret Randall geführte Interviews, die jedoch nach wie vor interessant und informativ sind. Frauen in sehr unterschiedlichen Lebenssituationen werden befragt: Frauen aus der Ciénaga, vor 1959 eines der rückständigsten Gebiete Kubas, Frauen bei der Zuckerrohrernte, ehemalige Prostituierte.

Aber auch Frauen, die im politischen und kulturellen Leben Kubas eine wichtige Rolle spielen: Vilma Espín, Gründerin und Präsidentin der kubanischen Frauenorganisation FMC, über deren Entstehung und Aufgaben sie berichtet; Alicia Alonso, Primaballerina und Direktorin des international anerkannten kubanischen Nationalballets; Haydée Santamaría, deren Name seit ihrer Beteiligung beim Angriff auf die Moncada-Kaserne, mit dem 1953 der bewaffnete Kampf gegen das Batista-Regime begann, und durch die von ihr geschaffene Kulturinstitution der „Casa de las Americas“ eng mit der kubanischen Revolution verbunden ist.

Abgeschlossen wird das Buch mit einem kurzen Beitrag von Monika Krause, Koordinatorin der Arbeitsgruppe Sexualerziehung in einer Kommission der kubanischen Nationalversammlung, über den veränderten Umgang mit Sexualität und Sexualerziehung.

Durch die Darstellung der Lebensumstände und Probleme der Frauen in diesen beiden Ländern wird einerseits deutlich, daß die Revolution die Voraussetzungen für die Befreiung der Frau schafft. Andererseits wird aber auch klar, daß sich die Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen nicht automatisch durchsetzt, sondern noch einen langen Kampf und Aufklärungsarbeit vor allem unter den Frauen selbst erfordert. Ute Kampmann



9. BUKO

In Freiburg findet vom 16.-19. Mai 1985 der 9. Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) statt. Der diesjährige Kongreß dieses Zusammenschlusses von Dritte-Welt- und Solidaritätsgruppen wird das Thema „Ökologie und Dritte Welt“ behandeln.

In 12 Arbeitsgruppen werden die ökologischen Auswirkungen der Waldabholzung, der Atomtechnologie, des Giftexports und der Großtechnologie diskutiert. Weitere Themen sind Bevölkerungswachstum, Agroindustrie und ökologischer Landbau, Raubbau an Bodenschätzen, Verstädterung, Umweltpolitik sowie die ökologische Krise im Amazonas-Becken und im Pazifik. Zusätzlich werden mehrere Workshops stattfinden.

Der Teilnehmerbeitrag beträgt 90 DM für Nichtmitglieder und 70 DM für Mitglieder. Anmeldungen bis zum 20.4.1985 an BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50.

Weltjugendfestspiele

Ende Februar d.J. veröffentlichten die im Gemeinsamen Arbeitsausschuß 12. Weltjugendfestspiele (GAA) vereinten bundesdeutschen Jugend- und Studentenvereinigungen einen gemeinsamen Aufruf zum bevorstehenden Festival, das vom 27. Juli bis 3. August 1985 in Moskau stattfinden wird.

Der GAA-Aufruf stellt eingangs fest: „Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt, Frieden und konkrete Abrüstungsschritte in Ost und West, Verwirklichung der grundlegenden sozialen, demokratischen, religiösen und kulturellen Rechte überall auf der Welt – dafür wollen wir bei den 12. Weltfestspielen der Jugend und Studenten gemeinsam eintreten...“ Neben der Forderung nach Stopp der Atomraketenstationierung in Europa bzw. der BRD und der Weltraummilitarisierung findet sich auch jene nach Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt und dem „Abbau von Rüstungsexporten, insbesondere in Länder der Dritten Welt und Spannungsgebiete“.

Allerdings bleibt – so befand die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises Festival (AKF) am 26.2.1985 – an dem Aufruf des vereinten Vorbereitungskomitees zu bemängeln, daß die immer nötiger gemeinsame Solidarität zu Nicaragua und dem Südlichen Afrika nicht namentlich erwähnt ist.

Weitere Informationen, darunter ein AKF-Info (mit dem internationalen und nationalen Aufruf) bei: AKF, Kaiserplatz 3, 5300 Bonn 1.

Rüstungsexporte

Zu einer Demonstration gegen die noch bestehenden Einschränkungen für bundesdeutsche Rüstungsexporte geriet der Israel-Besuch des bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß Ende Februar d.J.

Der frühere Bonner Verteidigungsminister, der in den 60er Jahren entgegen den geltenden Bestimmungen Israel-Waffenhilfe zukommen ließ, hält die Einschränkungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes (siehe AIB 2/1985, S. 41 und 3/1985, S. 41) für „wenig sinnvoll“. Um den Höhenflug der Waffenexporte nicht abreißen zu lassen (8,6 Mrd DM im Jahr 1983 gegenüber 8,1 Mrd für den Zeitraum 1975-1980), befürwortete er in Israel sowohl

Waffenlieferungen an Saudi Arabien (siehe auch AIB 10/1984, S.34) als auch an Israel. Nach seinen Vorstellungen sollen die Saudis auch den Leopard-II-Panzer erhalten. Sie sollen damit als „Stabilisierungsfaktor“ in der Golfregion gestärkt werden.

Besonders gegen die Leopard-Lieferung spricht sich Außenminister Hans-Dietrich Genscher aus, den Strauß als „Oberfeigling“ in der bundesdeutschen Nahostpolitik würdigte. Genscher befürchtet vor allem, daß es keinen Grund mehr gäbe, radikaleren Gegnern Israels Waffen zu verweigern, wenn das Milliarden-Geschäft mit Saudi-Arabien getätigt würde.

Südafrika-Bankenboykott

Die Aktionärsversammlung der Dresdner Bank am 10. Mai d.J. wird zum Anlaß genommen, einen bundesweiten Aktionstag gegen die Geschäfte hiesiger Banken mit dem Apartheidstaat Südafrika und dem besetzten Namibia durchzuführen. Die Anti-Apartheid-Bewegung und die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland, Projektgruppe Südafrika fordern zur Teilnahme auf. Informationsmaterial kann angefordert werden bei:

Anti-Apartheid-Bewegung, Blücherstr. 14, 5300 Bonn oder EFD, Projektgruppe Südafrika, Unterlindau 80, 6000 Frankfurt/Main 1.

Todesurteile in der Türkei

Am 19. Februar d.J. wurden vom Militärtribunal in Diyarbakir 22 Todesurteile gegen Mitglieder und Sympathisanten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verhängt. Weitere 25 Angeklagte, kurdische Patrioten, wurden zu lebenslanger Haft und über 300 zu Gefängnisstrafen zwischen 3 und 36 Jahren verurteilt.

Das Kurdistan-Komitee ruft dazu auf, gegen die Verhängung der Todesstrafen durch die türkischen Militärbehörden mit Protestschreiben (Karten und Telegrammen) an folgende Adressen vorzugehen:

1. Kenan Evren, Milli Güvenlik Konseyi Başkanı, Çankaya-Köşkü, Ankara/Türkei
2. Diyarbakir Askeri Mahkemesi, Diyarbakir/Türkei

Um Zusendung von Kopien der abgesandten Protestschreiben an das Kurdistan-Komitee, Hansaring 64, 5000 Köln 1 wird gebeten.

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Zeitschriftenschau

Blätter des iz3w, Nr. 123/Februar 1985

Nachrichten und Berichte: Indien, PLO • Artikel: Die Brücke – Bericht einer israelischen Soldatin • Neue Medien • Bevölkerungspolitik in Singapur • Irakische Flüchtlinge im Iran • Contadora am Ende? • Militarisierung im Pazifik • Schwarze Gewerkschaften in Südafrika • Klärschlamm in die Dritte Welt? • Attentat auf Türkisches Frauenzentrum in Berlin • Nahrungsmittelhilfe • Rezensionen

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 bzw. 30 DM

Bezug: Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

ila-info, Nr. 83/März 1985

Schwerpunkt: Deutsches Kapital in Brasilien • Berichte und Hintergründe: Menschenrechtsverletzungen in El Salvador • Schweizer Schulungsflugzeuge in Guatemala • Die Karibik nach der Grenadainvasion • Die Katio-Indianer in Kolumbien • Wie Pinochet und Thatcher den Malvinenkrieg gewannen • Ländernachrichten zu Brasilien, El Salvador, Nicaragua, Peru • Solidaritätsbewegung: Arbeitsbrigaden in Nicaragua • Ausverkauf der kritischen Solidarität

Einzelpreis 3 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM

Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 88/Februar 1985

Aufruf zum 9. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen vom 16.-19.5. in Freiburg „Ökologie und Dritte Welt“ • Paraguay's Diktator als Gast der BRD? • Offener Brief zum Besuch Strössners an Bundeskanzler Kohl • Aktionen zum Weltwirtschaftsgipfel • Nachlese zu „Ein Tag für Afrika“ • Rüstungsexportbrief • Rüstungsexportinfo • Pharmabrief • Agrobrief • Protokoll der Sitzung des Koordinierungsausschusses vom 25.-27.1.1985 • Mahnwache zum Völkermord an den Tamilen – Aufruf zum Tourismusboykott • „Es gibt so viel, daß mein Herz kaputt macht“; Gespräch mit Asylbewerber

Einzelpreis 5 DM; Abo 18 bzw. 28 DM

Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 135/März 1985

Brasilien: Zwischen Kontinuität und Erneuerung • Nach der Finsternis, Licht • Widerstand gegen Tucuruí-Staudamm • Indianer: Interview mit Las Casas • USA: Zuflucht für Flüchtlinge aus Mittelamerika • Bolivien: Eine traurige Bilanz zum Jahresende • Hommage an Luis Espinal • Jamaika: Jamaika schwellt • 1984 – Ein Jahr der Stabilität und Ruhe • Chile: Die Reprivatisierung der chilenischen Banken • Pathologischer Verbrechenklub unbestraft • El Salvador: Die Streitkräfte kaufen Guerilla-Deserteure Waffen ab • Lateinamerika: Papstreise: Jogging für Gott oder Streiten für Reagan • Costa Rica: Ein Bananenmalt geht seinen Weg • Solidarität: Replik zum Leserbrief deutscher Internationalisten in Nicaragua • Filme der Welt – Für den Frieden der Welt

Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM

Bezug: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 1, Januar/Februar 1985

Schwerpunkt: Regionale Abhängigkeiten • Widerspruch zwischen SADCC und CONSAS bleibt auch nach Nkomati • Der Krieg in Mosambik geht weiter • Lesotho unter wirtschaftlichem Druck • PTA: Geheusche einer Freihandelszone • Südafrika: USA und Apartheid • Reagens Kampf gegen den internationalen Terrorismus • Neue DM-Anleihen an SATS, ESCOM und Apartheid-Regierung • Die agrarwissenschaftliche Zusammenarbeit BRD-Südafrika • Namibia: Neuer Anlauf zur 'Internen Lösung' • Zimbabwe: Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? Der Zimbabwe Congress of Trade Unions braucht eine neue Führung • Die Gewerkschaft der Bergarbeiter in Zimbabwe • Mosambik: Emanzipation durch Familienharmonie? Außerordentliche Konferenz der OMM • Spurensicherung in Deutsch-Südwest – 'Vergangenheitsbewältigung' à la DSAG • Aus der Solidaritätsbewegung

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM

Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

UNESCO

Auf einer Sondersitzung des Exekutivrats der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die vom 12.-17. Februar d.J. in Paris stattfand, wurde ein Maßnahmenkatalog verabschiedet, mit dem die Folgen des Austritts der USA zum Jahresende 1984 (siehe AIB 2/1985, S. 3ff.) überbrückt werden sollen.

Die mit dem Wegfall des US-Beitrages (1/4 des Budgets bzw. jährlich 43 Mio Dollar) entstandene Lücke im UNESCO-Budget soll durch freiwillige Sonderbeiträge halbwegs gedeckt werden. Die UdSSR, Frankreich, Indien, Mexiko, Venezuela, Kolumbien u.a. Staaten sagten Sonderleistungen bis zu 2,5 Mio Dollar zu. Außerdem wies man den Generaldirektor M'Bow an, Einsparungen durch Entlassungen von UNESCO-Personal vorzunehmen.

Der 50köpfige Exekutivrat beauftragte M'Bow ferner, eine Prioritätenliste für die UNESCO-Programme zu erstellen und die politisch umstrittensten Projekte zu streichen. Den ausgeschiedenen USA wurde erst einmal ein Beobachterstatus eingeräumt.

Frankreich ausgenommen, lehnten die Westmächte Sonderbeiträge ab. Großbritannien bekräftigte seinen Entscheid, Ende 1985 aus der UNESCO auszutreten (siehe: AIB 2/1985, S. 4ff.). Und neben Bonn haben inzwischen auch Belgien, die Niederlande, Japan, Kanada u.a. ihren Rückzug angedroht, falls auf der UNESCO-Generalkonferenz im Oktober d.J. keine substantiellen Reformen durchzusetzen seien.

Chile

Ende Februar d.J. besuchte der US-Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, Langhorne A. Motley, Chile. Sein Besuch geriet zu einer Aufwertung der faschistischen Militärdiktatur General Pinochets, erklärte Motley doch, daß der Sturz der Regierung Allende 1973 nicht nur zum Wohle Chiles, sondern ebenso der westlichen Welt gewesen sei. Chile sei bei General Pinochet „in guten Händen“ und der Westen „schulde ihm Dank“. Konsequenterweise dienten auch seine Gespräche mit der katholischen Kirche und Vertretern des Oppositionsbündnisses Demokratische Allianz (AD) nur dem Zweck, sie von Protesten gegen Pinochet abzuhalten. Massenmobilisierungen gegen die Militärdiktatur seien sofort zu stoppen, da sie nur den Kommunisten nützen würden. Und schließlich erklärte sich Motley damit einverstanden, daß, entsprechend dem Willen Pinochets, vor 1989 in Chile nicht mit Wahlen zu rechnen sei.

Über die politische Aufwertung hinaus zeichnen sich bei der US-Administration weitere Lockerungen ab. US-Präsident Ronald Reagan soll einer Wiederaufnahme der seit 1980 blockierten Militärhilfe an Chile wieder positiv gegenüberstehen, zu deren größten Befürwortern eben Langhorne A. Motley gehört.

Uruguay

Nach 12 Jahren Militärdiktatur trat am 1. März d.J. der im November gewählte zivile Präsident Julio Sanguinetti sein Amt an (siehe AIB 1/1985, S. 20ff.). Das neugewählte Parlament, in dem die Colorado-Partei des Präsidenten über keine Mehrheit verfügt, war bereits am 15.2.1985 zusammengetreten.

In der neuen Regierung sind auch zwei Mitglieder vom rechten Flügel der oppositionellen Blancos und ein Minister aus der konservativen Bürgerunion vertreten.

Bereits einen Tag nach dem Regierungsantritt wurden ca. 20 Linksorganisationen legalisiert, darunter die Gewerkschaftszentrale CNT, der Studentenverband FEEU und die Kommunistische Partei. Die Pressefreiheit wurde wieder eingeführt.

Schließlich wurden die restlichen 256 von ursprünglich 7.000 politischen Gefangenen freigelassen. 63 von ihnen, meist Mitglieder der Guerillaorganisation Tupamaros, die bereits vor 1973 eingekerkert worden waren, müssen sich jedoch noch vor Berufungsgerichten verantworten. Die bereits verübte Strafe wird allerdings dreifach angerechnet, so daß auch sie alle in Freiheit bleiben. Diese Regelung war ein Kompromiß, der zwischen der linken Breiten Front (FA) und den Blancos, die beide die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen gefordert hatten, und den Colorados, die die Freilassung der Tupamaros ablehnten, erzielt worden war.

Pakistan

Am 25. Februar d.J. fanden Wahlen zur pakistanischen Nationalversammlung (Bundesparlament) statt. Es waren dies die ersten allgemeinen Wahlen seit dem Staatsstreich des jetzigen Präsidenten, General Zia ul-Haq, im Jahr 1977.

Sie fanden unter Kriegsrecht statt, d.h. elementare Bedingungen für demokratische Wahlen waren nicht erfüllt. So waren weder öffentliche Kundgebungen noch Veröffentlichungen von politischen Programmen erlaubt.

Zudem wurden politische Parteien zu den Wahlen nicht zugelassen. Die mehr als 35 Mio wahlberechtigten Pakistani waren vielmehr aufgerufen, aus den 1.098 als Kandidaten zugelassenen Einzelpersonen 217 Abgeordnete zu bestimmen. 20 weitere werden vom Staatspräsidenten direkt ernannt.

Um gegen diese Farce zu protestieren, rief die Opposition zum Wahlboykott auf. Eine Woche vor den Wahlen wurde daraufhin die gesamte Führung der aus 11 Oppositionsparteien bestehenden Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie (MRD) sowie Teile ihrer Anhängerschaft – mindestens 2.000 Personen – verhaftet bzw. unter Hausarrest gestellt.

Es beteiligten sich annähernd 50% der Wahlberechtigten an der Abstimmung. Der Wahlausgang muß trotzdem als Niederlage für die Regierung gewertet werden. Fünf von sieben Ministern wurden nicht gewählt, etwa die

Hälfte der als Verfechter des Regierungskurses bekannten Kandidaten bekamen kein Mandat, während etwa 50 der Militärjunta kritisch gegenüberstehende Kandidaten in die Nationalversammlung einzogen.

General Zia ul-Haq reagierte mit der Kabinettsauflösung am 26.2.1985 und mit einer Verfassungsänderung, wodurch seine Befugnisse weiter ausgebaut wurden. U.a. besitzt der Präsident jetzt die gesamte Exekutivmacht, während die „gewählte“ Regierung nur noch beratende Funktion hat.

Bangladesh

Einen Monat vor den für den 6.4.1985 angesetzten Parlamentswahlen hat der seit dem Militärputsch vom März 1982 regierende General Ershad diese wieder ausgesetzt.

Gleichzeitig wurden am 1. März d.J. das Kriegsrecht verschärft, die aufgelösten Schnellgerichte wieder eingesetzt, die Unversitäten des Landes geschlossen sowie eine Preszensur erlassen. In der Hauptstadt Dacca wurden in den ersten Märztagen 310 Oppositionelle verhaftet. Anstelle der Wahlen kündigte General Ershad für den 21.3.1985 ein Referendum über seinen Verbleib im Präsidentenamt an.

Diesen Ereignissen waren seit Ende 1983 Streiks und Demonstrationen vorausgegangen, die von zwei Oppositionsbündnissen angeführt wurden (siehe AIB 5/1984, S. 55). Ihre Hauptforderungen sind die Aufhebung des Kriegsrechts und die Installierung einer neutralen Übergangsregierung als Voraussetzung für die Abhaltung von freien Wahlen. Sie hatten zum Boykott der geplanten Wahlen aufgerufen, da sie die Zugeständnisse, die sie General Ershad abgerungen hatten, als nicht ausreichend betrachteten.

Pazifik

Die Krise im pazifischen Militärbündnis ANZUS, dem Australien, Neuseeland und die USA angehören, spitzt sich weiter zu. Nach Informationen der New York Times haben die USA ein weiteres Manöver mit Beteiligung neuseeländischer Streitkräfte abgesagt. Als Grund wurde seitens der USA einmal mehr die Weigerung der neuseeländischen Regierung genannt, US-Kriegsschiffe mit Atomtrieb oder Atomwaffen an Bord das Anlaufen neuseeländischer Häfen zu gestatten.

Neuseelands Premierminister Lange nannte die erneute Manöver-Absage der USA enttäuschend und unglücklich, da seine Regierung am

Die neuseeländische Friedensbewegung hat Erfolg im Kampf gegen das Anlaufen der Häfen des Landes durch atomar bewaffnete Schiffe



ANZUS-Pakt festhalten wolle. Die Sperrung neuseeländischer Häfen für US-Kriegsschiffe sei nicht gegen die USA gerichtet, sondern vielmehr Ausdruck der Ablehnung aller Atomwaffen. Auch atomar angetriebenen oder bewaffneten Schiffen anderer Staaten wie Großbritannien oder Frankreich sei das Anlaufen neuseeländischer Häfen verwehrt.

Unterdessen hat Australien Ministerpräsident Hawke, offenbar unter massivem Druck der USA, das für Juli d.J. in Canberra geplante Treffen der Außenminister des ANZUS-Paktes ebenfalls abgesagt. Zur Begründung erklärte er, im Moment funktioniere in dem Dreierpakt überhaupt nichts mehr.

Zypern

Am 22. Februar d.J. forderte das zypriotische Parlament Staatspräsident Kyprianou auf, entweder den Vorstellungen des Parlaments zu folgen und dem UNO-Dokument zur Zypernfrage zuzustimmen (siehe AIB 3/1985, S. 43) oder zurückzutreten.

Die beiden größten Parteien, die konservative Demokratische Sammlungsbewegung (DISY) und die kommunistische Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes (AKEL), billigten die in den Vorgesprächen erreichten Teilresultate und schätzten die Zugeständnisse der türkischen Seite als hinreichend ein. Sie warfen Kyprianou vor, die Chance zur Lösung des Zypernkonflikts verschenkt zu haben.

Mit dem Verweis auf das Präsidialsystem der Insel lehnte Kyprianou die Rücktrittsforderung ab. Mit der Verabschiedung einer Verfassung der „Türkisch-Föderierten Republik Nordzypern“ durch das Parlament im türkischen Nordteil der Insel wurde am 12.3.1985 die Teilung der Insel weiter verfestigt. Die Verfassung, die ausdrücklich auf die Präsenz der türkischen Truppen verweist, erklärt die Entzweiung des Landes und des Eigentums von Griechisch-Zyprioten für rechtmäßig und läßt die Möglichkeit einer Wiedervereinigung in einem föderierten Bundesstaat offen.

Libanon

Am 3. März d.J. faßte die israelische Regierung der großen Koalition den Beschluß, unverzüglich mit der zweiten Phase des Rückzugs aus dem Südlibanon zu beginnen. Diese vorfristige Räumung der Bekaa-Ebene (Ostregion) durch die Besatzungstruppen soll innerhalb von 12 Wochen abgeschlossen sein. Verteidigungsminister Rabin stellte den Abschluß der 3. Räumungsphase sodann bis September 1985 in Aussicht (Rückzugsplan und Motive siehe in: AIB 3/1985, S. 4-6).

Nach Abschluß des ersten Teiltrückzugs der israelischen Truppen am 16. Februar d.J. war es in den noch okkupierten Gebieten zur Intensivierung der Widerstandskaktionen gekommen. Die Besatzer antworteten mit Bombenanschlägen auf Moscheen, die Anfang März d.J. in Westbeirut 68 und in Maarake 15 Menschenleben (darunter zwei Untergrundführer der Amal-Bewegung) forderten.

In den nahe der Küstenstadt Tyrus gelegenen Orten Teir, Debba, Deir Kanun, Bazurje, Yanuch und Zrariyeh führte die israelische Armee sog. Strafaktionen durch, wobei Häuser gesprengt, die Dorfbewölkerung zu Verhören zusammengetrieben und zahlreiche als „Terroristen“ verdächtige Libanesen getötet wurden (in Zrariyeh allein 34!).

Nach dem Massaker in Zrariyeh vom 10. März d.J. befaßte sich der UN-Sicherheitsrat mit einer Entschließung, mit der Israels Südlibanonpraktiken verurteilt werden sollten. 11 der 15 Sicherheitsratsmitglieder stimmten für die Resolution. Allein die USA votierten dagegen und legten ihr Veto ein.

Kuweit

In der konstitutionellen Erbmonarchie Kuweit wurden am 20. Februar d.J. die 50 Abgeordneten zur Nationalversammlung gewählt. Wahlberechtigt waren ca. 3,5% der Bevölkerung. Weder die Frauen, noch männliche Angehörige von Familien, die nicht seit 1920 im Lande ansässig waren, hatten Stimmrecht. Parteien waren nicht zugelassen.

Für die islamischen Fundamentalisten brachten die Wahlen Stimmenverluste, ihr bekanntester Abgeordneter, Chalid Sultan, konnte seinen Sitz ebensowenig verteidigen wie andere wiederaufgestellte Kandidaten.

Als Wahlsieger gilt die Demokratische Allianz des Ahmed Al-Khatib, die erstmals seit 9 Jahren mit 4 Abgeordneten wieder in das Parlament einzieht. Ihr gehören arabische Nationalisten, Linke und Liberale an.

Als Ursache für die Verluste der Fundamentalisten und den Erfolg der progressiven Kräfte wird die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes angesehen.

Sudan

US-Vizepräsident George Bush, der am 3. März d.J. in der sudanesischen Hauptstadt Khartum eintraf, hat dem Regime Gaafar Numeiris wirtschaftliche und militärische Hilfe zugesagt.

Mitte Februar d.J. war bekannt geworden, daß die USA ihre Wirtschaftshilfe für den Sudan in Höhe von 194 Mio Dollar schon Ende 1984 ausgesetzt hatten, um eine Änderung der Wirtschafts- und Innenpolitik des Landes durchzusetzen. Bereits vorher hatte der Internationale Währungsfonds (IMF) eine weitere Wirtschaftsliberalisierung zur Voraussetzung für die Auszahlung von 1,5 Mrd Dollar an das mit 9 Mrd Dollar verschuldete Land gemacht. Auch andere Geberländer, darunter Saudi Arabien, Großbritannien und die Bundesrepublik, hatten nach Angaben der US-Presse ihre Hilfe zwischenzeitlich eingestellt.

Am 19. Februar d.J. gab das US-Außenministerium jedoch bekannt, daß die sudanesischen Regierung „ermutigende Maßnahmen“ ergriffen habe und die Hilfe fortgesetzt werde.

Der bundesdeutsche Staatssekretär im Entwicklungsministerium, Axel Köhler (CDU), begab sich Anfang März d.J. ebenfalls nach Khartum, um über die Freigabe von 207 Mio DM zu verhandeln.

Numeiri bemühte sich unterdessen, innenpolitisch Boden gut zu machen, indem er kurz vor dem Bush-Besuch einen „einseitigen Waffenstillstand“ verkündete und den Guerilleros im Südsudan, die für Autonomie und den Sturz des Regimes kämpften, erneut eine Amnestie anbot.

Nachdem er noch im Januar den Führer der Republikanischen Brüder, Mohammed Taha, wegen dessen Kritik an seiner Islamisierungspolitik hinrichten ließ, beendete er Anfang März d.J. sein Bündnis mit den Moslemländern, den schärfsten Verfechtern dieser Politik, und ließ ihre Führer verhaften.

8. Mai ⁸⁵/₄₅

Bücher zum Thema

HAUPTSACHE FRIEDEN 1945



Peter Altmann (Hrsg.)
Kriegsende, Befreiung, Neubeginn:
Hauptsache Frieden
Vom antifaschistischen Konsens zum Grundgesetz
ca. 240 Seiten, Großformat, DM 25,-
Bestell-Nr.: 3-87682-800-7

Engels, Scheffrau, Slesker
Die Front im All
Weltraumrüstung und atomarer
Erstschlag
254 Seiten, Taschenbuch
DM 10,-/Best.-Nr.: 3-7609-0924-8

8. Mai 1945
Aus der
Geschichte
lernen
für den
Frieden
sorgen!
8. Mai 1985

Ein umfangreiches Medien-Angebot zum Thema 8. Mai 1945/1985 enthält unsere 'media revue' 68 Seiten. Bücher, Videos, Schallplatten, Zeitungen, Zeitschriften und Reisen. Sie liegt kostenlos für Sie bereit.

noch heute bestellen

Unser Angebot und die 'media revue' erhalten Sie in jeder Buchhandlung oder direkt beim Volksversand
Bücher, Videos, Platten
Postfach 101848, 6000 Frankfurt/Main.

Coupon AIB/4

Ich bestelle: _____

Bestell-Nr.: _____
Versandkostenanteil 3,50 DM
bei Bestellungen bis 50,- DM.
 Verrechnungsscheck liegt bei!
 Ich überweise den Betrag auf das
Konto: Postgiroamt Frankfurt
Konto-Nr.: 181900-609
 Bitte ich per Nachnahme einzuziehen
(zzgl. 2,50 DM).
 Ja, senden Sie mir die kostenlose
'media revue' mit dem kompletten
Angebot. (erscheint April '85)

D 7426 E
Postvertriebsst
Zeitungsgebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

PETER ALTMANN (Hrg.)

HAUPTSACHE FRIEDEN **1945**

KRIEGSENDE · BEFREIUNG · NEUBEGINN

VOM ANTIFASCHISTISCHEN
KONSENS ZUM
GRUNDGESETZ

1949



RÖDERBERG

1945

**gab es keine
Stunde Null.**



RÖDERBERG
kritisch · engagiert · antifaschistisch

Verlag · Postfach 4129 · 6000 Frankfurt/Main · telex nr. 414721 · Tel. 069/751046

Peter Altmann
HAUPTSACHE FRIEDEN
Kriegsende, Befreiung, Neubeginn
Vom antifaschistischen Konsens zum Grundgesetz

Mit einer Einleitung von Reinhard Kühni und
einem Vorspann von Walter Jens

240 Seiten, Großformat, mit zahlreichen Abbildungen
und Dokumenten, DM 25
ISBN 3-87682-800-7

Das zeitgeschichtliche, populäre Standardwerk über
die Periode 1945 bis 1949, eine Zeit, als Kurt
Schumacher (SPD) den Sozialismus zur Tagesaufgabe
erklärte und die CDU in ihr Ahlener Programm
schrieb: „Die staatliche Neuordnung Deutschlands kann
nicht auf der Basis kapitalistischen Macht- und
Gewinnstrebens erfolgen“.

„Hauptsache Frieden“ greift in das bestehende
Geschichtsbild ein, füllt Auslassungen auf und setzt
andere Gewichtungen. Der damals bis tief in die CDU
reichende antifaschistische Konsens und der vollkommen
selbstverständliche Antimilitarismus erweisen sich als
gültige Wegmarkierungen, auch wenn die Entwicklung
der späteren Bundesrepublik in eine andere Richtung
gedrängt wurde.

In Ihrer Buchhandlung